

Protokoll vom 09. Dezember 2021

Zuletzt überarbeitet am 3. Februar 2022 von Cédric Kekes, Marvin Maier, Sebastian Mesow.

Versammlungsleiter: Cédric Kekes
Sebastian Mesow
Protokollanten: Marvin Maier
Sebastian Mesow
Sitzungsbeginn: 19:34 Uhr
Sitzungsende: 01:01 Uhr
Sitzungsort: BIGBLUEBUTTON der TU Dresden

Es sind 23 von 33 StuRa-Mitgliedern anwesend. Der StuRa ist somit beschlussfähig.

Tagesordnung

	Seite
0. Diskussion über die Tagesordnung	2
1. Begrüßung und Formalia	2
1.1. Allgemeines	2
1.2. Schriftliche Abstimmungen	2
1.3. Hinweise zu Finanzanträgen	2
1.4. Unbestätigte Protokolle	2
2. Protokolle	3
2.1. Protokolle der Geschäftsführung	3
2.2. Protokolle des Förderausschuss	3
3. Bericht aus dem Senat	3
4. P21120905 FA Weihnachtsvesper	5
5. P21120906 FA Weihnachtskarten	5
6. P21120902 FA Chinesisches Neujahrsfest 2022	5
7. P21120901 Wiederaufnahme der Corona-Maßnahmen der vorherigen Semester	6
8. P21120903 Unterstützung der Initiative DresdenZero	7
9. P21120907 INI Schriftliche Abstimmungen digital und nicht schriftlich	9

10. Berichte	12
10.1. Finanzentscheid tuuwi, P21120904 Filmlizenz für Umweltfilmabend vom 16.11.2021 . . .	12
10.2. Fehlende Quartalsberichte	12
10.3. Sonstige Berichte	13
11. Geschlossene Sitzung	13
12. P21102803 Neue Finanzordnung, 3. Lesung	13
13. Sonstiges	23
A. Anhang	23
A.1. FöA-Protokoll vom 2.12.2021	24
A.2. FA Weihnachtsvesper – FA-Formular	33
A.3. FA Weihnachtskarten – FA-Formular	35
A.4. FA Weihnachtskarten – FA Weihnachtskarten– Angebotseinholungsformular	37
A.5. FA Chinesisches Neujahrsfest 2022 – FA-Formular	38
A.6. FA Chinesisches Neujahrsfest 2022 – FA Chinesisches Neujahrsfest 2022– Kalkulation	40
A.7. FA Chinesisches Neujahrsfest 2022 – FA Chinesisches Neujahrsfest 2022– Angebotseinholungsformulare	41
A.8. Wiederaufnahme der Corona-Maßnahmen der vorherigen Semester – Positionspapier Semesteraberkennung	46
A.9. Berichte – Finanzantragsformular mit Protokoll	49
A.10. Übersicht Fehlende Quartalsberichte	53
A.11. Neue Finanzordnung, 3. Lesung – Neue Finanzordnung (Stand 27.10.2021)	54
A.12. Neue Finanzordnung, 3. Lesung – Änderungs-Synopse	66
A.13. Neue Finanzordnung, 3. Lesung – Änderungen	99
A.14. Neue Finanzordnung, 3. Lesung – Änderungsanträge Sebastian Mesow	114
A.15. Neue Finanzordnung, 3. Lesung – Änderungsanträge Sven Herdes	127
B. Anwesenheitsliste	136
C. Abkürzungsverzeichnis	138

0. Diskussion über die Tagesordnung

5 *Paul Senf*: Ich bin nicht so lange hier. Da Berichte erst auf 9 kommt, kann ich nicht garantieren, dass dann noch jemand von den Senator_innen da ist.

10 *Sven Herdes*: Aufgrund der Akutheit der Senatsbeschlüsse auch für Themen auf der heutigen Sitzung: Könnte den Senatsbericht einfach unter Protokolle erfolgen?

Änderungsantrag 1 von Sven Herdes

1 | Ziehe den Bericht aus dem Senat vor. Er soll nach dem TOP Protokolle behandelt werden.

Der Änderungsantrag 1 wird **ohne Gegenrede angenommen**.

15 Die geänderte Tagesordnung wird **ohne Gegenrede angenommen**.

1. Begrüßung und Formalia

1.1. Allgemeines

Die Sitzung fand mittels des BIGBLUEBUTTON der TU Dresden statt.

20 Die Sitzung wurde als Audiokonferenz abgehalten. Der Zugang erfolgte mittels ZIH-Login.

Bei Fragen und Problemen zögert nicht, den Sitzungsvorstand unter [situation@stura.tu-dresden.de](mailto:sitzungsvorstand@stura.tu-dresden.de) zu kontaktieren.

Alle Ausschreibungen sind auf der [StuRa-Webseite](#)¹ ersichtlich.

¹<https://www.stura.tu-dresden.de/ausschreibung>

²<https://www.stura.tu-dresden.de/finanzantrag>

³<https://www.stura.tu-dresden.de/formulare/Angebotseinholung.pdf>

1.2. Schriftliche Abstimmungen

30 Der Antrag P21102804 Beitragsordnung Sommersemester 2022, 3. Lesung wird mit **27 Ja-Stimmen / 0 Nein-Stimmen / 0 Enthaltungen angenommen**.. Es sind 28 Stimmen eingegangen, davon waren 27 Stimmen gültig.

1.3. Hinweise zu Finanzanträgen²

35 Vertragliche Verpflichtungen (Reservierungen) oder Zahlungen über Ausgaben zu Finanzanträgen dürfen **erst nach** dem annehmenden Beschluss Sitzung des Studierendenrates eingegangen werden. Dies ist zur Abrechnung mit den Bestell- oder Buchungsbestätigungen nachzuweisen und betrifft alle Posten bzw. den gesamten Finanzantrag. Falls bereits vorher Verbindlichkeiten eingegangen werden, kann die Auszahlung der *gesamten* Fördersumme verweigert werden!

Zur übersichtlichen Darstellung eingeholter Angebote ist das [Angebotsformular](#)³ auszufüllen.

Hinweis:

50 **Bereits vor** der Plenumsitzung muss der Finanzantrag in **analoger Form/Papierform** vollständig und *wo nötig unterschrieben* an den StuRa **eingereicht sein** – z.B. per Post (vgl. § 10 Abs. 2 S. 1 GO und § 4 Abs. 3 DB-GO).

1.4. Unbestätigte Protokolle

1.4.1. Protokoll vom 11.11.2021

Das Protokoll wurde den Mitgliedern im Cloudstore zur Verfügung gestellt. Das Protokoll wird **ohne Gegenrede angenommen**.

1.4.2. Protokoll vom 25.11.2021

Das Protokoll wurde den Mitgliedern im Cloudstore zur Verfügung gestellt Das Protokoll wird ohne Gegenrede angenommen.

30 Vor 11 Tagen bzw. seit sich die Corona-Situation verschärft hat, haben wir viele Nachfragen bekommen, ob denn die Corona-Regeln nicht wieder verlängert werden sollten. Sowohl von individuellen Studierenden als auch von Fachschaftsräten. Daraufhin haben wir kurzfristig einen Antrag im Senat eingereicht. Wir haben 10 Tage vorher den alten Beschluss eingereicht (aufgrund der Antragsfrist im Senat). Eine Mail konnten wir an die Senatsmitglieder nicht mehr versenden. Dann ist leider relativ lange nichts passiert. Am Freitag haben die Studienbüros uns angerufen. Es würde schwierig werden, die bereits eingetragenen Noten händisch wieder auszutragen. Laut ihnen würde der Beschluss zu erheblichem Mehraufwand führen.

2. Protokolle

2.1. Protokolle der Geschäftsführung

Die GF ist zur Zeit, seit 01.04.2021, generell nicht beschlussfähig. Daher gibt es zur Zeit auch keine GF-Protokolle zum Bestätigen.

Wir wollen natürlich auch die Belastung der Verwaltung berücksichtigen. Ein Vorschlag von uns ist daher, dass die Prüfungsergebnisse bis zu 2 Wochen – auch, ohne dass man das Ergebnis schon kennt – zurückgegeben werden können. Über mehrere Iterationen wurde es dann auf drei Tage verkürzt. Beim Turnustreffen haben wir es auch diskutiert. Das Rektorat war von dem vorgeschlagenen Beschluss nicht sehr begeistert, insbesondere der Prorektor Bildung.

2.2. Protokolle des Förderausschuss

2.2.1. FöA-Protokoll vom 2.12.2021

Siehe Anhang A.1 ab Seite 24 Zusammenfassung:

- Der StuRa soll bis zu 243,00€ für Werbematerialien des Ausstellungsseminar „Knoten“ der Kunstpädagogik-Studierenden zur Verfügung stellen.
- Der StuRa soll bis zu 686,92€ für den Interkulturellen Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 des Islamischen Hochschulbund Dresden e.V. zur Verfügung stellen.

Der Prorektor hat die Lage erkannt und meinte, dass dies ein Weckruf der Studierenden sei, aber man dem vorliegenden Beschluss dennoch nicht zustimmen kann. Es war zwischendrin immer die Frage, warum denn nun nicht. Zum Turnustreffen war der Prorektor Bildung dann aber auch nicht da. Die Rektorin wollte mit uns einen Kompromiss erarbeiten. Sie sind sich da wohl im Rektorat nicht einig gewesen. Am Dienstag war Rektorats-Sitzung, auf der die meiste Zeit für die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags aufgewendet wurde. Im Senat wurde 75 % der Zeit genutzt, um über den Antrag zu diskutieren. Der Gegenvorschlag war dann, dass man sich bis zu einem Tag vor der Prüfung abmelden kann.

Es gab keine Anmerkungen oder Anträge auf Neubefassung zum vorliegenden Protokoll.

3. Bericht aus dem Senat

Paul Senf: Es geht um den Beschluss von Corona Regelungen, wie es ihn in den vergangenen Semestern gegeben hat, also entsprechende Ablehnung von Prüfungsergebnissen.

Die Prüfungswiederholungsfristen hatten wir rausgenommen. Das Rektorat hat den Vorschlag gebracht, dass die Studierenden sich bis zu einem Tag vor der Sitzung abmelden können. Die Rektorin hat die Redeliste nicht nach der

Reihenfolge abgearbeitet, sondern hat von ihren Sonderstatus Gebrauch gemacht und die Redeliste angepasst. So sagte sie unter anderem „Ich hätte dann erstmal Redebeiträge von den verschiedenen Statusgruppen.“, hat viel zwischen-
5 durch kommentiert, und somit die Meinung des Rektorates immer wieder subtil eingestreut. Wie erwartet, haben sich die Hochschullehrenden auch kritisch geäußert. Mit dem Mittelbau ha-
10 ben wir abgesprochen, dass sie zustimmen. Wir bräuchten also nur eine Stimme der HSL.

Dann war der Vorschlag, sich auch am Tage der Prüfung abzumelden. Es sah dann so aus, dass dieser Vorschlag von einigen favorisiert wurde.
15

Es wurde viel hin und her diskutiert. Es wurde dann abgestimmt. Unser Antrag mit drei Tagen hat klar nicht die Mehrheit bekommen. Der zweite Antrag wurde von der Rektorin sehr suggestiv eingeleitet und trotzdem hat er eine knappe Mehrheit bekommen. „Das bedeutet einen Mehraufwand nur für mündliche Prüfungen“. 10 zu 8 zu 1 war dann das Ergebnis. Sie hat dann versucht das abzumoderieren. „Wir werden dann versuchen das umzusetzen.“ Leider wurde dieser Antrag auch recht kurzfristig eingebracht, sodass dort das Wort „Abmeldung“ nach einem Tag der Prüfung vorkommt.
20
25

Dann hat die Rektorin gemeint, dass dieser Beschluss noch rechtlich geprüft werden müsste. Dann wurde nochmal zur Sicherheit der Beschluss des Rektorates abgestimmt. Wenn der Antrag mit dem Abmelden nach der Prüfung nicht rechtssicher ist, greift der Beschluss des Rektorats. Aus unseres Sicht ist das Un-
30 fug. Ja, der Beschluss ist vielleicht nicht ganz rechtssicher. Aber auch die vorherigen Corona-Beschlüsse waren nicht rechtssicher.
35

Wir als Studierendenschaft müssten jetzt noch überlegen, wie wir weiter verfahren. Wir haben ein Auge auf die rechtliche Prüfung.
40

Kurzfassung also: Wir haben es geschafft, auch in diesem Semester wieder die Möglichkeit zu schaffen, dass man erst die Prüfung schreiben kann und sich dann überlegen kann, ob man die
45

Prüfung annehmen kann. Leider kann man dafür aber nicht mehr erst auf das Ergebnis warten. Wir hoffen, damit viel Druck von den Studierenden nehmen zu können. Ich möchte mich
50 vielmals bei den FSREN bedanken, für die vielen offenen Briefe, welche uns unterstützt haben. Wir haben es geschafft, trotz einer Rektorats-Mehrheit die Beschlüsse durchzusetzen.

Diskussion und Nachfragen

Sven Herdes: Diese Rechtsungültigkeit wurde als letztes Argument vor der Abstimmung eingebracht, als sich herausstellte, dass die Professoren auch dafür wären. Für den Fall, dass die rechtlichen Prüfungen des Beschlusses nicht zu unseren Gunsten ausgeht, planen wir, durch unseren Anwalt eine andere rechtliche Betrachtungsweise vorzulegen.
55
60

Robert Georges: In dem Beschluss ist nicht die Regelung enthalten, dass Fristenbescheide nicht ausgestellt werden. Kannst du kurz erklären, was es damit auf sich hat?
65

Paul Senf: Das hatte tatsächlich auch mit den Gesprächen mit der Verwaltung zu tun. Sie haben gesagt, dass die Fristverlängerung auch mehr Aufwand bedeutet. Unter der Berücksichtigung, dass man die Fristverlängerung schon um drei Semester verlängert hat, um man daher eigentlich genug Versuche hatte, haben wir es als verschmerzbar angesehen, wenn diese ausläuft. Es scheint eine Regelstudienzeitverlängerung auf Landesebene für möglich. Das Gesetz wurde dahingehend angepasst und es gibt eine Möglichkeit, hier eine Regelung auf Landesebene zu fällen. Wenn dann auch die Regelstudienzeit auf Landesebene verlängert wird, dann verlängert sich auch die Fristen für die Prüfungswiederholung. Wir sind dahingehend also optimistisch.
70
75
80

Claudia Meißner: Was ist mit dem Rest der Senatssitzung?
85

Sven Herdes: Danach kam nicht mehr viel Interessantes. Was noch interessant war: Es soll eine

neue Rundmail bzgl. Corona geschrieben werden. Wir erwarten diese für morgen oder spätestens Montag.

4. P21120905 FA Weihnachtsvesper

Antragsteller_in: Robert Lehmann (GF Personal)

Antragstext

Der StuRa stellt 90 € für Essen und Trinken, im Rahmen einer Weihnachtsvesper zwischen den Angestellten und der GF zur Verfügung.

Finanzantrags-Formular:
siehe Anhang A.2 ab Seite 33

Begründung

Durch die aktuelle Situation und diverse weitere Umstände wird ein Weihnachtsessen aktuell leider nicht im bekannten Rahmen stattfinden können.

Deshalb soll es wenigstens eine kleine Runde am Nachmittag geben, wo man trotz aller Umstände noch einmal entspannt zusammen kommt.

Diskussion und Nachfragen

Robert Lehmann: Normalerweise gibt es traditionell ein Weihnachtsessen mit der GF und den Mitarbeitenden. Wir haben uns für ein kurzes Treffen aufgrund der aktuellen Lage entschieden, anstatt eines Restaurantbesuchs.

Kein Redebedarf.

Abstimmung

P21120905 FA Weihnachtsvesper

Antragssumme: 90,00 €
ohne Gegenrede angenommen

5. P21120906 FA Weihnachtskarten

Antragstellerin: Claudia Meißner

Antragstext

Der StuRa möge beschließen, dem Referat Öffentlichkeitsarbeit bis zu 200,00 € für Weihnachtskarten zur Verfügung zu stellen.

Finanzantrags-Formular:
siehe Anhang A.3 ab Seite 35

Begründung

FA Weihnachtskarten– Angebotseinholungsformular: siehe Anhang A.4 ab Seite 37

FA Weihnachtskarten– Angebote: *befindet sich nur in dem vertraulichen Protokoll.*

Die Weihnachtskarten sind für Menschen, mit denen wir als StuRa über das Jahr so Kontakt hatten und die Exekutive als kleines Dankeschön gedacht. Die schlaue Liste der Angestellten sagt, dass wir ca 250 Stück brauchen. Das Design soll schön mit Goldfolierung sein, weil die ÖA das schön findet und gut zu Weihnachten passt.

Diskussion und Nachfragen

Claudia Meißner: Teil 2 der Weihnachtsgeschichte. Der StuRa hat letztes Jahr vielen Menschen und Partnern Weihnachtskarten geschickt. Das würden wir auch dieses Jahr gerne wieder machen und dafür braucht es Geld.

Kein Redebedarf.

Abstimmung

P21120906 FA Weihnachtskarten

Antragssumme: 200,00 €
ohne Gegenrede angenommen

6. P21120902 FA Chinesisches Neujahrsfest 2022

Antragsteller: Run Hu

Antragstext

Der StuRa stellt den CSWV Dresden bis zu 1839,98 Euro für den Chinesische Online-Neujahrsabend 2022 zur Verfügung.

Finanzantrags-Formular:
siehe Anhang A.5 ab Seite 38
FA Chinesisches Neujahrsfest 2022– Kalkulation:
siehe Anhang A.6 ab Seite 40

5 **Begründung**

FA Chinesisches Neujahrsfest 2022– Angebots-
einholungsformulare: siehe Anhang A.7 ab
Seite 41

10 FA Chinesisches Neujahrsfest 2022– Angebots-
belege: *befindet sich nur in dem vertraulichen
Protokoll.*

Neujahr oder besser gesagt Frühlingsfest ist ein
sehr wichtiges Fest in China, die Wichtigkeit ist
entsprechend wie Weihnachten in Deutschland.

15 Für unseren Chinesischen Studenten in Dresden
ist es auch wichtig, diese Veranstaltung teilzu-
nehmen. Unsere Neujahrabend (Frühlinmgfest-
Abend) werden wir dieses Mal wegen Corona
wieder Online veranstalten. Die Veranstaltungs-
zeit werden nach vorne Vershoben auf Mitte-
20 Ende Dezember. Da wir mehrere Programme ha-
ben, und dazu entsprechende Materialien brau-
chen, brauchen wir von StuRa finanzielle Unter-
stützung.

25 *Aus dem Antragsformular:*

Neujahrsabend für chinesisches Neujahrsfest. 60
Ungefähr 1100 Leute werden daran teilneh-
men. Aufgrund aktueller Corona-Pandemie be-
schließen wir, diese Veranstaltung in Form ein-
30 es Live-Streams am 22.01.2022 auf dem Plat-
form Douyu und Youtube darzustellen. Für den
Live-Stream wird davor den Hauptvideo, be-
stehend aus Aufführungen wie traditionellen,
chinesischen Gruppentanz, modernen Gruppen-
35 tanz, chinesischer Sketch sowie Talkshow, an
einem geeigneten Standort bei Befolgung aktuel-
ler Corona-Schutz-Regelung und Vorsichtsmaß-
nahmen sowie mit möglichst wenig Teilnehmer
40 mit Videokamera aufgenommen und anschlie-
ßend zusammengefügt und bearbeitet. Die An-
zahl der Zuschauern lässt sich auf 1100 schät-
zen, basierend auf Zuschaueranzahl von der
Veranstaltung im letzten Jahr.

Diskussion und Nachfragen

45

kein Redebedarf

Abstimmung

**P21120902 FA Chinesisches Neujahrs-
fest 2022**

Antragssumme: 1839,98 €
ohne Gegenrede angenommen

**7. P21120901 Wiederaufnahme
der Corona-Maßnahmen der
vorherigen Semester**

50 **Antragsteller:** Franz Lange

Antragstext

Der StuRa möge beschließen, mein Positionspa-
pier zum Nicht-Annehmen von Prüfungsleistun-
gen im Wintersemester 2021/22 gemäß Vorlage
55 zu beschließen und über seine Kanäle zu ver-
breiten.

Positionspapier Semesteraberkennung: siehe
Anhang A.8 ab Seite 46

Begründung

60 Mein Name ist Franz Lange, ich studiere BSc
Geographie im dritten Studienjahr.

Bekanntlich hat sich die Lehrform in diesem Wi-
Se 21/22 von der anfangs viel besungenen „Prä-
senz mit 3G“ in eine nahezu vollständige Onli-
65 ne-Lehre gewandelt.

Trotz dieser Tatsache kann die Studentenschaft
in diesem Semester keine Anträge mehr auf Ab-
70 lehnung von Prüfungsleistungen mehr einrei-
chen.

Genauer es entnehmen Sie bitte dem beigefüg-
ten Positionspapier.

Diskussion und Nachfragen

Der Antragsteller ist nicht anwesend.

75 *Claudia Meißner:* Wir haben aus dem Senat ge-
hört, dass Dinge geschehen sind und hoffentlich

auch umgesetzt werden. Ich finde die Form allerdings nicht passend für ein Positionspapier. Wir können jetzt erstmal noch darüber diskutieren, ob ein solcher Beschluss notwendig ist bzw. ob wir uns dem inhaltlich anschließen können.

Sven Herdes: Wir können uns dem aus meiner Sicht inhaltlich anschließen. Im Senat haben die studentischen Senatoren bereits ähnliche Positionen vertreten. Wir können da aber nicht unseren Namen drunter schreiben.

Marvin Maier: Er hat sich schon vor Wochen gemeldet und ich habe mit ihm geschrieben. Er hat sich an uns gewendet, weil er dachte wir als StuRa würden das beschließen. Ich hab ihm dann gesagt, dass das der Senat entscheidet und ihm empfohlen sich mit seinem Anliegen an die studentischen Senator*innen und das Referat LuSt zu wenden. Ich hatte ihm dann als Verfahrensvorschlag empfohlen ein Positionspapier zu formulieren, was er dann auch getan hat.

Cédric Kekes: Ich finde die Form des Papiers auch nicht zwingend gut, aber immerhin ist das eine mögliche Positionierung. Ich finde es schade, dass aus dem StuRa kein eigenes Positionspapier kam. Das liegt aber auch an der personellen Situation der Exekutive. Gleichwohl finde ich es aber auch schade, dass kein Positionspapier von den Plenumsmitgliedern eingereicht wurde. Man kann sich natürlich nun über einzelne Punkte streiten, aber das ist bei jedem Positionspapier so. Ich fände es aber gut, wenn der StuRa eine Position entwickelt. Weiter möchte ich anmerken, dass ich es schade finde, dass es der offene Brief der Fachschaftsräte nicht in den StuRa geschafft hat.

Claudia Meißner: Jetzt wäre die Frage, was der Rest will, der noch nicht mitdiskutiert hat? Ich fände es in der aktuellen Position nicht notwendig, so ein Positionspapier zu veröffentlichen.

Tobias Klimmer: Ich finde die Initiative des Studis sehr gut. In der vorliegenden Form kann man dem Papier aus formalen Gründen aber nicht zustimmen.

GO-Antrag auf Nichtbefassung von Max FriedemannBegründung: Es bringt aktuell nichts darüber zu diskutieren. Da das gestern auf der Senatssitzung beschlossen wurde, sehe ich für uns aktuell keinen Grund wertvolle Sitzungszeit dafür zu verschwenden. Ich muss aber dazu sagen, dass ich aktuell null in der Materie drinstecke, da ich nicht in Dresden bin.

Claudia Meißner: Gegenrede. Wir sollten als StuRa hier schon eine Position beziehen. Oder uns zumindest Gedanken machen, wie wir in dieser Sache als StuRa weiter auftreten wollen.

Ergebnis: Der GO-Antrag auf Nichtbefassung wird mit **13 Ja-Stimmen / 3 Nein-Stimmen / 9 Enthaltungen angenommen**.

8. P21120903 Unterstützung der Initiative DresdenZero

Antragsteller_in: Moritz Piepel

Antragstext

Der Studierendenrat möge beschließen, die Initiative DresdenZero zu unterstützen und dies über seine Informationskanäle, insbesondere über eine Rundmail, kundzutun.

Begründung

Die Initiative DresdenZero wurde von Studierenden und Lehrenden der TU Dresden gegründet und strebt das Ziel an, Dresden mittels eines direktdemokratischen Bürgerbegehrens bis 2035 klimaneutral zu machen. Eine Klimaneutralität bis 2035 ist nach breitem wissenschaftlichen Konsens notwendig, um das 1.5-Grad-Ziel zu erreichen, und nach einer Studie des Wuppertal Instituts umsetzbar und tragfähig. Die Ziele von DresdenZero stehen im Einklang mit dem vom Studierendenrat bereits verabschiedeten "Klimapolitischen Forderungskatalog". Eine Klimaneutralität Dresdens bis 2035 würde mittelbar die TU Dresden dabei unterstützen, in absehbarer Zeit eine Klimaneutralität zu erreichen, da auch die Klimabilanz der TU Dresden erheblich von externen Faktoren wie dem

Strommix, der Wärmeversorgung, dem Straßenbau sowie der allgemeinen städtischen Mobilität als auch baurechtlichen Vorgaben abhängig ist. Um sowohl die notwendigen 30.000 Unterschriften zu erreichen als auch um die politische Bedeutung des Ziels zu unterstreichen, benötigt es ein breites gesellschaftliches Bündnis, das die Forderung unterstützt. Darin nähmen die TU Dresden sowie ihr Studierendenrat als Teil der Stadtgesellschaft als auch als Vertreter der Wissenschaft eine entscheidende Rolle ein.

Für Rückfragen stehen wir vorab gerne unter info@dresdenzero.de zur Verfügung.

Diskussion und Nachfragen

Moritz Piepel: Ich versuche mich kurzzufassen. Ich studiere Physik und habe die Gruppe DresdenZero mitbegründet. Wir sind eine Gruppe aus Studis und Bürgern. Wir wollen Dresden bis 2035 klimaneutral machen und haben das urdemokratische Instrument des Bürgerbegehrens gewählt und sammeln nun 30.000 Unterschriften. Wir haben auch das Rektorat gefragt, welches sich aber nicht politisch äußern will. Da der Klimawandel aber mittlerweile wissenschaftlich belegt ist, ähnlich wie bei Covid, sehen wir hier einen dringenden Bedarf, die Wissenschaft zu unterstützen und die Problematik gerade als wissenschaftliche Einrichtung in die Breite der Gesellschaft zu tragen.

Sven Herdes: Können wir gerne als Institution unterstützen. Die studentischen Senatoren haben dazu auch mit dem Rektorat gesprochen und ggf. kommen die noch einmal auf Dresden Zero zu, da es beim letzten Treffen ein kleines Missverständnis gab.

Max Friedemann: Von mir auch Zustimmung. Eine Detailfrage: Was versteht ihr unter Klimaneutralität? Wie stellt ihr euch die Abgrenzung der Stadt vor?

Moritz Piepel: Die Definition, die wir hier anwenden: „Das, was in den Stadtgrenzen emittiert wird, soll auch dort wieder absorbiert werden.“ Angewendet werden soll das auf alle Ab-

gase. Klar, für manche kann die Stadt nichts. Die Details, welche Emissionen nach 2035 stattfinden dürfen, müssen sich mit der Zeit entwickeln.

Sven Holtschlag: Am Dienstag haben wir über euch im FSR Maschinenwesen diskutiert, auch auf lokaler Ebene. Die Frage, die sich mir stellt: Ist das eine weitere Initiative, die nur fordert, oder habt ihr konkrete Beispiele und konkrete Umsetzungsvorschläge, auch für die Wirtschaft?

Moritz Piepel: Wir sind nicht nur eine „weitere“ Gruppe. Wir stützen unsere Planungen auf der Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie [...]. Dresden hat z.B. keine Schwerindustrie und hat damit leichteres Spiel als andere.

Justus Klein: Du hattest gerade erwähnt, dass GermanZero eine Rolle spielt. Da ist auch Change.org dabei. Kannst du nochmal kurz eure Strukturen zu denen erklären?

Moritz Piepel: Wir sind völlig unabhängig. Wir können tun und lassen, was wir wollen. Wir sind nicht an GermanZero gebunden. Es war nur schnell klar, dass es auf Bundesebene keinen großen Erfolg haben wird, wenn die Städte nicht miteinbezogen werden. Dresden ist die erste Stadt in Ostdeutschland, in der das Begehren auch erfolgreich sein könnte. Change.org ist unser logistischer Unterstützer bei der Abwicklung des Bürgerbegehrens. Sie helfen lediglich bei der Abwicklung der Sammlung der Unterschriften. Wir brauchen also noch weitere Unterstützung.

Max Friedemann: Danke. Die Antwort war sehr hilfreich. Ich war an dem Forderungskatalog beteiligt, also unterstütze ich das auch. Bloß, was mich stört, ist, dass man nur die Stadt als Grenze nimmt. Andere Regionen haben andere Möglichkeiten. Ein „Kaff“ (Entschuldigung, falls ich damit jetzt jemanden vor den Kopf stoße) hätte mit mehr Grün mehr Möglichkeiten. Dresden ist fünftgrößter Herstellungsort für die Halbleiterindustrie. Ich halte es also nicht für sinnvoll, dass es Dresden allein schafft seinen CO₂-Ausstoß zu senken. Man muss das Thema durchaus global denken.

5 *Moritz Piepel:* Du hast vollkommen recht. Wir müssen nur schauen, dass wir die Forderungen gleichzeitig auf allen Ebenen einbringen. Es gibt in großen und kleineren Städten Initiativen. Weil du es angesprochen hast. Wir haben mit der Halbleiterindustrie gesprochen. Sie haben noch ambitioniertere Ziele. Die Wirtschaft ist also mit dabei.

10 *Sven Holtschlag:* So wie ich das aus deinen Ausführungen verstehe, habt ihr keine konkreten Planungen mit Zahlen, Modellrechnungen oder Simulationen? Es gibt keine Simulation oder Modell-Rechnung darüber, wenn eine Maßnahme in Dresden umgesetzt werden könnte? Des Weiteren: Ich bin mir nicht sicher, wie fair es ist, eine Gruppe, die nicht anerkannte HSG ist, den Zugang zu den Verteilern zu geben. Da bin ich zwiegespalten.

20 *Moritz Pieper:* Hier kann ich nur einmal auf wissenschaftliche Studien und den Klimastadtplan verweisen, in dem Maßnahmen stehen, welche Städte ergreifen können. Die Stadt zahlt 250.000€ an Büros, damit diese der Stadt erklären können, welche Maßnahmen sie ergreifen kann. Die erdenken diese, dann folgen die Maßnahmen. Wir sind einfach nicht die großen Experten.

30 *Claudia Meißner:* Ich wollte als ÖA kurz anmerken, dass wenn der StuRa was beschließt, die Informationen auch über unsere Kanäle verteilt werden. Ja, das ist jetzt eine Initiative, die nicht zum StuRa gehört, sie sind aber personell teilweise mit der tuuwi vernetzt.

35 *Sven Herdes:* Ich wollte etwas Ähnliches wie Claudi sagen. Es ist keine Voraussetzung, bei uns HSG zu sein, um einen Antrag zu stellen. Die tuuwi darf sowieso schon in unserem Namen als Studierendenschaft sprechen.

Abstimmung

P21120903 Unterstützung der Initiative DresdenZero

Gegenrede von Sven Holtschlag: Ich bin dagegen, das zu unterstützen, da konkrete Maßnahmen fehlen. Ohne solche ist diese Initiative eine weitere von vielen und bringt der Gesellschaft somit keinen Mehrwert.

Der Antrag wird mit **21 Ja-Stimmen / 2 Nein-Stimmen / 2 Enthaltungen angenommen.**

9. P21120907 INI Schriftliche Abstimmungen digital und nicht schriftlich

Antragsteller: Sven Herdes

Antragstext

Anpassung der Durchführungsbestimmung für Online-Sitzungen des Studierendenrates der Technischen Universität Dresden.

Ergänze:

§ 3a ¹Schriftliche Abstimmungen werden per Mail digital abgestimmt. ²Es ist eine angemessene Zeit zur Abstimmung vorzusehen.

Begründung

Nach einem Gespräch mit dem SV wurde mir die Situation zu Schriftlichen Abstimmungen erklärt. Der SV hat mal beschlossen, dass die schriftliche Abstimmung in Analogie zur Geheimen Abstimmung passiert. Das heißt per Brief. Eigentlich wollten sie diesen Beschluss anpassen in einer Ihrer Sitzungen, was bisher nicht geschah. Da unsere Durchführungsbestimmung bisher keine Regelungen dazu hat; dies wäre prinzipiell aktuell möglich, und eine Nutzung von Digitalisierung eine Vereinfachung ist, sollten wir das auch machen. Warum als Durchführungsbestimmung und nicht als Beschluss? Es passt so thematisch in ein vorhandenes Dokument mit rein und wir haben keine Auslegungsprobleme. Außerdem ist eine generelle Anpassung der

Durchführung einer Schriftlichen Abstimmung zu überlegen und später zu diskutieren.

Begründung, warum die reguläre Antragsfrist verpasst wurde:

Es steht ggf. eine wichtige Schriftliche Abstimmung an und der SV hat es noch nicht behandelt, was man aber erst nach der Antragsfrist sehen konnte.

Begründung, warum der Antrag zwingend auf dieser Sitzung behandelt werden muss:

Es steht ggf. eine wichtige Schriftliche Abstimmung an und der SV hat es noch nicht behandelt, was man aber erst nach der Antragsfrist sehen konnte.

Dieser Initiativ-Antrag benötigt die Unterstützung von mindestens 7 stimmberechtigten Plenumsmitgliedern.

Diskussion und Nachfragen

Sven Herdes: Beim Durchsehen der Durchführungsbestimmungen für Online-Sitzungen ist mir aufgefallen, dass bei Online-Sitzungen die Form der schriftlichen Abstimmung nicht gesichert ist. Der SV hat beschlossen, dass das in einer Analogie zu einer geheimen Wahl erfolgen soll. Wir haben das Instrument des ZIH-Logins, woran wir erkennen können, ob die Mail auch von der zugehörigen Person stammt.

Tobias Klimmer: Kannst du ausführen, warum das heute erfolgen muss?

Sven Herdes: Die Finanzordnung steht in der 3. Lesung und könnte heute ggf. durchkommen. Über Weihnachten eine Briefwahl abzuhalten sehe ich als kritisch an. Der SV hatte vor, sich noch einmal mit dem Thema zu befassen, das hat aber zeitlich nicht geklappt. Wäre es so gewesen, könnte man durch den Antrag auf Neubefassung eine Änderung durchführen.

Hendrik Hostombe: Ich sehe kein Problem, das normal mit Briefen durchzuführen. Es unterschreibt jeder wie vorher. Ja, man sieht nicht, wer schon vorher abgestimmt hat. Aber das ist

auch nicht wichtig. Ich halte die briefliche Variante für die Bessere. Zum Thema digitale Abstimmung: Normalerweise müsste dann nämlich jeder der Abstimmenden ein ZIH-Zertifikat mit an seine Stimme anhängen.

Robert Georges: Das haben wir tatsächlich etwas verpennt. Nach meiner ersten Einschätzung ist das eine Kollision mit der Geschäftsordnung. Darin heißt es eine *schriftliche* Abstimmung. Wir haben uns daher für eine eigene „gewillkürte Form“ entschieden. Die Stimme zur schriftlichen Abstimmung muss daher auch unterschrieben sein. Eine Unterschrift kann aber auch ein Zertifikat sein. Wenn aber unzulässig eine Stimme nicht unterschrieben wird, dann ist sie ungültig. Das ganze Beschlussverfahren wäre dann unzulässig und der Beschluss nichtig. Aus der Gegebenheit würde ich sagen, machen wir das so mit den Briefen weiter.

Sven Herdes: Die Bedenken hatte ich auch. Da habe ich mich am Senat orientiert. Dieser hat für sich festgelegt, dass eine Urnenwahl auch digital erfolgen kann, wenn sie keine Persönlichkeitsrechte beinhaltet. Wenn wir uns hier dem Senat anschließen, wäre eine schriftliche Abstimmung auch per Mail zulässig.

Das wurde schon in den Uni-Gremien entschieden. Das habe ich dann nicht explizit reingeschrieben. Ich lege die DB-OS mit meinem Änderungsantrag dann so aus, dass eine Mail auch nur eine ZIH-TUD-Email-Adresse ist, da die ja auch wo anders steht.

Sven Holtschlag: Ich würde mich auch für eine digitale Variante aussprechen. Da die Adressen nicht aktuell gehalten werden und über Weihnachten eh jeder woanders ist. Den Aspekt der Fälschungssicherheit halte ich nicht für sinnvoll.

Robert Lehmann: Ich muss meinem Vorredner klar widersprechen. Ich der letzten Zeit hatte ich oft das Problem, dass ich mit Thunderbird einen Signaturfehler bekommen habe. Wäre meine Wahl dann ungültig? Eigentlich schon. Ich habe auch eine leicht andere E-Mail-Adresse z.B. noch mit einer Zahl versehen. Wer prüft dann, ob ich die Nummer 4 oder 5 bin?

Ich habe finde ein Stück Papier, was man unterschrieben muss, deutlich besser und glaubhafter. Einen Briefkasten gibt es in jedem Dorf in Deutschland. Was machen wir mit den Menschen, die aktuell nicht zum Service-Desk laufen können? Wie stellen wir sicher, dass die Email nicht verändert wurde? Wenn dem SV eine Unterschrift fragwürdig vorkommt, wird der SV bei der Person nachfragen.

Tobias Klimmer: Das mit den geheimen Abstimmungen aus dem Senat wusste ich nicht und sehe es auch kritisch. Das gefällt mir gar nicht. Aber welche Form man genau für die Finanzordnung wählt, ist mir persönlich eher egal. Da wir aber heute auf der letzten Sitzung der Legislatur sind, sollten wir eine so wichtige Entscheidung dann lieber dem dann bald neuen Plenum überlassen.

Robert Georges: Ich habe die Argumente von Sven Herdes auch nicht verstanden. Das einzige Argument war lediglich, dass der Senat das so macht. Ich versteh, dass man den Abstimmungsprozess ökonomisieren möchte. Das sollten die neuen Mitglieder für sich entscheiden.

Dann hat man eine Möglichkeit, sich genauer mit der Begründung des Senats auseinander zu setzen. Vielleicht gibt es auch noch ein weiteres Verfahren (als den Brief), was geeigneter ist. Ich bräuchte mehr Zeit, mir die Begründungen anzulesen um dann zu einer besseren und fundierten Entscheidung zu kommen.

Sven Herdes: In der Vergangenheit wurden so auch Ordnungen abgestimmt. Wir vertrauen dem ZIH-Login aktuell auch schon sehr stark. Jede normale Abstimmung wird über ein ZIH-Login bestätigt. Da hat auch keiner ein Zertifikat. Wir vertrauen auch jetzt gerade im BigBlue-Button, dass hinter den Namen auch die richtigen Menschen sitzen. Liegt es grundsätzlich am digitalen oder am Medium E-Mail?

Sebastian Mesow: Ich möchte dir widersprechen, Sven. Es ist nicht dasselbe, wenn du dich hier im BBB einloggst oder du eine Mail schriebst. Wenn du dich im BBB anmeldest, geht der Login an das Identity-Management-System, so dass der hier angezeigte Name authentisch ist.

Man kann eine Email sehr leicht von einer anderen Email-Adresse senden. Das geht in Thunderbird sehr einfach. Deswegen gibt es ja gerade die Zertifikate. Auch finde ich die Briefwahl natürlich das schöner Medium.

Sven Holtschlag: Unsere Zertifikate funktionieren. Sie sind fälschungssicher und einfach zu beantragen. Man kann sich mit Video verifizieren. Die Hemmschwelle ist nicht existent. Ich kann mich hier auch unter anderem Namen (in den BBB) reinsetzen, wenn ich weiß was ich machen muss. Klar, Brief ist schöner, aber ich sehe die Gefahr größer, dass anderweitig nicht genug Stimmen zusammenkommen.

Marius Schiller: Ich möchte den Punkt von einer anderen Seite beleuchten, als jemand der schon TOPs zur Abstimmung eingereicht hat. Es sind bei vielen Abstimmungen mittlerweile zu wenige Stimmen zurückgekommen, und das sorgt für Frustration und Kopfzerbrechen. Also auch das Verfahren, was wir aktuell praktizieren macht Probleme. Es muss dann jedes Mal überlegt werden. Dann muss der SV Erinnerungsmails verschicken.

Da ich merke, dass aktuell darüber diskutiert wird, über welches digitale Medium die Abstimmung stattfinden soll: Wir sollten die Diskussion größer führen und zuerst klären, ob Brief oder Online oder anderweitig. So kommen wir eher zum Ziel. Ich schlage vor, dass sich der StuRa nur für eine digitale Lösung entscheidet. Das StuRa-Plenum ist dafür aber nicht der richtige Ort.

Hendrik Hostombe: Ich halte von digitalen Lösungen relativ wenig. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass es auch eine Zwischenlösung geben kann.

Der SV verschickt nicht gleich an jede_n einen Brief, sondern eine PDF-Datei. Dann kann die Person sich überlegen diese auszudrucken, klassisch zu unterschreiben und im StuRa abzugeben, oder er füllt das PDF-Formular am Computer aus, und unterschreibt es mit dem Zertifikat. Ich sehe es als ausreichend an, einen Brief zu schicken.

Robert Georges: Es gibt Leute, die das digital machen wollen, es gibt Menschen, die das mit Brief machen wollen. Es sind beides Ziele, die sicherlich die meisten teilen. Ich denke nicht, dass wir das heute hier auf der Sitzung entscheiden können, da jeder mit einer anderen Lösung um die Ecke kommt. Wir sollten dies als Arbeitsauftrag an den SV sehen. Damit wir dann eine Entscheidung aufgrund detaillierten Verfahren und Begründungen zu geben.

Sven Herdes: Die Senatsbegründung lautet: Wenn wir digital tagen, können wir auch digital abstimmen. Auch geht es schneller.

Tobias Klimmer: Ich stimme Hendrik und Robert zu. Ich finde es gut, darüber zu diskutieren. Da die Legislatur endet, finde ich es nicht sinnvoll, die neue Besetzung jetzt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Das sollen sie selbst entscheiden.

Claudia Meißner: Der Antrag kam ja auch mit der Finanzordnung drauf. Das muss bis 7. Januar mindestens laufen. Das ist dann fast ein Monat. Wenn der SV das dann nächste Woche noch raus schickt, dann kommt das auch noch vor dem 4. Advent an. Zu der Anmerkung wir werfen Leuten Sachen vor die Füße: Wir beschließen heute ggf. auch eine Finanzordnung. Irgendwann müssen Dinge eben auch Beschlussen werden.

GO-Antrag auf Vertagung von Tobias Klimmer-Begründung: Ich finde, das ist ein weitgreifenden Eingriff. Das sollte ein neues Plenum für sich entscheiden. **ohne Gegenrede angenommen**

10. Berichte

10.1. Finanzentscheid tuuwi, P21120904 Filmlizenz für Umweltfilmabend vom 16.11.2021

Berichterstatter_in: Annika Jannasch

Die tuuwi hat am 16.11.2021 eine Ausgabe in Höhe von 155,50 € für den Erwerb einer Filmlizenz für den Umweltfilmabend im Kino im Kas ten beschlossen.

Finanzantragsformular mit Protokoll: siehe Anhang A.9 ab Seite 49

Diskussion und Nachfragen

Cédric Kekes: Als Ergänzungen uns wurde mitgeteilt, dass dieser Filmabend nicht stattgefunden hat und tatsächlich keine Ausgaben getätigt wurden.

Hendrik Hostombe: Der aktuelle Finanzentscheid war wunderbar zu lesen. Es war schön, dass ein gutes Protokoll dran ist. Da steht dann alles, was im Finanzantragsformular stehen sollte. Also bitte wieder so.

Claudia Meißner: Ist es dann so, wenn dieser Filmabend nicht stattgefunden hat, dass wir diesen Antrag, um weniger Aufwand zu haben, dann nicht bestätigten?

Sven Herdes: Das vermerke ich entsprechend. Dann hat Angelika damit keine Arbeit. Ich bin dafür das zu vermerken, da das Mittel wären, die ohne Corona ausgegeben worden wären. Das ist auch gut für die Planung der Haushaltstöpfe.

Robert Georges: 1. Das geht an Hendrik: Ja das freut mich, ich werde das weiter geben. 2. Ja ich wollte auch sagen, dass zu diesem Finanzantrag keine Ausgaben stattgefunden haben.

Sven Herdes: Der Vollständigkeit halber kann das hier stehen. Eine Mail wäre am Idealsten.

10.2. Fehlende Quartalsberichte

Übersicht Fehlende Quartalsberichte: siehe Anhang A.10 ab Seite 53

Sven Herdes: Die ersten vier Berichte für Inneres können abgeschlossen werden, wenn die Finanzordnung angenommen wurde. Da wir zu diesen Berichten den Jahresabschluss brauchen. Wenn also die Finanzordnung fertig ist, dann

kann der Jahresabschluss fertig gemacht werden und dann kann ich auch den zahlenmäßigen Bericht halten.

5 10.3. Sonstige Berichte

Jan-Malte Jacobsen: Es haben Wahlen stattgefunden. Die Wahlbeteiligung ist kleiner als im Vorjahr. Wir landen bei einer Wahlbeteiligung von 13,3%. Wir sind also etwas weniger als letzte Jahr. Die Zahl der beantragten Briefwahlunterlagen war zwar höher, aber die Quote der Rückläufer liegt im Schnitt bei 68% und das ist nicht so viel.

Die Spitzenbereiche bei der Rückläufer sind bei 78% die schlechtesten um die 50 %. Bei mehreren Fachschaftsräten hatten wir dann das Problem, dass es dazu keine Leute gab, die sich für die Wahlen verantwortlich fühlten. Bei zwei FSREN hatten die Verantwortlichen es verpasst, dass an dem Tag die Auszählung war. Bei einem FSR hat sich tatsächlich keiner gefunden. Ich will hier keine einzelnen FSRE benennen, das führt zu nichts. Ich möchte generell sagen, dass es irgendwie funktioniert hat. Aber es wäre schön, wenn die Wahlen bei den FSREN wieder mehr Einbindung finden würden. Ich fand es nicht schön, dass ich auf dem Flur einer fremden Person sagen musste, dass sie Abstimmungsausschuss-Leiterin für eine Fachschaft ist. Auch wenn Corona ist, möchte ich bei den FSREN die Wichtigkeit der Wahl und deren Organisation betonen.

11. Geschlossene Sitzung

35 12. P21102803 Neue Finanzordnung, 3. Lesung

Antragsteller: Sven Herdes (GF Finanzen & Inneres)

Antragstext

40 ¹Der Studierendenrat beschließt die neue, vorliegende Fassung der Finanzordnung.

²Gleichzeitig tritt die bisherige Fassung der Finanzordnung und die AE-Ordnung außer Kraft.

45 Neue Finanzordnung (Stand 27.10.2021): siehe Anhang A.11 ab Seite 54

Begründung

Änderungs-Synopse: siehe Anhang A.12 ab Seite 66

Änderungen: siehe Anhang A.13 ab Seite 99

50 Unsere Finanzordnung ist veraltet und benötigt eine Überarbeitung. Das Referat Struktur hat in Zusammenarbeit mit weiteren Interessierten Personen diesen Entwurf über die letzten Jahre ausgearbeitet. Eigentlich sollten alle Ordnungen des StuRa im diesem Zusammenhang harmonisiert (Begriffsbestimmungen, ...) werden, jedoch drängt bei der Finanzordnung der Jahresabschluss 17/18, sodass wir nicht viel länger warten können.

60 Es handelt sich hierbei um eine verbesserte Version des im Januar vorgestellten Entwurfs. Die anderen Ordnungen sollen ab Weihnachten weiter bearbeitet werden. Für individuelle Fragen und Erklärungen stehe ich euch im Vorhinein zur Verfügung. Außerdem denken wir in der Gruppe, dass wir die meisten Paragraphen sowieso auf der Sitzung durchgehen werden.

70 Mit in der Gruppe der am Ende engagierten Leute waren: Robert Lehmann, Robert Georges, Marian Schwabe, Jan-Malte Jacobsen, Hendrik Hostombe und ich. Außerdem waren an der Ausgestaltung die Altfinanzer Robert Georges, Sebastian Jaster und Tim Rothbarth sowie unsere Buchhaltung beteiligt.

75 Die Sortierung ist so strukturiert, dass man inhaltliche Zusammenhänge erkennt. So sind zum Beispiel FSR-Sachen im letzten Abschnitt zu finden.

80 Wer Rechtschreibung und Grammatikfehler findet kann sie gerne per Mail an uns schicken. Außerdem ist uns bewusst, dass die Abkürzungen unvollständig sind. Diese würden wir noch redaktionell anpassen, ggf. schon bis Donnerstag.

5 Inhaltlich verändert sich nichts mehr. Die Differenzversion („Diff“) wird euch möglicherweise nicht am ersten Tag der Unterlagen zur Verfügung stehen.

10 *Hinweis: Der finale Beschluss dieses Antrages im Anschluss an die 3. Lesung benötigt die 2/3-Mehrheit der Mitglieder nach § 30 der Grundordnung (GrO). Die 1. Lesung fanden auf der Sitzung am 28.10.2021 statt. Die 2. Lesung fand auf den Sitzungen am 28.10.2021 und 11.11.2021 statt.*

Änderungsantrag 1 von Sven Herdes

Text: Ändere in § 34 „sind“ zu „sollen“, und Ergänze in § 53 Abs. 2 hinter „Bank- und Barvermögen“ „abzüglich Verbindlichkeiten“

15 Der Änderungsantrag 1 wurde vom Antragsteller auf der Sitzung am 28.10.2021 **übernommen**.

Änderungsantrag 2 von Claudia Meißner

Text: Streiche in § 1 Abs. 2 die Anführungszeichen bei „Sächsischen Hochschul“freiheits“gesetz“.

Begründung: In gewissen Kreisen hat es sich etabliert das Wort *Freiheit* in Anführungszeichen zu setzen. Man könnte da einfach mal die FDP fragen, was sie sich damals dabei gedacht hat. Aber ja, es ist eine Ordnung, und hat entsprechend einen offiziellen Namen.

20 Der Änderungsantrag 2 wurde vom Antragsteller auf der Sitzung am 11.11.2021 **übernommen**.

Sebastian Mesow **reicht** die Änderungsanträge SM1 bis SM6 **ein**.

Änderungsanträge Sebastian Mesow: siehe Anhang A.14 ab Seite 114

25 *Hinweis: Die Begründungen der Änderungsanträge SM1 bis SM6 wurden nochmal angepasst.*

Sven Herdes **reicht** folgende Änderungsanträge ein und übernimmt diese:

30 Änderungsanträge Sven Herdes: siehe Anhang A.15 ab Seite 127

Diskussion und Nachfragen

35 *Sven Herdes:* Zur dritten Lesung gibt es meistens noch einen Änderungsantrag des Antragstellers. Das resultiert daher, dass Angelika jetzt erst in Gänze über die Ordnung schauen konnte. Wir haben teilweise die falschen Fachbegriffe verwendet. Wir haben auch Grundsätze und dann einzelne Punkte genannt. Da war die Frage, ob wir alle Punkte aufnehmen oder nur auf die Grundsätze verweisen.

40 Wir haben die Vertreterregeln angepasst, um uns in Richtung des BGB zu orientieren, einen Punkt von Sebastians Anmerkungen aufgenommen und zwei Sachen für die FSRe. Es kann bei grober Fahrlässigkeit nur der Pro-Kopf Betrag einbehalten werden, der Sockelbetrag wird generell ausgezahlt. Kautionen beim StuRa dürfen ohne extra Beschluss der FSRe ausgelegt werden.

50 *Sebastian Mesow zieht die Änderungsanträge SM4 und SM6 zurück.*

55 *Sebastian Mesow:* Danke für die einführenden Worte und an die Gruppe, die das erarbeitet hat. Durch die Änderung des Antrags von Sven sind zwei meiner Änderungsanträge obsolet geworden. Bevor ich zu meinen Änderungsanträgen komme, möchte ich zu der Kontendeckungsfähigkeit kommen:

60 Ich muss sagen, ich habe mich mit der aktuellen Regelung abgefunden. Ich denke aber bei möglichen weiteren Änderungen von Ordnungen nicht, dass diese Regelung Bestand haben wird. Ich bin nämlich kein Anhänger des Antrages auf Neubefassung. Dann wäre ich dafür die Deckelungsregelung, wie sie jetzt steht nicht beizubehalten.

70 Es geht nicht um die sachliche und qualitative Bindung des Wirtschaftsplanes. Dann nämlich, wenn es keinen Antrag auf Neubefassung mehr gibt, könnten die Geschäftsführung oder der Förderausschuss selbstständig ein Konto bzw. ihr Konto um bis zu 25% überschreiten. Das

StuRa-Plenum hätte sich dann der Ausgabenpolitik entmündigt, was offensichtlich kritisch ist.

- 5 Auch möchte ich hier einen Verstoß gegen die sächsische Haushaltsordnung geltend machen. Dort heißt es nämlich, dass eine Deckungsfähigkeit nicht im Allgemeinen zulässig ist. Laut § 20 Sächsischer Haushaltsordnung ist ein Deckungsfähigkeitsvermerk nur zulässig, wenn ein *verwaltungsmäßiger oder sachlicher Zusammenhang besteht oder eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung gefördert wird*. Ein Deckungsfähigkeitsvermerk muss also immer begründet werden.

zum Änderungsantrag SM1:

- Bis jetzt ist es so, dass alle Angebote ab 100 € drei Angebote eingeholt werden müssen. Ich erachte diese Grenze als zu niedrig. Wenn wir die Grenze auf 200 € für den StuRa und 125 € für FSRe erhöhen würden, könnten wir uns viel Aufwand beim prüfen sparen. (bzw. später 250 € und 175 €) Die Beträge sollen sich inklusive der Umsatzsteuer bemessen, damit man diese nicht erst abziehen muss, um zu erkennen, dass 3 Angebote eingeholt werden müssen. Auch soll der Auftragswert sich immer inklusive aller umgelegter Nebenkosten bemessen. Dazu zählen insbesondere Reisekosten, Spesen, Nebenkosten bei Unterkünften, z.B. Wasser und Strom bei Unterkünften.⁴

- Warum ich zwei Grenzen setzen will. Der StuRa hat ein Budget von knapp einer halben Million Euro, die FSRe wenige tausend Euro. Außerdem werden im StuRa auch mehr und höhere Finanzanträge gestellt. Der größte FSR hat eine Budget von weniger als 10.000 Euro pro Jahr. Auch gibt es bei Ihnen weniger Finanzanträge, und diese sind auch oft kleiner. Die kleineren FSRe und AGS sollen mit ihrem kleinerem Budgets besser im Sinne der Vergabegrundsätze wirtschaften. Daher die niedrigere Grenze.

- Im StuRa werden auch häufig Leute angefragt, die einen Vortrag oder Workshop halten sollen. Es gibt auch andere vergleichbare, freiberufliche

Leistungen wie künstlerische und musikalische Tätigkeiten. Das Sächsische Vergabegesetz erlaubt in dieser Richtung tatsächlich eine Öffnung. In diesem Sinne meine ich, dass bis zu einem Wert von 500 € sagen, ein Angebot ausreichend ist. Das ist dann *kein* Vergabeverfahren. Warum soll dann trotzdem eine Angebotsbeleg eingereicht werden? Mit anderen bin ich zur Erkenntnis gekommen, dass das Einholen von Angeboten auch sekundäre Effekte hat. Die Leute werden dann dazu angeleitet, dass sie ordentlicher planen. Im Rahmen der Prüfung der Finanzanträge wird dann geschaut, dass sie nicht von einem falschen Preis ausgehen. Auch dient der Angebotsbeleg der Information darüber, wer genau beauftragt werden soll. Diese Grenze gilt dann sowohl für StuRa als auch für FSRe.

zum Änderungsantrag SM2:

Damit sollen die Grenzen auf 250,00 € für den StuRa und 175,00 € für AGs und FSRe erhöht werden.

Zu SM5 würde ich später was sagen.

GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit um eine Stunde von Claudia Meißner Begründung: Es wäre schön, jetzt noch über die Anträge von Sebastian zu diskutieren und dann auch abzustimmen. Damit die Finanzordnung nicht nochmal durch das neue Plenum durchgekaut werden muss. Wir haben schon mal sinnlos Zeit verbrannt.

formale Gegenrede von Tobias Klimmer

Der GO-Antrag wird mit **17 Ja-Stimmen / 4 Nein-Stimmen / 1 Enthaltung angenommen**.. Damit ist Sitzungszeit bis 24 Uhr verlängert.

Sven Herdes: Das, was Sebastian da schreibt, ist völlig richtig. Was ich empfehlen würde, ist, dass wir die Höhe der Summe von der Art wie es dasteht zu unterscheiden. Zur Auftrennung der Höhe der Summe in StuRa und FSRe: das können wir auch so machen, aber 500 € ist das Limit.

⁴siehe auch was alles unter vollständiger Gesamtpreis auf der StuRa-Webseite steht
https://www.stura.tu-dresden.de/finanzantrag#vollstaendiger_gesamtpreis

Claudia Meißner: Wir sollten die Ordnung möglichst kurz halten. Das kann dann gerne in eine Handreichung gegossen werden. Ich bin ein Freund davon, Ordnungen kurz und knackig zu halten. Ich finde die Grenze von 100 € aber nicht ganz verkehrt. Da es nicht *mein* Geld ist, sondern das der Studierendenschaft.

Sven Holtschlag: Claudia hat mir die Hälfte weggenommen. Ich würde ihr aber zustimmen, dass diese Ordnung nicht zu sehr mit lyrischen Ergüssen aufgeblasen wird. Man kann zwar jedes Detail regeln, aber das sorgt letztendlich nur dafür, dass sich diese Finanzordnung am Ende keiner durchliest. Von daher bitte die Ordnung nicht größer machen als nötig.

Max Friedemann: Wann wurde die 100 €-Grenze mal festgelegt? Ich wäre dafür, die etwas anzuheben. Die Aufdröselung sollte in eine Handreichung wandern.

Der Chat weiß, dass es keiner aus einem Protokoll herauslesen kann, da diese nur bis 2006 verfügbar sind. Aber es gibt Stichpunkte, dass diese gilt.

Robert Georges: Ich habe an der Ordnung mitgewirkt und habe auch mit Sebastian vorher geredet. Ich sehe es auch so, dass die Ordnung unter dem Gesichtspunkt der Handhabbarkeit schwierig umzusetzen ist. Wir sollten diese Informationen aber auch unbedingt kommunizieren. Ich bin auch der Freund, dass wir eine Summe für alle festlegen. Wenn wir die Summe jetzt aufsplitten verwirrt das die Leute mehr, als dass es ihnen was bringt. Ich sehe hier einen großen Stolperstein und plädiere für eine Summe, die auch gern von 100 € auf 150 € oder 200 € angehoben werden kann. Mit dem Hintergedanken, dass wir den Antragsteller_innen hier viel Aufwand ersparen, was dann auch erheblich zum Bürokratieabbau im StuRa beiträgt. Beim Absatz fünf sehe ich noch Einkürzungspotential.

Sebastian Mesow: Danke für die Kritik. Der größte Kritikpunkt, dass die Finanzordnung zu arg aufgebläht wird, verstehe ich nicht, da sie an anderen Stellen auch sehr ausführlich ist. Zum

Beispiel ist der Paragraph 56 zur Prüfung der Finanzen und der Einbehaltung von Fachschaftsmitteln auch sehr lang. Ich finde es nicht schön, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Es sollte meiner Meinung nach ein Ort geben, ab dem man die Informationen zur Finanzordnung bekommen kann. Wenn man jetzt noch ein zweites Dokument, wie eine Handreichung hat, dann entsteht ein zweites Dokument, das ich beachten muss. Da fände ich es im Sinne der Lesbarkeit besser, wenn alles in einem Dokument steht. Außerdem muss nach Beschluss eh eine Information an alle Fachschaften und im Prinzip auch an alle Antragsteller_innen gehen. Ohne eine gute Kommunikation ist die neue Finanzordnung auch nichts.

Eine Soll-Regelung ist etwas näher an einer Muss-Regelung als an einer Kann-Regelung. Man sagt, dass eine Soll-Regelung für alle typischen und häufigen Fälle besser als eine Muss-Regelung ist. Nur für die weniger häufigen und atypischen Fälle räumt eine Soll-Regelung ein Ermessen ein.

Das Problem an diesem Ermessen ist, das es nicht transparent ist. Wenn ich dann einen Finanzantrag vor mir habe, müsste ich dann nach meinem Ermessen beurteilen, ob alle Unterlagen vollständig eingereicht wurden, und der Finanzantrag daher ordentlich auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Ich möchte dieses Ermessen daher nicht.

Wenn das so beschlossen würde, würde (auch für freiberufliche Tätigkeiten) die Grenze von 100,00 Euro gelten und es *müssen* dann auch für diese 3 Angebote eingeholt werden. Das kommt daher, dass freiberufliche Tätigkeiten im StuRa so häufig vorkommen. Ferner spart man sich mit dem Änderungsantrag im Gegensatz zum jetzigen Stand die Begründung, warum weitere Angebote fehlen. Man könnte dann einfach so nur einen Angebotsbeleg bei freiberuflichen Tätigkeiten vorlegen.

Jan-Malte Jacobsen: Soll Regelung: Man kann alles explizit und ins Detail regeln, was vom StuRa zu genehmigen ist. Man kann dem StuRa auch die Freiheit geben, Ausnahmen gesondert

zu entscheiden. „Soll ist Muss wenn Kann“. Das ist die nächste Abstufung. Zum Thema Gelder anheben: Ich bin der festen Überzeugung, die Grenze bei 100 € zu belassen. Bei uns im FSR hatten wir die früher noch tiefer. Die meisten Menschen haben zum ersten Mal mit so hohen Summen überhaupt zu tun. Wir müssen darauf achten, dass wir das Geld unserer Kommiliton_innen sinnvoll ausgeben.

Robert Georges: Reden wir jetzt über die Änderungsanträge von Sebastian? Wenn nicht, sollten wir uns immer einzeln über die Änderungsanträge austauschen.

GO-Antrag auf Schluss der Redeliste von Tobias KlimmerBegründung: Mein Kopf raucht. Ich kann kaum noch folgen. Jeder kann sich ja nochmal auf die Redeliste stellen lassen.

Sven Herdes: Nur zu den Änderungsanträgen oder zu dem gesamten TOP?

Tobias Klimmer: Zum ganzen TOP.

Hendrik Hostombe: Gegenrede. Es geht hier darum, dass wir eine ordentliche Finanzordnung haben. Dafür müssen wir uns zu allen Änderungsanträgen austauschen. Solche GO-Anträge bringt uns überhaupt nichts und kosten uns nur Zeit, die wir besser mit Diskussionen verbringen sollten.

Der GO-Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen / 10 Nein-Stimmen / 6 Enthaltungen **nicht angenommen**.

Diskussion zum Änderungsantrag SM1:

Hendrik Hostombe: Ich finde die Überlegung sehr schön. Ich halte es für eine Ordnung zu viel Text. Ich bin dafür, den Änderungsantrag so nicht zu übernehmen.

Sven Herdes: Ich finde die Kombination aus Erhöhung mit Vergrößerung des Paragraphen nicht sinnvoll. Ich bin mittlerweile auf Claudis und Maltes Seite. Hier kommen Leute aus der Schulen, die zum ersten Mal mit solchen Summen hantieren.

Robert Georges: Die Summe ist mir egal. Wenn wir die Summe erhöhen ist davon auszugehen, dass die Arbeitsbelastung sinkt. Ich verstehe aber auch die Einwände von Claudi und Malte.

Max Friedemann: Ich schließe mich meinen Vorrednern an. Ich bin dafür den Wert auf 150 € anheben. Alleine wegen dem Inflationsausgleichs. Das Argument der jungen Menschen zählt für mich nicht. Es ist ja nicht so, dass es heißt: Hier hast du 100 € mach damit was du willst. Dahinter steht ja immer noch ein Plenumsbeschluss. Es würde vieles einfacher machen.

Änderungsantrag 3 von Sebastian Mesow

Titel: Vereinheitlichung der Grenzen für Direktauftragsgrenzen Text:

1. Ersetze im Text des Änderungsantrages SM1 Absatz 4 komplett durch „Abweichend von Abs. 2 kann ein Vergabeverfahren entfallen, wenn sich der Auftragswert mit 200,00 Euro oder weniger bemisst.“ 2. Ersetze Änderungsantrag SM2 komplett durch „Ersetze in § 34 Abs. 4 S. 1 die Angabe „200,00 Euro“ durch „250,00 Euro““

Sebastian Mesow: Ich möchte noch einmal auf meinen Änderungsantrag 3 hinweisen, der die Grenzen vereinheitlicht. Das Neulings-Argument finde ich nicht sinnvoll, im Gegenteil. Das ist ja durchaus herausfordernd, eine Angebotseinholung durchzuführen und diese richtig durchzuführen. Die Entscheidung, wie das Geld ausgegeben wird, trifft ja zudem nicht die Antragstellende, sondern die stimmberechtigten Mitglieder eines Gremiums. Der StuRa der Universität Leipzig bezieht sich einfach nur auf die Grenze in der VOL/A. Also haben die eine Grenze von 500 €. Es gibt also auch Studierendenschaften, die deutlich höhere Grenzen haben als wir.

Sven Holtschlag: Wenn wir jetzt erst einmal die 100 € drinstehen lassen? Könnten wir das nachträglich noch anpassen?

Meinungsbild von Claudia Meißner: Ab welcher Summe sollten mindestens 3 Angebote eingeholt werden?

- 5 • 100 € → 4 Stimmen
- 150 € → 8 Stimmen
- 200 € → 9 Stimmen
- mehr → 3 Stimmen

10 *Sven Herdes:* Da das Meinungsbild sehr geteilt ist. Wir können sagen, wir nehmen das mal so auf und ich gebe es meinem Nachfolger mit auf den Weg, das in einem halben Jahr zu evaluieren. Ich würde daher die 200 € mal probieren. Ich übernehme den AA SM1 nicht.

15 Der Änderungsantrag SM1 wird mit **7 Ja-Stimmen / 7 Nein-Stimmen / 4 Enthaltungen abgelehnt.**

Änderungsantrag 4 von Robert Georges

Ersetze § 34 Angebotseinholung komplett durch

„§ 34 Vergabe von Aufträgen

(1) ¹Die Gestaltung von Aufträgen, das Einholen von Angeboten und das Auswählen eines Angebotes (Zuschlag) erfolgt unter besonderer Berücksichtigung

- der Wirtschaftlichkeit, insbesondere des Preis-Leistungs-Verhältnisses,
- des Umweltschutzes und des Klimaschutzes, und
- von sozialen Aspekten, einschließlich der wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

²Diese Aspekte sollen angemessen gegeneinander gewichtet werden. (2) ¹Im Vergabeverfahren sind grundsätzlich mindestens drei geeignete Angebote einzuholen. (3) ¹Der Auftragswert bemisst sich inklusive aller umgelegter Nebenkosten und inklusive der Umsatzsteuer. (4) ¹Wenn sich der Auftragswert mit 200,00 Euro oder weniger bemisst, sind abweichend von Abs. 2 keine Angebote notwendig. (5) ¹Sofern die Einholung von drei geeigneten Angeboten nicht möglich ist, muss dies zum Zeitpunkt der Antragsstellung begründet werden.“

Sven Herdes: Ich bin mir unsicher, da er weitergehend ist. Bitte stimmt darüber ab.

Der Änderungsantrag 4 wird mit **12 Ja-Stimmen / 2 Nein-Stimmen / 3 Enthaltungen angenommen.**

Änderungsantrag 5 von Sebastian Mesow

neuer Änderungsantrag SM2

Text: Ersetze in § 34 Abs. 4 S. 1 die Angabe „200,00 Euro“ durch „250,00 Euro“

25 *Sebastian Mesow:* Ich bin schon mal sehr froh, dass die Grenze für Direktaufträge nun bei 200 € liegt. Ob es jetzt auch auf 250 € steigt ist jetzt für mich zweitrangig. Wir würden durch eine weitere Erhöhung der Grenze für Direktaufträge weiter mehr Bürokratie einsparen.

Claudia Meißner: Willst du den wirklich so beibehalten? Es haben sich 9 Leute für 200 € ausgesprochen und weniger für mehr.

35 *Sebastian Mesow zieht den Änderungsantrag SM2 zurück.*

Sebastian Mesow: Ich werde mir eine explizite Regelung der freiberuflichen Ausnahme weiter im Hinterkopf behalten. Ich erachte dies als sinnvoll.

40 Zum Änderungsantrag SM5:

Sebastian Mesow: Die 20 € sind sehr wenig, im Vergleich zu dem Aufwand. Den ich im Förderausschuss habe. Zumindest für den Koordinator des Förderausschusses (ich) fällt mehr Aufwand an. Dazu zählen die Kommunikation mit den Antragstellern, Das Prüfen der Finanzanträge, das Vorbereiten der Sitzungen und das Erstellen des Protokolls. Daher erachte ich eine Erhöhung auf 40,00 € pro Monat angemessen.

GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit um eine halbe Stunde von Judith Horvath. Der GO-Antrag wird mit **14 Ja-Stimmen / 3 Nein-Stimmen / 1 Enthaltung angenommen.**

Sitzungszeit bis 0:30 Uhr verlängert.

- 5 *Sven Herdes*: Warum ist die Höhe begrenzt? Argumente von damals: Es sind ja immer noch StuRa Mitglieder und man wollte nicht einzelne StuRa Mitglieder bevorzugen, daher die absolute Begrenzung auf 20 €.
- Sebastian Mesow*: Da muss ich schauen, was die genaue Formulierung in der Grundordnung ist. Ich schau mal nach.
- 10 *Sven Holtschlag*: Kann mir einer erklären worum es geht. Ich bekomme den Zusammenhang nicht ganz mit.
- Sven Herdes*: Er klärt das mit den AEs und dem FÖA.
- 15 *Jan-Malte Jacobsen*: Das ist kein Random-Ort, wo es drinsteht. Ich fand es gut, dass Sven nach den Argumenten gesucht hat. Das ist ein Ausschuss. Und wir bekommen ja auch kein Sitzungsgeld für die Sitzungen.
- 20 *Sebastian Mesow*: Ich habe in der Zwischenzeit nachgeschaut. Meine Auslegung wäre auch, dass es die absolute Höhe ist. Eine Erhöhung darüber hinaus bei höherem Aufwand erachte ich nicht als möglich, da die Grundordnung die AE-Ordnung sticht. Mit einer Förderausschuss-Sitzung habe ich ca. 3 Stunden Arbeit.
- 25 *Christian Soyk*: Diese 20 €, die hier stehen. Ist das das Geld pro Sitzung oder für einen Antragszeitraum?
- 30 *Sebastian Mesow*: Die AEs werden nur monatlich ausgezahlt. Die jetzige Höhe von 20,00 Euro sind also nicht auf die Sitzung, sondern auf den Monat bezogen. Es kann in einem Monat mal 1, 2 oder 3 Sitzungen geben. Zur Ausweitung auf alle Ausschüsse: Vielleicht ist die Aufwandsentschädigung auch ein Anreiz, Leute für Ausschüsse zu bekommen?
- 35 *Sven Holtschlag*: Ich verstehe, dass die Mitarbeit in einem Ausschuss auch Arbeit bedeutet. Aber wir sind immer noch ein Ehrenamt. Ich sehe es kommen, dass wir einen großen Anteil des Semesterbeitrages dafür aufwenden, die Bürokratie am laufen zu halten. Sonst wollen auch bald Sprecher und Finanzer der FSRe AE haben?
- 45 *Claudia Meißner*: Wollen wir das Fass jetzt wirklich aufmachen? Sollten wir uns das nicht für das nächste Jahr aufheben?
- Sven Herdes*: Ich übernehme den Änderungsantrag nicht. Ich nehme mit, dass das Thema AE nochmal diskutiert wird hier im Plenum.
- 50 Der Änderungsantrag SM5 wird mit **4 Ja-Stimmen / 5 Nein-Stimmen / 8 Enthaltungen abgelehnt**.
- 55 *Sebastian Mesow*: Ich ziehe den Änderungsantrag SM6 zurück.
- Änderungsantrag 6** von Sven Herdes
- Ergänze im Antragstext: „Die Angebotseinholungshöhe wird Mitte Sommersemester 2022 angeschaut und über eine Anpassung auf 150,00 Euro diskutiert werden. Der Punkt Aufwandsentschädigungen (inklusive der Höhe) für Mitglieder in Ausschüssen soll bis zum 01.04.2022 erneut im Plenum diskutiert werden.“
- Der Änderungsantrag ?? wird vom Antragsteller übernommen.*
- Allgemeine Diskussion zur nun geänderten Finanzordnung:**
- 60 *Sven Herdes*: Ich habe diverse Punkte ins Pad aufgenommen, die im nächsten halben Jahr noch diskutiert werden sollen.
- 65 *Robert Georges*: Ich habe noch mehrere Nachfragen zu deinen kurzfristigen Änderungen, Sven. Zur Vertretungsregelung: Warum wird die Vertreterin der Finanzerin nicht mehr gewählt, sondern ernannt? Weshalb sind die Angestellten nun wieder unterschiftsberechtigt?
- 70 *Sven Herdes*: Der StuRa überweist nach dem Prinzip ‚Hauptamtlicher und Ehrenamtlicher‘. Wie läuft das ab? Angelika und ich überweisen zusammen. Falls wir das nicht so machen, dann müssten immer zwei Ehrenamtliche überweisen und die Buchhaltung dabei nur zusehen. Zum Thema Wahl der Vertretung: Würden wir das so wie gedacht in die Ordnung schreiben, würde
- 75

uns an dieser Stelle das BGB schlagen. Insofern können wir es auch gleich so reinschreiben.

5 *Robert Georges:* Zu §10 Abs. 3: Warum soll das geändert werden?

Sven Herdes: Das Organigramm ist beschlossen auf den Referate. Die sind einem GB zugeordnet. Der SV, Sportobleute und Ausschüsse sind keinem GB zugeordnet.

10 *Robert Georges:* Du würdest im Wirtschaftsplan jedes Referat einzeln darstellen?

Sven Herdes: Das Organigramm soll entsprechend der Geschäftsbereiche aufgegliedert werden.

15 *Jan-Malte Jacobsen:* Frau Dunst ist aufgefallen, dass die Sachkonten nach dem Organigramm eingerichtet worden sind und danach kann sie es ausweisen aber nicht anders.

20 *Robert Georges:* Ich möchte zu Bedenken geben, dass die Finanzordnung die Gliederung des Wirtschaftsplanes regelt und nicht die Gliederung im Buchungssystem. Nach welcher Struktur die Buchungen erfolgen muss nicht in der Finanzordnung geregelt werden. Die vorliegende Änderung der Finanzordnung birgt die Gefahr, dass zukünftige GF Finanzen glauben können, dass die AEs im Wirtschaftsplan nun nicht mehr nur nach Geschäftsbereich, sondern entsprechend der einzelnen Referate ausgewiesen werden müssen.

Claudia Meißner: In meinem Kopf sind Referate GBs zugeordnet.

35 *Cédric Kekes:* Ich möchte darum bitten, wieder zur Redeliste zurückzukehren. Diskussionen dieser Art können auch vorher mit dem Antragsteller geklärt werden.

40 *Christian Soyk:* Ich muss dir widersprechen Cédric. Die Änderungen kamen zu kurzfristig. Dann sollte es für mich in Ordnung sein, solche Fragen hier zu stellen.

Cédric Kekes: Ich habe den Eindruck, dass sich hier ein Zwiegespräch entwickelt. Das möchte ich unterbinden. Fragen können gerne gestellt werden.

45 *Sven Herdes:* Die aktuelle Beschlusslage ist nach dem Organigramm, welches den StuRa in Geschäftsbereiche aufteilt. Zu Roberts Zeiten gab es so einen Beschluss nicht.

50 *Robert Georges:* §11: Logikfrage: Wie wird das mit den Durchlaufposten im Wirtschaftsplan verändert?

Sven Herdes: Die Anmerkung kam von Dunst. Durchlaufposten sind differenziert auf Bilanzkonten, die sind aktuell nicht im Finanzplan vorhanden.

GO-Antrag auf Verlängerung der Sitzungszeit um eine halbe Stunde von Claudia Meißner. *formale Gegenrede von Christian Soyk.*

60 Der GO-Antrag wird mit **12 Ja-Stimmen / 4 Nein-Stimmen / 1 Enthaltung angenommen..** Die Sitzungszeit wird damit bis 1 Uhr verlängert.

65 *Robert Georges:* Dann sollten wir im 11er schreiben, dass Durchlaufposten nicht im Wirtschaftsplan dargestellt werden.

Sven Herdes: Das ist nicht ganz richtig, da auch Fachschaftsbeiträge darunterfallen und auftauchen.

70 *Robert Georges:* Die sind laut der neuen Ordnung keine Durchlaufposten mehr.

Claudia Meißner: Wenn Sven das sagt, dann kann man das sicher machen. Das kam von Fr. Dunst. Ich frage wie sinnvoll es ist, das aufzunehmen, wenn wir nicht darüber beraten haben?

80 *Robert Georges:* Zum Thema Auskunftspflicht: Die bisherige Fassung sah vor, dass vor jeder Auskunftserteilung gegenüber Dritten die Erlaubnis des GF Finanzen eingeholt werden muss. In der neuen Finanzordnung soll nun festgelegt werden, dass die Angestellten im Rahmen von Auskunftspflichten diese anders als bisher auch ohne Rücksprache mit dem GF Finanzen erteilen dürfen. Die bisherige Praxis war,

dass der GF Finanzen mit den Angestellten wenigstens einmal zu Beginn seiner Amtszeit besprochen hat, welche Auskünfte an welche Dritten (z.B. Bank oder Innenrevision) erteilt werden dürfen. Nach der neuen Regelung ist diese Absprache nicht mehr erforderlich. Zudem ist nicht geklärt, wer im Zweifelsfall entscheidet, ob ein Auskunftsverlangen berechtigt ist bzw. ob eine Auskunftspflicht besteht und welche Informationen bzw. in welchem Umfang an welche Personen weitergegeben werden dürfen. Zudem kann es in Streitfällen sinnvoll sein zunächst bestimmte Informationen für die eine Auskunftspflicht besteht zurückzuhalten, um sie entsprechend dem Ziel der Klärung aufbereitet zur Verfügung zu stellen. Man kann sagen, wenn die Bank nachfragt, dann kann man antworten, aber warum muss das jetzt in den Ordnungsantrag gehoben werden?

Jan-Malte Jacobsen: Da hat Frau Dunst festgestellt, dass es einfacher ist, dass Dinge, die im Rahmen der Auskunftspflicht eh erteilt werden müssen, dies dann auch einfach die Buchhaltung machen kann.

Robert Georges: §33 (1): Unterlagen bei der Buchhaltung einreichen vs. Unterlagen im Service-Büro einreichen: Ich kann mir vorstellen, dass Frau Dunst mit dieser Regelungen bezwecken möchte, dass Rechnungen im Servicebüro abgegeben werden. Muss man das aber wirklich in den Ordnungsrang erheben? Das sind doch eher organisatorische Regelungen.

Sven Herdes: Frau Dunst hat sich das zur Klarstellung gewünscht. [...]

Jan-Malte Jacobsen: Ich habe ähnlich wie Robert Georges gedacht. Aber wir haben mittlerweile ein Rechnungseingangsbuch im Servicebüro und Frau Dunst möchte, dass dieses dort gefüllt wird. Aber vielleicht könnte das auch in Handreichungen tun.

Robert Georges: Malte hat da recht. Dieses operative gehört in Handreichungen und nicht in die Finanzordnung. Zum § 35: Neu hinzugekommen ist der Punkt Instandhaltung des Materialverleihs. Wenn ich mir vorstelle, dass dies auch mal eine kaputte Musik-Anlage betrifft,

kann ich mir vorstellen, dass dies auch mal eine dreistellige Summe kosten kann.

Jan-Malte Jacobsen: Da hat Frau Dunst ein längeres Referat über Instandhaltungen gehalten. Mir geht es da vor allem um Verbrauchsmaterial für den Materialverleih (z.B. die Holzstäbchen für die Zuckerwatte-Maschine). Es sollen vor allem kleiner Reparaturen sein. Sobald es teurer wird, muss ein Beschluss her. Frau Dunst meinte, dass immer dann beschlossen werden müsste, wenn der Ursprungswert gesteigert wird. Sonst halt nicht.

Robert Georges: Das kenne ich auch. Da stellt sich mir die Frage, da sich diese Ordnung auch an Finanzer richtet, die sich nicht so sehr mit den Ordnungen auskennen, dass in Klammern zu setzen.

Sven Herdes: Das ist in der Finanzerdokumentation dokumentiert, wann man den Finanzantrag braucht und wann nicht.

Roman Klöppner: Ich verstehe, dass die Fragen wichtig sind, Robert. Ich habe das Gefühl, dass es ein Zweigespräch zwischen euch dreien ist. Und der Rest hat abgeschaltet und ist weg.

Robert Georges: Das Problem ist einfach, dass diese Änderungsanträge einfach so kurzfristig gekommen sind. Ich hätte es sehr gerne im bilateralen Gespräch gemacht. Aber ich erkenne, dass das Plenum die Ordnung heute noch in die schriftliche Abstimmung geben will. Mein nächster Punkt bezieht sich auf § 37 Hier ist ein Punkt, der noch ein wenig Erläuterung bedarf. In der Vergangenheit gab es den Fall, dass der StuRa einer Studierenden ein Privatdarlehen gewährt hat. Solche Fälle sollen in Zukunft ausgeschlossen werden. Der StuRa hat ihr das Geld ausgelegt und sie hat dies in Raten zurückgezahlt. Es gibt jedoch auch Finanzanträge, welche Ausfallbürgschaften beinhalten. Beispielsweise eine Veranstaltung, die versucht, ihre Ausgaben durch Spenden und Essens-Einnahmen gegen zu finanzieren. Aber sie stellen einen Finanzantrag auf eine Ausfallbürgschaft. Das Kino im Kasten hatte mal so einen Antrag gestellt. Diese Regelung hat aber dazu geführt, dass solche Anträge dann abgelehnt wurden.

5 *Sven Herdes:* Dies ist eine Entscheidung, die uns von den Innenrevision so mitgegeben wurde. Es ist wichtig, dass es so bleibt. Wir sollen ja nicht auf die Idee kommen.

GO-Antrag auf Vertagung von Christian Soyk
Begründung: Die neue Finanzordnung ist als großer Wurf angekündigt worden. Jetzt habe ich den Eindruck gewonnen, dass wir viele Dinge erst in einem halben Jahr beschließen wollen. Mir entschließt sich der Handlungsdruck nicht. Das wurde über Jahre erarbeitet. Wir sind nun kaum noch beschlussfähig. Ihr könnt gerne sagen, lasst den Christian quatschen. Bitte lasst die Fragen noch kompetent beantworten.

20 *Sven Herdes:* Gegenrede. Wir stehen grob gesagt aus Richtung Innenrevision mit dem Rücken zur Wand. Die Finanzordnung wurde seit Jahren nicht angefasst. Wir kommen an einen Punkt, an dem die Innenrevision schon bei Gesprächen zu anderen Themen zuerst immer nach der neuen Finanzordnung fragt. Aber der ganze Rattenschwanz der geänderten Finanzordnung macht uns noch mehr Probleme als die Dinge, die bezüglich der neuen Ordnung kritisch gesehen werden. Irgendwann sind wir an dem Zeitpunkt, dass wir nicht mehr alleine Entscheiden dürfen.

30 Der GO-Antrag wird mit **7 Ja-Stimmen / 5 Nein-Stimmen / 2 Enthaltungen abgelehnt.**

35 *Robert Georges:* Bezüglich der Regelung zu den Bürgschaften und Darlehen sieht die vorgelegte Änderung vor, dass weiterhin keine Ausfallbürgschaften durch den Stura möglich sind. Studierende, die sich bei einem Förderantrag um eine ausreichende Kostendeckung bemüht haben und durch den Stura lediglich das Risiko abdecken wollen, falls z.B. die Einnahmen durch Eintrittsgelder oder dem Verkauf von Speisen und

45 Getränken geringer als erwarte ausfallen, müssen dieses Ausfallrisiko weiterhin selbst tragen. Insofern werden diese AntragsstellerInnen für ihre Bemühungen um eine anderweitige Kostendeckung eher bestraft. Im Gegenteil: Der Anreiz sich um eine anderweitige Kostendeckung zu bemühen und somit die Gelder der Studierendenschaft zu schonen fällt komplett weg. Die AntragsstellerInnen sind in solchen Fällen besser beraten, wenn sie den Fehlbetrag direkt beim Stura beantragen und sich nicht um eine andere Finanzierungsquelle bemühen. Durch den Ausschluss solcher Bürgschaften und dem damit einhergehenden Wegfall von Anreizen würde der Stura das Gebot der sparsamen Mittelverwendung, das auch für die Fördermittel gilt, untergraben und das kann nicht im Sinne der Studierenden sein.

60 *Sven Herdes:* Tom hat die Innenrevision gefragt. Und diese sagt, dass wir bei Ausfallbürgschaften deutliche mehr formalen Krams erledigen müssen.

GO-Antrag auf Schriftliche Abstimmung von Sven Herdes
ohne Gegenrede angenommen

70 Der Sitzungsvorstand schlägt als Frist den StuRa- bzw. TU-Posteingang bis 13.1. vor. Die Auszählung soll am 17.1. stattfinden, da sollte aller Posteingang bis 13.1. dabei sein.

ohne Gegenrede angenommen

Christian Soyk: Wo hat man als Mitglied die Möglichkeit, die fertige, also die abzustimmende Ordnung einzusehen?

75 *Jan-Malte Jacobsen:* Wenn ich vom SV die Info bekomme, welcher Änderungsantrag angenommen wurde und welcher nicht, kann ich eine fertige Fassung herumschicken.

Die Sitzung endete um 01:01 Uhr.

.....

Für die richtige Wiedergabe des Protokolls zeichnen:

Versammlungsleiter: Cédric Kekes
Sebastian Mesow

Protokollanten: Marvin Maier
Sebastian Mesow

13. Sonstiges

Es gab nichts Sonstiges.

A. Anhang

Protokoll der FöA-Sitzung am 02.12.2021

Fassung vom 06.12.2021 13:25



Protokoll der Sitzung des Förderausschuss am 02.12.2021

erstellt von Sebastian Mesow

zuletzt bearbeitet am 06.12.2021 um 13:25 Uhr

Sitzungsleiter: Cédric Kekes Zeit: 18:42 – 19:05 Uhr
 Protokollanten: Max Friedemann, Ort: BigBlueButton der TU Dresden
 Johannes Radde,
 Sebastian Mesow

Anwesende Mitglieder: Max Friedemann, Cédric Kekes, Sebastian Mesow, Johannes Radde, Sven Herdes

Abwesende Mitglieder: keine

Diese Sitzung ist daher mit 5 zu Beginn anwesenden von 5 Mitgliedern **beschlussfähig**.

Anwesende Gäste: Sami Tuffaha (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.), Talha Chohan (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.), Annika Lau (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten."), Susanne Daher (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten."), Marian Schwabe

Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia	2
1.1. Allgemeine Belehrung	2
1.2. Hinweis zu Finanzanträgen	2
2. F21111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.)	2
3. F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der Ausstellung (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten.")	3
4. Sonstiges	4
A. Anhang	5
A.1. F21111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.) – Finanzantragsformular	6
A.2. F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der Ausstellung (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten.") – Finanzantragsformular	8

Protokoll der FöA-Sitzung am 02.12.2021

Fassung vom 06.12.2021 13:25

1. Begrüßung und Formalia

1.1. Allgemeine Belehrung

Alle Anwesenden werden darauf hingewiesen, dass die Beschlüsse des Förderausschusses erst mit der Bestätigung des Protokolls durch auf der nächsten Plenums-Sitzung wirksam werden.

Auf der Grundlage des Beschlusses F20040909 des Förderausschusses vom 09.04.2020 und der Bestätigung durch das Plenum am 16.04.2020 ist eine Antragsstellung nur über eine ZIH-TUD-Email-Adresse möglich.

1.2. Hinweis zu Finanzanträgen¹

Zur übersichtlichen Darstellung eingeholter Angebote ist das aktuelle Angebotsformular mit entsprechend, beiliegenden Angebotsbelegen auszufüllen.

Bereits vor der Förderausschuss-Sitzung muss der Finanzantrag in **analoger Form/ Papierform** vollständig und **wo nötig unterschrieben** an den StuRa **eingereicht sein** – z.B. per Post (vgl. §10 Abs.2 S.1 GO und §4 Abs.3 DB-GO).

Damit wird der Finanzantrag grundsätzlich auch **unter dem Vorbehalt** gefasst, dass der Finanzantrag mit allen Unterlagen im Original im StuRa vorhanden ist.

Buchungen, Reservierungen, Bestellungen, Abschlüsse von Verträgen, Annahmen von Angeboten, Zahlungen (= Verbindlichkeiten) zu einem Finanzantrag dürfen **erst nach** der Bestätigung des Protokolls der Förderausschuss-Sitzung in der nächsten Plenumsitzung eingegangen werden. Dies ist zur Abrechnung mit den Bestell- oder Buchungsbestätigungen nachzuweisen und betrifft alle Posten bzw. den gesamten Finanzantrag. Falls bereits vorher Verbindlichkeiten eingegangen werden, kann die Auszahlung der **gesamten** Fördersumme verweigert werden! (siehe Erläuterungen³ auf der StuRa-Webseite)

¹<https://www.stura.tu-dresden.de/finanzantrag>

²<https://www.stura.tu-dresden.de/formulare/Angebotseinholung.pdf>

³<https://www.stura.tu-dresden.de/finanzantrag#vorlaeufigkeit>

⁴https://www.stura.tu-dresden.de/formulare/Abrechnung_Hinweise.pdf

Bereits ab der abschließenden Bestätigung eines beschlossenen Finanzantrages im Plenum, sind (u.a. beim Eingehen von Verbindlichkeiten) die **Abrechnungshinweise⁴** zu beachten.

2. F2111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.)

Antragsteller_in: Talha Chohan

Antragstext

Der StuRa stellt dem Islamischen Hochschulbund Dresden e.V. bis zu 686,92€ für den Interkulturellen Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 zur Verfügung.

Finanzantragsformular: siehe ab Seite 6

Begründung

Angebote: *befindet sich nur in im vertraulichen Protokoll.*

Zitat FA-Formular:

Es werden voraussichtlich die 3G-Regeln gelten!

Am 16.04.2022 wird ein interkulturelles Fastenbrechen organisiert mit vielen Studierenden, die ihr gekochtes Essen von zuhause mitbringen werden. Es ist eine Veranstaltung, um internationale und einheimische Studenten der TU Dresden zu verbinden und zu harmonisieren.

Diskussion und Nachfragen

Sami Tuffaha: Vielen Dank an den StuRa, v.a. an Sebastian für die Hilfe mit dem Finanzantrag. Wir haben in den letzten Jahren vor Corona immer eine Veranstaltung organisiert. Ein gemeinsames Fastenbrechen für Studierende. Es findet am 16.04.22 statt. Es wird mit Studenten organisiert. Es findet am 16. April 2022 statt. Manche kaufen das Essen. Manche kochen das Essen selbst. Das Ganze solle hauptsächlich im Tusculum des Studentenwerkes stattfinden.

Protokoll der FöA-Sitzung am 02.12.2021

Fassung vom 06.12.2021 13:25

Wir brauchen einen Veranstaltungsort, wo es eine Küche gibt, und auch einen Lagerraum bzw. Kühlschränke. Da eignet sich das Tusculum ganz gut – auch wegen Corona, weil wir da genügend Platz haben. Hinzukommt, dass wir gute Erfahrungen mit dem Tusculum in der Vergangenheit gehabt haben. In Dresden kommt nichts Vergleichbares in Frage.

Beschlussfassung über
F2111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.)

Antragssumme: 686,92 €

ohne Gegenrede angenommen

Die Studierenden bringen das Essen mit. Wir zeigen auch immer eine Präsentation; z.B. das Letzte Mal über die Essensverschwendung und den Wert des Essens.

3. F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der Ausstellung (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten.")

Natürlich werden wir für das Essen und die Getränke bezahlen. Dafür ist der Gruppeneigenanteil gedacht.

Antragsteller_in: Susanne Daher

Der Ausgabenposten Mietfahrzeug kommt zustande, dass wir aus den vorangegangenen Veranstaltungen wissen, dass wir ein Mietauto brauchen und uns dies den Ablauf erheblich vereinfacht.

Antragstext

Hiermit wird beantragt, dass der StuRa dem Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten." bis zu 243,00 € für die Werbung der Ausstellung zur Verfügung stellt.

Frage von Sebastian: Vielen Dank für euren FA und eure sehr kooperative Mitarbeit bei den Formalia. Schön, dass alles noch geklappt hat.

Finanzantragsformular: siehe ab Seite 8

Ich hätte noch ein paar inhaltliche Fragen: Ich erinnere mich, dass ihr früher das auch schon gemacht habt. Da war das immer auf der Trefftz-Wiese. Aber auf der wird ja inzwischen gebaut. Habt ihr eventuell auch eine Outdoor-Variante geplant? Was macht ihr, wenn ihre Veranstaltung nicht in Präsenz durchführen dürft?

Begründung

Zitat FA-Formular:

Antragsgegenstand: Druckkosten der Werbematerialien, wie Flyer, Poster und auch ein Begleitbüchlein für die Ausstellung selbst
 Veranstaltungsart: Kunstausstellung der Kunstpädagogik im Rahmen des Kunst-Lehramts-Studiums im Wintersemester 2021/22.
 Veranstaltungsname: Knoten.
 Ort: Altana Galerie der TU Dresden
 Datum: 11.02.2022–11.03.2022

Antwort von Sami: Ja, momentan ist es ja eine dynamische Lage. Da kann sich viel ändern.

Der Ort wird durch Absprachen mit der Kustodie stattfinden, dadurch entstehen keine Kosten

Die Ausgaben für den Veranstaltungsort bekommen wir auf jeden Fall zurück und Besteck, Tischdecken und Co. kaufen wir erst ein paar Tage vorher.

Diskussion und Nachfragen

Susanne Daher gibt das Antragsteller_innen-Rederecht an *Annika Lau* ab.

Bezüglich Mietwagen: Wir haben nur diese eine Veranstaltung im Jahr, wo wir diesen Mietwagen brauchen. Wir haben hier keinen festen Vertrag mit irgendeinem Anbieter oder Ähnliches. Die Mietwagen müssen wir aber auf jeden Fall rechtzeitig buchen. Wahrscheinlich 14 Tage vorher.

Annika: Wir sind zu zweit für den Antrag verantwortlich und haben den gemeinsam erstellt. Wir sind Teil des Ausstellungsseminars der Kunstpädagogik-Studierenden. Das Ausstellungsseminar ist Teil unserer Grundausbildung. Diese Ausstellung findet halbjährlich statt. Für dieses Semester planen wir die Ausstellung im Februar und März.

Protokoll der FöA-Sitzung am 02.12.2021

Fassung vom 06.12.2021 13:25

Wir möchten natürlich Werbung für die Ausstellung machen. Genau die Druckkosten für diese Werbematerialien (Postkarte/Plakate/Flyer/Fahnen) wären genau dass, was wir gerne gefördert bekommen würden. Wir müssen die Werke kurz beschriften. Wir haben auch die Möglichkeit, Fahnen im Gerber-Bau aufzuhängen.

Wir würden gerne ein Beiheft zur Ausstellung erstellen mit einer Erklärung zu den Werken und den Künstlern.

Frage von Sebastian: Vielen Dank für einen FA und das aufklärende Gespräch heute. Nur so eine sonstige Frage: Wie wird diese Ausstellung bzw. werden eure Werke dann bewertet?

Antwort von Annika: Dafür gibt es eine Bewertung. Wir haben vorher eine Vernissage, wo wir unsere Werke mündlich vorstellen (ca. 30 min). Insgesamt gibt es dann 3 Abschlussnoten.

Susanne: Dazu müssen wir ein Portfolio erstellen. Es wird also sehr umfangreich bewertet.

Annika: Nur um das nochmal zu sagen: Das Logo des StuRa wird auf jeglichen Werbemitteln mit publiziert.

Cédric: Gab es mal prinzipiell Aussagen von der Universität, ob nicht sie die Ausstellung bezahlen können? Wenn sie doch verpflichtet benotet wird. Es wäre da eine längerfristige Sache, die man mit der Uni mal klären sollte. Aber ich freue mich drüber und große Fürsprache trotzdem.

Annika: Dem kann ich zustimmen. Wir haben uns auch mit der Kustodie (Altana-Galerie) ganz gut abgesprochen. Wir zahlen als Studierende dort geringere Kosten. Aber insgesamt ist das trotzdem ein guter Punkt!

70

Beschlussfassung über
F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der Ausstellung (Ausstellungssseminar 2021/22 "Knoten.")
 Antragssumme: 243,00 €
ohne Gegenrede angenommen

Frage von Annika: Ich hab im Prüfbericht des Antrages gelesen, dass ihr gerne die Werbematerialien (Flyer/Postkarten) hinterher haben möchtet?

Antwort von Sven: Nein. Das ist nur für Sachen gedacht, die für den längeren Bedarf genutzt werden können.

4. Sonstiges

Die **nächste Förderausschuss-Sitzung** ist voraussichtlich am **Donnerstag, 16. Dezember 2021** um **18:30 Uhr**.

Cédric: Da die nächste Sitzung am 16. Dezember 2021 ist, würde Beschlüsse auf dieser Sitzung [voraussichtlich] erst mit der konstituierenden Sitzung des StuRa-Plenums am 6. Januar 2022 gelten. Ich weiß nicht wie sinnvoll es ist, diese Sitzung durchzuführen oder wollen wir das einfach antragsabhängig machen?

Sebastian: Ich wäre da jetzt sehr pragmatisch. Wenn nichts kommt, treffen wir uns für 5 Minuten und gehen dann wieder. Und wenn doch was kommt, dann würde ich das Menschen auch nicht wollen.

Max schließt sich dem an.

Sebastian: Nochmal fürs Protokoll: Heute war die letzte Sitzung des Förderausschuss, bei welcher zu auf dieser Sitzung beschlossenen Finanzanträgen noch in diesem Jahr Ausgaben getätigt werden dürfen. (Wenn das Plenum am nächsten Donnerstag, den 9. Dezember 2021 keine Einwände gegen einen hier beschlossenen Finanzantrag erhebt.)

Protokoll der FöA-Sitzung am 02.12.2021

Fassung vom 06.12.2021 13:25

A. Anhang

Protokoll der
FöA-Sitzung
am 02.12.2021

A.1 F21111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend
für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund
Dresden e.V.) – Finanzantragsformular

Fassung vom
06.12.2021 13:25

 TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN	Version 18.09.2019	
<h2 style="margin: 0;">Finanzantrag</h2> <h3 style="margin: 0;">An den Studierendenrat der TU Dresden</h3>		
Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)		
Name, Vorname	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
Straße, Nr.	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
PLZ, Ort	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
E-Mail-Adresse	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
Telefonnummer	Sami Tuffaha (Sekretär): <input style="width: 80%;" type="text"/>	
Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!		
Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)		
Kreditinstitut	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
IBAN	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
BIC	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
Kontoinhaber_in	<input style="width: 90%;" type="text"/>	
Angaben zum Antrag		
Gruppenname	Islamischer Hochschulbund Dresden e.V.	
Kontakt der Gruppe	info@ih-dresden.de	
Antragsgegenstand	Interkultureller Fastenbrechen-Abend für Studierende 2022	
Betrag	686,92 €	
Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de . Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.		
<input checked="" type="checkbox"/> Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind		
Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.		
Datum	01.12.2021	Unterschrift <input style="width: 90%;" type="text"/>
vom StuRa auszufüllen		
Genehmigung		Genehmigungsdatum <input style="width: 80%;" type="text"/>
<input type="checkbox"/> StuRa		
<input type="checkbox"/> Geschäftsführung	Sitzungsleitung	<input style="width: 80%;" type="text"/>
<input type="checkbox"/> Förderausschuss	Protokollant_in	<input style="width: 80%;" type="text"/>
<input type="checkbox"/> AG:	<input style="width: 80%;" type="text"/>	Datum Bestätigung Plenum <input style="width: 80%;" type="text"/>
Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge) Die unter Antragsteller_in genannte Person und <input style="width: 80%;" type="text"/> ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen.		
Datum		Geschäftsführer_in <input style="width: 80%;" type="text"/>
Datum		weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO <input style="width: 80%;" type="text"/>
Anweisung		
	GF Finanzen	<input style="width: 80%;" type="text"/>
Konto	<input style="width: 80%;" type="text"/>	Betrag <input style="width: 80%;" type="text"/>
Überweisung erfolgt		
	Buchhaltung	<input style="width: 80%;" type="text"/>
Postadresse: Studierendenrat der TU Dresden Helmholtzstr. 10 101069 Dresden	Besuchsadresse: StuRa-Baracke, TU-Kerngelände George-Bähr-Str. 1 e, Zimmer 3	Bankverbindung: Ostsächsische Sparkasse DD BIC: OSDDDE81XXX IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10
Kontakt: Telefon: 0351 463 32043 Telefax: 0351 463 33949 E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de		

Protokoll der
FöA-Sitzung
am 02.12.2021

A.1 F21111801 FA Interkultureller Fastenbrechen-Abend
für Studierende 2022 (Islamischer Hochschulbund
Dresden e.V.) – Finanzantragsformular

Fassung vom
06.12.2021 13:25



Version 18.08.2019



Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)

Bei Veranstaltungen bitte auch das **Veranstaltungsdatum und -ort** mitangeben.

Bei fehlendem Platz bitte **Beiblätter** anfügen. Anzahl Beiblätter:

Es werden voraussichtlich die 3G-Regeln gelten!

Am 16.04.2022 wird ein interkulturelles Fastenbrechen organisiert mit vielen Studierenden, die ihr gekochtes Essen von zuhause mitbringen werden. Es ist eine Veranstaltung, um internationale und einheimische Studenten der TU Dresden zu verbinden und zu harmonisieren.

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)

Gruppeneigenanteil für das Essen und die Getränke

Besteht die Möglichkeit das **StuRa-Logo** zu publizieren?

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)

Wir benötigen einen relativ großen Raum, bzw. relativ viele Räume, sodass wir den Abstand wegen Corona wahren können. Wir benötigen einen Mietwagen, für den Transport der benötigten Sachen. (Essen, Audio-Anlage, Beamer... usw.). Das Einweg-Besteck und -Geschirr soll recyclebar sein.

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
1) 306,25	1) Veranstaltungsort
2) 34,95	2) Tischbedeckung
3) 59,73	3) Suppenschalen, Tassen
4) 59,65	4) Besteck, Pappteller
5) 32,23	5) Deko
6) 15,00	6) Abfalltüten, Reinigungsmaterial
7) 164,11	7) Mietfahrzeug
8) 15,00	8) Sprit
686,92 €	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
686,92	Förderung StuRa TU Dresden
686,92 €	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
101069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de

Protokoll der
FöA-Sitzung
am 02.12.2021

A.2 F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der
Ausstellung (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten.")
- Finanzantragsformular

Fassung vom
06.12.2021 13:25

 TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN	Version 18.09.2019	
<h2 style="margin: 0;">Finanzantrag</h2> <h3 style="margin: 0;">An den Studierendenrat der TU Dresden</h3>		
Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)		
Name, Vorname	Daher, Susanne	
Straße, Nr.		
PLZ, Ort		
E-Mail-Adresse		
Telefonnummer		
Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!		
Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)		
Kreditinstitut		
IBAN		
BIC		
Kontoinhaber_in		
Angaben zum Antrag		
Gruppenname	Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten."	
Kontakt der Gruppe	Susanne Daher	
Antragsgegenstand	Druckkosten der Werbematerialien	
Betrag	243,00 €	
Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de . Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.		
<input checked="" type="checkbox"/> Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind		
Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.		
Datum	02.12.2021	Unterschrift
vom StuRa auszufüllen		
Genehmigung		Genehmigungsdatum
<input type="checkbox"/> StuRa		
<input type="checkbox"/> Geschäftsführung	Sitzungsleitung	
<input type="checkbox"/> Förderausschuss	Protokollant_in	
<input type="checkbox"/> AG:		Datum Bestätigung Plenum
Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge) Die unter Antragsteller_in genannte Person und _____ ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen. Datum _____ Geschäftsführer_in _____ Datum _____ weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO _____		
Anweisung		GF Finanzen
Konto		Betrag
Überweisung erfolgt		Buchhaltung
Postadresse: Studierendenrat der TU Dresden Helmholtzstr. 10 101069 Dresden	Besuchsadresse: StuRa-Baracke, TU-Kerngelände George-Bähr-Str. 1 e, Zimmer 3	Bankverbindung: Ostsächsische Sparkasse DD BIC: OSDDDE81XXX IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10
Kontakt: Telefon: 0351 463 32043 Telefax: 0351 463 33949 E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de		

Protokoll der
FöA-Sitzung
am 02.12.2021

A.2 F21120201 FA Druckkosten der Werbematerialien der
Ausstellung (Ausstellungsseminar 2021/22 "Knoten.")
- Finanzantragsformular

Fassung vom
06.12.2021 13:25



**TECHNISCHE
UNIVERSITÄT
DRESDEN**

Version 18.08.2019



Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)
Bei Veranstaltungen bitte auch das Veranstaltungsdatum und -ort mitangeben.
Bei fehlendem Platz bitte Beiblätter anfügen. Anzahl Beiblätter:

Antragsgegenstand: Druckkosten der Werbematerialien, wie Flyer, Poster und auch ein Begleitbüchlein für die Ausstellung selbst
 Veranstaltungsart: Kunstausstellung der Kunstpädagogik im Rahmen des Kunst-Lehramts-Studiums im Wintersemester 2021/22.
 Veranstaltungsname: Knoten.
 Ort: Altana Galerie der TU Dresden
 Datum: 11.02.2022 - 11.03.2022
 Der Ort wird durch Absprachen mit der Kustodie stattfinden, dadurch entstehen keine Kosten

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)
 Das übrig gebliebene Material wird verschenkt bzw. wird es an die kommenden Seminare weitergegeben, insofern dieses noch brauchbar ist.

Besteht die Möglichkeit das StuRa-Logo zu publizieren?

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)
 Unsere Sponsoren und Förderer werden auf unseren Flyern und Plakaten erwähnt und deren Logo abgebildet.

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
99,00	Postkarten und Poster
45,00	Beiheft zur Ausstellung
99,00	Beschilderung, Fahnen und Flyer
243,00 €	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
243,00	StuRa
243,00 €	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
101069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de

Finanzantrag

An den Studierendenrat der TU Dresden

Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)

Name, Vorname Straße, Nr. PLZ, Ort E-Mail-Adresse Telefonnummer

Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!

Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)

Kreditinstitut IBAN BIC Kontoinhaber_in

Angaben zum Antrag

Gruppenname Kontakt der Gruppe Antragsgegenstand Betrag

Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de. Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.



Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind

Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.

Datum Unterschrift

vom StuRa auszufüllen

Genehmigung

Genehmigungsdatum
 StuRa

 Geschäftsführung
Sitzungsleitung
 Förderausschuss
Protokollant_in
 AG:
Datum Bestätigung Plenum

Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge)

Die unter Antragsteller_in genannte Person und ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen.

Datum Geschäftsführer_in Datum weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO

Anweisung

GF Finanzen Konto Betrag

Überweisung erfolgt

Buchhaltung

Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)

Bei Veranstaltungen bitte auch das **Veranstaltungsdatum und -ort** mitangeben.

Bei fehlendem Platz bitte **Beiblätter anfügen**. Anzahl Beiblätter:

Für die Angestellten, soll es dieses Jahr wieder ein kleines Weihnachtsessen geben, aufgrund von verschiedenen Umständen soll es im Nachmittagsbereich stattfinden.

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)

StuRa

Besteht die Möglichkeit das **StuRa-Logo zu publizieren?**

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
90	Essen und Trinken
90,00 €	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
90	StuRa
90,00 €	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.

Finanzantrag

An den Studierendenrat der TU Dresden

Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)

Name, Vorname Straße, Nr. PLZ, Ort E-Mail-Adresse Telefonnummer

Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!

Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)

Kreditinstitut IBAN BIC Kontoinhaber_in

Angaben zum Antrag

Gruppenname Kontakt der Gruppe Antragsgegenstand Betrag

Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de. Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.



Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind

Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.

Datum Unterschrift

vom StuRa auszufüllen

Genehmigung

Genehmigungsdatum
 StuRa

 Geschäftsführung
Sitzungsleitung
 Förderausschuss
Protokollant_in
 AG:
Datum Bestätigung Plenum

Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge)

Die unter Antragsteller_in genannte Person und ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen.

Datum Geschäftsführer_in Datum weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO

Anweisung

GF Finanzen Konto Betrag

Überweisung erfolgt

Buchhaltung

Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)

Bei Veranstaltungen bitte auch das **Veranstaltungsdatum und -ort** mitangeben.

Bei fehlendem Platz bitte **Beiblätter anfügen**. Anzahl Beiblätter:

Weihnachtskarten für Menschen, mit denen wir als StuRa über das Jahr so Kontakt hatten und die Exekutive als kleines Dankeschön
 Die schlaue Liste der Angestellten sagt, dass wir ca 250 Stück brauchen.
 Das Design soll schön mit Goldfolierung sein, weil die ÖA das schön findet und gut zu Weihnachten passt.

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)

StuRa

Besteht die Möglichkeit das StuRa-Logo zu publizieren?

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
130€	Weihnachtskarten 250 Stück
25€	Einlegezettel
45€	Briefumschläge
200,00 €	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
200€	StuRa
200,00 €	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

Weihnachtskarten 2021 - 250 Stück mit Goldfolierung

Einholung des Angebots per:

Fax Mail Internet (Screenshots beifügen)

Sonstige: _____

Beginn **06.12.2021** Ende **06.12.2021**

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) Wir machen druck	119,50 €
2) Flyeralarm.de	118,55 €
3) online-druck.biz	117,33 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr. _____

Begründung:

Beste Erfahrung, was Durckqualität und Verlässlichkeit angeht bei ähnlichen Preis und ähnlicher Lieferdauer.

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de

Finanzantrag

An den Studierendenrat der TU Dresden

Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)

Name, Vorname Straße, Nr. PLZ, Ort E-Mail-Adresse Telefonnummer

Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!

Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)

Kreditinstitut IBAN BIC Kontoinhaber_in

Angaben zum Antrag

Gruppenname Kontakt der Gruppe Antragsgegenstand Betrag

Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de. Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.



Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind

Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.

Datum Unterschrift

vom StuRa auszufüllen

Genehmigung

Genehmigungsdatum
 StuRa

 Geschäftsführung
Sitzungsleitung
 Förderausschuss
Protokollant_in
 AG:
Datum Bestätigung Plenum

Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge)

Die unter Antragsteller_in genannte Person und ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen.

Datum Geschäftsführer_in Datum weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO

Anweisung

GF Finanzen Konto Betrag

Überweisung erfolgt

Buchhaltung

Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)

Bei Veranstaltungen bitte auch das **Veranstaltungsdatum und -ort** mitangeben.

Bei fehlendem Platz bitte **Beiblätter anfügen**. Anzahl Beiblätter:

Neujahrsabend für chinesisches Neujahrsfest.
 Ungefähr 1100 Leute werden daran teilnehmen.
 Aufgrund aktueller Corona-Pandemie beschließen wir, diese Veranstaltung in Form eines Live-Streams am 22.01.2022 auf dem Plattform Douyu und Youtube darzustellen.
 Für den Live-Stream wird davor den Hauptvideo, bestehend aus Aufführungen wie traditionellen, chinesischen Gruppentanz, modernen Gruppentanz, chinesischer Sketch sowie Talkshow, an einem geeigneten Standort bei Befolgung aktueller Corona-Schutz-Regelung und Vorsichtsmaßnahmen sowie mit möglichst wenig Teilnehmer mit Videokamera aufgenommen und anschließend zusammengefügt und bearbeitet.
 Die Anzahl der Zuschauern lässt sich auf 1100 schätzen, basierend auf Zuschaueranzahl von der Veranstaltung im letzten Jahr.

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)

Besteht die Möglichkeit das **StuRa-Logo** zu publizieren?

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
	siehe Anhang
	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
	siehe Anhang
	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.

**Kostenaufstellung der Veranstaltung chinesisches
Online-Neujahrsfests für ca. 1.000 Zuschauer**

Ausgaben:

Nr.	Posten	veranschlagte Höhe in Euro		Erläuterungen
1*	Bekleidung für Aufführung	988,71		
11*	Kleidung für Gruppentanz (Frau)	334,28		
111	Kostüm 1 für Koreanischen Gruppentanz	31,84		Es wird vrsl. 1 Kostüm benötigt
112	Kostüme 2 für Koreanischen Gruppentanz	147,96		Es werden vrsl. 2 Kostüme benötigt.
113	Kostüme 3 für Koreanischen Gruppentanz	154,48		Es werden vrsl. 2 Kostüme benötigt.
12*	Kleidung für Band	184,93		
121	Kleidung für Band	184,93		Es werden vrsl. 6 Kostüme benötigt.
13*	Kleidung für Komödie skizzieren	469,50		
131	Abendkleid XXL	16,00		
132	Miete Anzüge	309,60		Es werden vrsl. 6 Anzüge benötigt.
133	Miete Abendkleider	50,00		
134	Cosplay Monster	36,99		
135	Thawb	35,66		traditionelles, arabisches Männergewand
136	Kittel	21,25		
2*	diverse Gegenstände	217,76		
21*	diverse Gegenstände	217,76		
211	Handtücher	20,99		
212	Hullahub-Reifen	18,99		
213	Perücke	9,99		
214	Pfeifen	29,80		
215	Buddistisches Armband	10,00		
216	Strumpfhosen	60,00		Es werden vrsl. 10 Strumpfhosen benötigt.
217	Waschschüssel	9,00		
218	weiße Tischdecke	10,00		
219	Schaker	12,79		
220	Jigger	12,79		
221	Eiszange	5,29		
222	Cocktail Glas vintage	7,49		
223	Cocktail Glas Hurricane	6,39		
224	Old Faschen Glas	4,24		
3*	Technik	433,53		
31*	Technik	433,53		
311	Green Screen	41,99		
312	Music Stand	15,76		
313	Stative	40,00		Es werden vrsl. 2 Stative benötigt.
314	Miete Mikrofone	44,00		Es werden vrsl. 5 Mikrofone benötigt.
315	Miete Kameras	291,78		Es werden vrsl. 2 Kameras benötigt.
4*	Veranstaltungsort	99,99		
41*	Veranstaltungsort	99,99		
411	Studio für Koreanischen Gruppentanz	99,99		
5*	Nebenkosten	99,99		
51*	Nebenkosten	99,99		
511	Fahrzeugmieten	99,99		
Summe Ausgaben		1.839,98	1.839,98	1.839,98

Einnahmen:

Nr.	Posten	veranschlagte Höhe in Euro		Erläuterungen
611	Förderung StuRa TU Dresden	1.839,98		
Summe Einnahmen		1.839,98		



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

112 Kostüme 2 für Koreanischen Gruppentanz

bestehend aus einem Ober- und Unterteil

Anzahl: 2

Einholung des Angebots per:

Fax

Mail

Internet (Screenshots beifügen)

Sonstige:

Beginn 30.11.2021

Ende 04.12.2021

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) Moriiven PTE LTD („Fashion Chingu“)	119,20 €
2) Dancing Noe DW Store	147,96 €
3) VIP-DANCERS BING Store	168,59 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr. 2) ▼

Begründung:

beste Bühnenpräsentation

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

113 Kostüme 3 für Koreanischen Gruppentanz

bestehend aus einem Ober- und Unterteil
Anzahl: 2

Einholung des Angebots per:

- Fax Mail Internet (Screenshots beifügen)
 Sonstige: _____

Beginn **30.11.2021** Ende **02.12.2021**

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) Moriiven PTE LTD („Fashion Chingu“)	231,89 €
2) Dancing Noe DW Store	154,48 €
3) Celia clothes Store	148,59 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr. **2)** ▼

Begründung:

beste Bühnenpräsentation

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

161 Kleidung für Band

Hoodies/Sweatshirts

Anzahl: 6

Einholung des Angebots per:

Fax Mail Internet (Screenshots beifügen)

Sonstige:

Beginn Ende

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) H & M Hennes & Mauritz BV & Co. KG	184,93 €
2) UAB Komersantas („Capzy“)	211,14 €
3) Amazon EU S.à.r.l – Hersteller/Marke Superdry	338,40 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr.

Begründung:

Die Bekleidungen von H&M haben helle Farbe, können den besten Bühneneffekt aufstellen.

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

133 Miete Anzüge

Sakko und Anzugshose
Anzahl: 6
mindestens benötigter Mietzeitraum:
Wir möchten 6 Anzüge für 3 Tage mieten.
Den genauen Zeitraum haben wir jedoch noch nicht festgelegt, er kann zwischen dem 17. Dezember und dem 20. Januar 2021 festgelegt werden.

Einholung des Angebots per:

Fax Mail Internet (Screenshots beifügen)

Sonstige: _____

Beginn **30.11.2021** Ende **07.12.2021**

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) Blaumond GmbH („Mietkleidung24“)	309,60 €
2) Modeverleih Ute Fischer	960,00 €
3) unifirm corporate fashion GmbH ("Berlin-Smoking")	264,00 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr. **1)**

Begründung:

die Preis und Style sind passend

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de



Version: 18.04.2021



Angebotseinholung

Zur Entscheidungsfindung für Ausgaben aus Lieferung und Leistung und zu Finanzanträgen

Allgemeines

Projekt/Inhalt der Ausschreibung

315 Miete Kameras

mit Objektiv

Anzahl: 2

mindestens benötigter Mietzeitraum: Wir möchten 2 Kameras für eine Woche mieten.

Den genauen Zeitraum haben wir jedoch noch nicht festgelegt, er kann zwischen dem 17. Dezember 2021 und dem 20. Januar 2022 festgelegt werden.

Einholung des Angebots per:

Fax

Mail

Internet (Screenshots beifügen)

Sonstige:

Beginn 30.11.2021

Ende 02.12.2021

Angebote (Alle Angebote sind schriftlich und nummeriert an dieses Formular anzuhängen)

Firma	Betrag (in Euro)
1) Grover Group GmbH	291,78 €
2) ravir	760,00 €
3) Foto Hamer GmbH & Co KG („Gearfilx“)	389,00 €
4)	
5)	
6)	

Entscheidung für Position Nr. 1)

Begründung:

Billigste Angebote

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de

Bereich Bau und Umwelt/ Fakultät Geowissenschaften

Sehr geehrte Damen und Herren des Senats

Sehr geehrte Damen und Herren des Rektorats

Vor dem Hintergrund des deutschlandweiten und speziell des Dresdener Infektionsgeschehens haben sich die verschiedenen Lehrformen seit dem SoSe 2020 vorrangig in Onlineformaten abgespielt. Das Ziel sei die Reduktion der Rolle als Pandemietreiber der Einrichtungen der TU Dresden, als Reaktion wurde die TU in den Notbetrieb versetzt.

Versprochen wurde der Studentenschaft eine schrittweise Rückkehr in den Normalbetrieb, soweit dies möglich wäre¹.

Eineinhalb Jahre später scheint sich die Universitätsleitung diesem Versprechen weder bewusst, noch der Umsetzung des Versprechens gewillt zu sein. Obgleich eine Zunahme an Präsenzveranstaltungen noch zu Beginn des WiSe 2021/22 prognostiziert wurde², waren die räumlichen Möglichkeiten aufgrund der Corona-Beschränkungen für eine wirkliche Präsenzlehre nicht gegeben.

Streitbar ist, ob die bestehenden Möglichkeiten optimal ausgenutzt wurden. Noch in der Rundmail des Rektorats vom 04.10.2021³ ist von einer 3G-Regel plus 1,5m Sicherheitsabstand die Rede, ergänzt durch Maskenpflicht, sollte der Abstand nicht eingehalten werden können. Ich zitiere:

3G-Zutrittsregeln

Für den Zutritt zu allen Gebäuden und Räumen auf dem Campus der TUD in Dresden, Tharandt und Zittau sowie die Teilnahme an Präsenzlehrveranstaltungen ist ein gültiger 3G-Status erforderlich. Entsprechend der aktuell geltenden Corona-Schutzverordnung findet eine Kontrolle in ausgewählten Lehrveranstaltungen statt. Bei Veranstaltungen, zu denen viele Personen auf engem Raum zusammenkommen, wird das Vorliegen eines gültigen 3G-Status grundsätzlich bei allen Teilnehmer:innen kontrolliert. Außerdem herrscht in solchen Veranstaltungen die Pflicht zum Tragen von medizinischen Mund-Nasen-Bedeckungen. Die Maskenpflicht gilt darüber hinaus auch in Gebäuden, Räumen sowie bei Lehrveranstaltungen, wenn der Abstand von 1,50 Meter nicht eingehalten werden kann. (Rundmail des Rektorats vom 04.10.2021)

Laut diesen, vom Rektorat selbst gesetzten Maßnahmen hätte ein Präsenzunterricht deutlich umfassender ausfallen können, als es tatsächlich der Fall war. Im dritten Fachsemester Geographie im WiSe 2021/22 fanden lediglich knapp 40% der Veranstaltungen in Präsenz statt⁴. Dass trotz der hohen Impfbeteiligung von 82% unter den Studierenden der TU Dresden⁵ nicht mehr Mut zur Präsenzlehre gezeigt wurde, ist bedauerlich.

¹ Rundmail des Rektors vom 03.04.2020

² Pressestelle der TU Dresden, Studierenden-Newsletter vom 07.10.2021

³ Rundmail des Rektorats vom 04.10.2021³

⁴ Stundenplan für das WiSe 2021/22, Stand 30.09.2021, BSc Geographie, 2. Studienjahr

⁵ Rundmail zum WiSe 2021/2022 des Prorektors Bildung vom 10.09.2021

Die Rückkehr zur Online-Lehre ist vor allem angesichts der hohen 7-Tage-Inzidenz von 969,9⁶ in Sachsen am 23.11. 2021 alternativlos. In diesem dritten Pandemiesemester seit 2020 ist die Qualität der Lehrangebote angestiegen, kann aber nur schwerlich die Atmosphäre der Präsenzlehre erreichen. Die Onlinelehre sollte nicht als gleichwertiger Ersatz, oder schlimmer noch als Fortschritt, im Vergleich zum Präsenzbetrieb betrachtet werden. Die Mehrfachbelastungen für Studierende und sind enorm.

An dieser Stelle bitte Ich um Verständnis für die angespannte Situation der Studentenschaft. Viele Studierende kennen den Präsenzunterricht kaum. Enge Bindungen, die sonst das Studierendenleben ausmachten, kommen kaum zustande. Der Austausch unter den verschiedenen Universitätsteilnehmern ist stark zurückgegangen.

Durch verpassten Lernstoff oder die Überforderung müssen viele Studierende Veranstaltungen wiederholen, die Studienziele sind kaum in der Regelstudienzeit erreichbar. Als fairer Ausweg wurde den Studierenden in den vergangenen Semestern die Möglichkeit gegeben, sich bestimmte Prüfungsleistungen nicht anrechnen zu lassen. Die Semester wurden nicht auf die Regelstudienzeit angerechnet. So konnten sich Studierende und Lehrende in angemessener Zeit auf die Gegebenheiten einstellen.

Obwohl diese Maßnahme unter den Studierenden sehr positiv bewertet wird und für einige den Grund für die Fortsetzung des Studiums darstellen, wurden die Maßnahmen dieses WiSe 2021/22 nicht wieder eingeführt. Die Belastung für die Studierenden steigt dadurch enorm und die Lehrformen haben sich kaum geändert. Die Anforderungen und Belastungen der Online-Lehre sind dieses WiSe2021/22 auf gleichem Niveau geblieben. Für die Studierenden, die aus verschiedenen Gründen den Stoff mehrerer Semester aufarbeiten müssen, stellt die Fortzählung der Regelstudienzeit in großes Problem dar. Dies betrifft vor allem die Empfänger*innen von BaFöG oder anderen, an die Regelstudienzeit gebundenen Fördermaßnahmen, welche mit dem Verlust ihrer Bezüge rechnen müssen.

Abschließend sei gesagt, dass die Maßnahmen, wie sie auf der Seite des Prüfungsamtes⁷ für das WiSe 2020/21 und SoSe 2021 hinterlegt sind, angesichts der fortschreitenden pandemischen Situation genau so alternativlos sind, wie die Rückkehr zur Online-Lehre.

Diese Maßnahmen zur Entlastung der Studentenschaft sollten wiedereingeführt werden.

Den Studierenden sollte die Möglichkeit zum fairen Bestehen ihrer Studienziele erhalten bleiben.

Die Möglichkeit zur Nichtanrechnung von Semestern sollte für die Dauer dieses pandemiebedingten Ausnahmezustands erhalten bleiben und erst mit der Rückkehr zum mehrheitlichen Präsenzunterricht anfechtbar werden.

Vielen Dank für ihr Verständnis und schnelle Wiederaufnahme im Sinne der Studierenden

⁶ https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Fallzahlen.html (besucht am 23.11.2021)

⁷ <https://tu-dresden.de/studium/im-studium/studienorganisation/nichtanrechnung-von-semester-n-auf-die-studienzeit>

Franz Lange

Für Rückragen stehe zur ich zur Verfügung⁸

8



Version 18.09.2019



Finanzantrag

An den Studierendenrat der TU Dresden

Angaben zum Antragsteller_in (sollte auch die Abrechnung des Antrags vornehmen)

Name, Vorname: Jannasch, Annika

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

E-Mail-Adresse _____

Telefonnummer _____

Sofern Abrechnung durch andere Person erfolgt, bitte Kontaktdaten an finanzen@stura.tu-dresden.de senden!

Zahlungsmodalitäten (Überweisung an)

Kreditinstitut _____

IBAN _____

BIC _____

Kontoinhaber_in _____

Angaben zum Antrag

Gruppenname: AG tuuwi

Kontakt der Gruppe: Tom Stieler

Antragsgegenstand: Filmlizenz + Saalmiete für Umweltfilmabend

Betrag: 155,50 €

Antragstext, Kostenaufstellung und Begründung per Mail an finanzantrag@stura.tu-dresden.de. Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anmeldung bei der Geschäftsleitung Finanzen. Genehmigte und nicht abgerufene Finanzanträge verfallen 4 Monate nach Bewilligung. Die Auszahlung erfolgt nach vollständiger Abrechnung und Einreichung der Originalbelege im Zimmer 3 der StuRa-Baracke.

Bestätigung, dass zu Ausgaben noch keine vertraglichen Verpflichtungen oder Zahlungen erfolgt sind

Mit der Unterschrift wird die Richtigkeit der gemachten Angaben (auch aller ggf. eingereichten Angebote) bestätigt.

Datum: 16.11.2021 Unterschrift: _____

vom StuRa auszufüllen

Genehmigung

Genehmigungsdatum: 16.11.21

StuRa

Geschäftsführung Sitzungsleitung: _____

Förderausschuss Protokollant_in: _____

AG: tuuwi Datum Bestätigung Plenum: 16.11.21

Berechtigung für rechtsgeschäftliche Erklärungen (§13 GrO) (nur für StuRa-interne Anträge)

Die unter Antragsteller_in genannte Person und _____ ist/sind berechtigt im Rahmen dieses Finanzantrags rechtsgeschäftliche Erklärungen im Namen des StuRa einzugehen.

Datum: _____ Geschäftsführer_in: _____

Datum: _____ weitere Person nach §13 Abs. (2) GrO: _____

Anweisung GF Finanzen

Konto: _____ Betrag: _____

Überweisung erfolgt: _____ Buchhaltung: _____

Postadresse:
Studierendenrat der TU Dresden
Helmholtzstr. 10
01069 Dresden

Besuchsadresse:
StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
George-Bähr-Str. 1 e,
Zimmer 3

Bankverbindung:
Ostsächsische Sparkasse DD
BIC: OSDDDE81XXX
IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
Telefon: 0351 463 32043
Telefax: 0351 463 33949
E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de



Version 18.08.2019



Kurze Beschreibung des Antragsgegenstandes (Veranstaltung/Honorar/Material/Teilnehmer_innenzahl/...)
Bei Veranstaltungen bitte auch das Veranstaltungsdatum und -ort mitangeben.

Bei fehlendem Platz bitte Beiblätter anfügen. Anzahl Beiblätter:

Umweltfilmabend der tuuwi im Kino im Kasten am 6. Dezember 2021 um 20:00. Gezeigt wird der Film "Magie der Moore" von Jan haft für dessen Vorführung eine Lizenz erworben werden muss (mit Erwerb der Lizenz ist auch eine DVD des Films enthalten). Die tuuwi rechnet mit ca 50-100 studentischen Zuschauer:innen.

Die Lizenz des Films kostet 100€+ 5,50€ Bearbeitungsgebühr. Andere Angebote gibt es nicht, da die Lizenz in Besitz der polyband GmbH ist. Darüberhinaus werden weitere 50€ für die Saalmiete im Kino im Kasten benötigt.

Die Rechnung wird beigefügt.

Wo verbleibt das übrig gebliebene Material? (privat/Schenkung/StuRa/FSR/...)

Die DVD des Film verbleibt im Bestand der tuuwi und kann selbstverständlich ausgeliehen werden

Besteht die Möglichkeit das StuRa-Logo zu publizieren?

Sonstiges (Bemerkungen zur Zahlungsweise, Vorschläge zur weiteren Zusammenarbeit, etc.)

Angaben zu den entstehenden Ausgaben (Auch Kosten angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Verwendungszweck
100	Erwerb der Filmlizenz
5,50	Bearbeitungsgebühren für den
50	Lizenzwerb
	Saalmiete im Kino im Kasten
155,50 €	Summe Ausgaben

Angaben zu den entstehenden Einnahmen (Auch Erträge angeben, die den StuRa nicht betreffen)

Betrag [€]	Quelle (nur verbindliche Zusagen angeben)
155,50	StuRa
155,50 €	Summe Einnahmen

Summe der Ausgaben und Einnahmen sollen gleich sein!

Wir würden uns freuen, wenn Ihr auch den Evaluationsbogen für vom StuRa geförderte Veranstaltungen (zu finden auf unserer Homepage, im Service-Büro oder beim Referat Service und Förderpolitik) ausfüllen und uns zukommen lassen könntet.

Postadresse:
 Studierendenrat der TU Dresden
 Helmholtzstr. 10
 01069 Dresden

Besuchsadresse:
 StuRa-Baracke, TU-Kerngelände
 George-Bahr-Str. 1 e,
 Zimmer 3

Bankverbindung:
 Ostsächsische Sparkasse DD
 BIC: OSDDDE81XXX
 IBAN: DE86 8505 0300 3120 2637 10

Kontakt:
 Telefon: 0351 463 32043
 Telefax: 0351 463 33949
 E-Mail: finanzantrag@stura.tu-dresden.de

Protokoll Finanzentscheidung

Protokoll vom: 16.11.2021

Beginn Plenum: 18:30 Uhr

Ende Plenum: 20:00 Uhr

Moderation : Tom Stieler

Protokollant*in: Leo Heidweiler

Beschlussfähigkeit

Es sind 18 der aktuell 26 tuuwi-Mitglieder anwesend. Damit ist das Plenum beschlussfähig.

Antragsgegenstand:

Filmlizenz für Umweltfilmabend

Antrag:

Hiermit beantragt die AG Film der Tuuwi 155,50€ für einen Umweltfilmabend im Kino im Kasten am 6. Dezember 2021 um 20:00. Gezeigt wird der Film "Magie der Moore" von Jan haft für dessen Vorführung eine Lizenz erworben werden muss (mit Erwerb der Lizenz ist auch eine DVD des Films enthalten). Die Lizenz des Films kostet 100€+ 5,50€ Bearbeitungsgebühr. Andere Angebote gibt es nicht, da die Lizenz in Besitz der polyband GmbH ist. Darüberhinaus werden weitere 50€ für die Saalmiete im Kino im Kasten benötigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja/Nein/Enthaltung: 17/0/1

Damit ist der Antrag angenommen.

Unterschriften:

Sitzungsleitung:

Protokollant*in:



TU-Umweltinitiative, Aktive Mitglieder
Stand: 16.11.2020

Annika J.		
Jessica F.	✓	
Steffen	✓	
Volker S.		
Leo H.	✓	
Semian	✓	
Christin	✓	
Florian W.	✓	
Kai W.	✓	
Sophie B.		
Robert G.		
Nick	✓	
Nele J.	✓	
Johanna	✓	
Lissy F.		
Tine	✓	
Kristin F.	✓	
Lea B.	✓	
Cornell Z.		
Maik S.		
Hanna B.	✓	
Valerie U.	✓	
Lukas	✓	
Hendrik M.		
Jenny V.	✓	Gast, nicht stimmberechtigt ☉
Tom S.	✓	anwesend ✓

Stand der Mitgliederliste: 16.11.2020

Anzahl der Mitglieder: 26

A.10. Übersicht Fehlende Quartalsberichte

	Inneres	Lehre & Studium	Hochschulpolitik	Soziales	Öffentliches	Personal
Q4/2016	X					
Q1/2017	X		X			
Q2/2017	X				X	
Q3/2017	X				X	
Q4/2017	X	Q			X	
Q1/2018	X	Q				
Q2/2018	X	Q				
Q3/2018	X	Q	X		X	
Q4/2018	X		X		X	
Q1/2019	X	L	X		X	
Q2/2019	M	L	X		X	X
Q3/2019	M	L	X		X	X
Q4/2019	X	L	X		X	X
Q1/2020	X	Q	X	X	X	X
Q2/2020	M	Q	X	X	X	X
Q3/2020	M	K	X	X	X	X
Q4/2020	M	X	X	X	X	X
Q1/2021	M	X	X	X	X	X
Q2/2021	M	X	X	X	X	X
Q3/2021	X	X	X	X	X	X

X : fehlt komplett

K : fehlt komplett, außer Referat Kultur

L : fehlt komplett, außer Referat Lehre und Studium

M: fehlt komplett, außer Referat Mobilität

Q : Es fehlt (lediglich) der Bericht des Referats Qualitätsentwicklung.



Finanzordnung der Studierendenschaft der Technischen Universität Dresden

Erstellt am 27. Oktober 2021.

Inhaltsverzeichnis			
§ 1	Übergeordnete Bestimmungen	3	
§ 2	Anwendungsbereich	3	
§ 3	Begriffsbestimmungen	3	
§ 4	Wahl	3	
§ 5	Aufgaben	3	
§ 6	Bevollmächtigung von Vertreterinnen	3	
§ 7	Grundlagen	4	
§ 8	Beschlussfassung	4	
§ 9	Wirtschaftsjahr	4	
§ 10	Veranschlagung der Erträge, Aufwendungen und Konten	4	
§ 11	Verwendung der Einnahmemittel	5	
§ 12	Deckungsfähige Konten	5	
§ 13	Nachtragswirtschaftsplan	5	
§ 14	Veröffentlichung	5	
§ 15	Inkrafttreten	5	
§ 16	Bedeutung des Wirtschaftsplanes gegenüber Dritten	5	
§ 17	Vorläufige Wirtschaftsführung	5	
§ 18	Rücklagen	5	
§ 19	Außerplanmäßige Ausgaben	5	
§ 20	Einhaltung des Wirtschaftsplanes	6	
§ 21	Vorausleistungen	6	
	§ 22 Verantwortlichkeit	6	
	§ 23 Buchhalterin	6	
	§ 24 Kassenverwalterin	6	
	§ 25 Zahlungsverkehr	6	
	§ 26 Kassenführung	6	
	§ 27 Zahlungsanweisungen	7	
	§ 28 Buchführung	7	
	§ 29 Anschaffung und Veräußerung von Eigentum	7	
	§ 30 Abschreibung	7	
	§ 31 Inventarverzeichnis	7	
	§ 32 Jahresabschluss	8	
	§ 33 Begleichung von Rechnungen	8	
	§ 34 Angebotseinholung	8	
	§ 35 laufende Betriebsausgaben	8	
	§ 36 Anmeldepflicht von Ausgaben	8	
	§ 37 Bürgschaften und Darlehen	8	
	§ 38 Längerfristige Verpflichtungen	8	
	§ 39 Beitragspflichtige Mitgliedschaft	8	
	§ 40 Ausgaben von erheblicher Höhe	8	
	§ 41 Reisekosten	9	
	§ 42 Allgemeines zu Aufwandsentschädigungen	9	
	§ 43 AE-Berechtigte	9	
	§ 44 AE-Beantragung	9	

§ 45 Festlegung der AE Höhe	9	§ 54 Auszahlung von Fachschaftsmitteln	11
§ 46 Beschlussfassung über AE Anträge	10	§ 55 Verwaltung der Mittel durch Fachschaften	11
§ 47 Rechnungsprüfung durch staatliche Stellen	10	§ 56 Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaften	11
§ 48 Verfahren der Prüfung	10	§ 57 Verwendung einbehaltener Fachschaftsmittel	12
§ 49 Projektförderung	10	§ 58 Bargeldbestand	12
§ 50 Förderungsart	10	§ 59 Verbrauchsmaterialien für Fachschaften	12
§ 51 Abrechnung	10	§ 60 Kontoführung	12
§ 52 Finanzverantwortliche der Fachschaften	10		
§ 53 Fachschaftsmittel	11		

1. **Abschnitt** Allgemeines
2. **Abschnitt** Geschäftsführerin Finanzen
3. **Abschnitt** Der Wirtschaftsplan
4. **Abschnitt** Kassenwesen
5. **Abschnitt** Bewilligung von Zahlungen
6. **Abschnitt** Aufwandsentschädigungen
7. **Abschnitt** Prüfungswesen
8. **Abschnitt** Verwaltung der Mittel der Fachschaften

1. Allgemeines

§ 1 Übergeordnete Bestimmungen

- (1) ¹Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft sind die Sächsische Haushaltsordnung (SäHO) und das Sächsische Hochschul"freiheits"gesetz (SächsHSFG) maßgebend.
- (2) ¹Für alle Fälle, in denen diese Ordnung keine Regelungen trifft, sind die in Abs. 1 genannten Bestimmungen anzuwenden.

§ 2 Anwendungsbereich

- (1) ¹Diese Finanzordnung findet für die gesamte verfasste Studierendenschaft Anwendung.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) ¹Im Folgenden wird mit dem Begriff StuRa-Plenum bzw. Plenum der Studentenrat nach § 25 Abs. 1 SächsHSFG bezeichnet. ²Mit Studierendenrat (StuRa) wird jeweils die Gesamtheit aller Organe nach § 5 Abs. 1 sowie die Referate nach § 5 Abs. 3 Punkt 1 der Grundordnung der Studierendenschaft bezeichnet.

2. Geschäftsführerin Finanzen

§ 4 Wahl

- (1) ¹Ein Mitglied des StuRa-Plenums wird von diesem zur Geschäftsführerin Finanzen gewählt.
- (2) ¹Vor der Wahl hat die Geschäftsführerin Finanzen dem StuRa-Plenum zu erklären, dass ihr diese Finanzordnung, das SächsHSFG und die SäHO bekannt sind.

§ 5 Aufgaben

- (1) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen ist für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen bei der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der Studierendenschaft verantwortlich.
- (2) ¹Sie ist alleinig zur Erteilung von finanzwirksamen Anordnungen, insbesondere Kassenanweisungen, befugt, nicht aber alleinig zeichnungsberechtigt für die Konten der Studierendenschaft.
- (3) ¹Hält die Geschäftsführerin Finanzen durch Auswirkungen eines Beschlusses des StuRa die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Studierendenschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern ("Finanzerveto"). ²In diesem Falle muss das StuRa-Plenum über die Angelegenheit beraten. ³Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.
- (4) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen ist berechtigt, jederzeit die Kassen und Finanzbücher der Einrichtungen zu prüfen, die in den Anwendungsbereich der Finanzordnung fallen; dies trifft insbesondere auf die Fachschaften zu. ²Die Prüfungen können unangemeldet und ohne Vorliegen von Gründen erfolgen. ³Sie kann bei Mängeln in der grundordnungs- bzw. ordnungsgemäßen Kassen- und Buchführung deren Berichtigung verlangen und, sollte diese nicht erfolgen, weitere Zahlungen zurückhalten. ⁴Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.
- (5) ¹Einmal pro Semester soll durch die Geschäftsführerin Finanzen eine Schulung für die Fachschaften erfolgen. ²Die für die Finanzen verantwortlichen Mitglieder der Fachschaftsräte sollen daran teilnehmen.

§ 6 Bevollmächtigung von Vertreterinnen

- (1) ¹Das StuRa-Plenum wählt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen eine Vertreterin, welche während der Abwesenheit dieser die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten übernimmt. ²Die Zeiten der Vertretung sind zu protokollieren.
- (2) ¹Das StuRa-Plenum bevollmächtigt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen für die Dauer eines Wirtschaftsjahres neben der Geschäftsführerin Finanzen und ihrer Stellvertreterin in der Regel ein weiteres Mitglieder der Geschäftsführung als weitere Unterschriftsberechtigte für die Konten der Studierendenschaft.
- (3) ¹Die Bevollmächtigung für die Konten der Studierendenschaft endet
1. mit der bei Beschlussfassung gesetzten Frist,
 2. durch erneute Beschlussfassung des StuRa-Plenum,
 3. durch Verzicht auf die Bevollmächtigung,

4. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und, bei Studentinnen, durch Exmatrikulation der Bevollmächtigten,
5. mit dem Beginn der Amtszeit einer neuen Geschäftsführerin Finanzen.

²Hierüber sind unmittelbar und nachweisbar die kon-
toführenden Geldinstitute zu informieren.

(4) ¹Die Bevollmächtigten sind verantwortlich für alle
Handlungen, die sie in Vertretung der Geschäftsfüh-
rerin Finanzen ausüben.

(5) ¹Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens der Ge-
schäftsführerin Finanzen übernimmt die Vertreterin
kommissarisch die Amtsführung. ²Das StuRa-Plenum
muss darüber umgehend informiert werden und sich
auf seiner nächsten Sitzung mit dem Sachverhalt befas-
sen. ³Dabei kann das StuRa-Plenum gegebenenfalls eine
andere Geschäftsführerin mit der kommissarischen
Amtsführung beauftragen. ⁴Die beauftragte Person
muss dem zustimmen.

3. Wirtschaftsplan

§ 7 Grundlagen

(1) ¹Der Wirtschaftsplan und dessen Nachträge wer-
den unter Berücksichtigung des zur Erfüllung der Auf-
gaben notwendigen Bedarfs durch die Geschäftsfüh-
rerin Finanzen für ein Wirtschaftsjahr aufgestellt und
durch das StuRa-Plenum beschlossen. ²Er bildet die
Grundlage der Verwaltung aller Erträge und Aufwen-
dungen.

(2) ¹Der Wirtschaftsplan gliedert sich in einen Er-
folgsplan und einen Finanzplan und zeigt die Ent-
wicklung des Vermögens der Studierendenschaft auf.
²Der sich aus dem Erfolgsplan ergebende Über-
schuss/Fehlbetrag ist in den Finanzplan zu überneh-
men.

(3) ¹Erträge und Aufwendungen sind getrennt von-
einander in voller Höhe zu veranschlagen. ²Es dürfen
keine Erträge von Aufwendungen oder Aufwendungen
von Erträgen vorweg abgezogen werden.

(4) ¹Für den gleichen Einzelzweck dürfen Gelder nicht
an verschiedenen Stellen des Wirtschaftsplanes veran-
schlagt werden.

(5) ¹Der Wirtschaftsplan hat in Erträgen und Aufwen-
dungen ausgeglichen zu sein.

§ 8 Beschlussfassung

(1) ¹Der Wirtschaftsplan wird mit einfacher Mehrheit
beschlossen.

(2) ¹Im Vorfeld der Beschlussfassung werden zwei Be-
ratungen durchgeführt. ²Diese sind auf unterschiedli-
chen ordentlichen Sitzungen durchzuführen.

§ 9 Wirtschaftsjahr

(1) ¹Das Wirtschaftsjahr beginnt in Abweichung von
§ 4 SäHO mit dem Sommersemester und endet mit Ab-
lauf des darauffolgenden Wintersemesters.

§ 10 Veranschlagung der Erträge, Aufwendungen und Konten

(1) ¹Der Wirtschaftsplan besteht aus Ertrags- und
Aufwendungskonten mit jeweils fester Zweckbestim-
mung. ²Die Erträge sind nach dem Entstehungsgrund,
die Aufwendungen nach Referaten bzw. Kostenstel-
len getrennt zuzuordnen und, soweit erforderlich, zu
erläutern. ³Die Zuordnung ist so vorzunehmen, dass
aus dem Wirtschaftsplan die Erfüllung der Aufgaben
der Studierendenschaft erkennbar ist. ⁴In dem Wirt-
schaftsplan sind mindestens darzustellen:

- Erträge aus Studierendenbeiträgen,
- wirtschaftlicher Tätigkeit,
- Entnahme aus Rücklagen,
- Überschuss des abgelaufenen Wirtschaftsjahres
und Aufwendungen für Personal,
- laufende Betriebsausgaben,
- Abschreibungen des Anlagevermögens,
- Büro- und Verbrauchsmaterial,
- Post und Kommunikation,
- Reisekosten,
- Rücklagenzuführung,
- Zuwendungen an Fachschaften und andere Stel-
len,
- Budgets der einzelnen Referate,
- Förderung studentischer Projekte sowie
- der Fehlbetrag des abgelaufenen Wirtschaftsjah-
res.

⁵Stellen für Angestellte und deren Aufwendungen sind
detailliert auszuweisen.

(2) ¹Die Konten sind mit einem Ansatzbetrag aus-
zubringen. ²Die Ansätze sind in ihrer voraussichtli-
chen Höhe zu bestimmen. ³Hierzu erstellen die ein-
zelnen Referate und Arbeitsgemeinschaften eine Über-
sicht der geplanten Projekte und den voraussichtlichen
Kosten und leiten diese an die Geschäftsführerin Fi-
nanzen weiter.

(3) ¹Der Titel Aufwandsentschädigungen soll entsprechend den einzelnen Geschäftsbereichen aufgliedert werden.

§ 11 Verwendung der Einnahmemittel

(1) ¹Mittel, welche für andere Institutionen als die Studierendenschaft ausgewiesen sind (Durchlaufposten), sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite in gleicher Höhe zu veranschlagen.

(2) ¹Die Mittel der Fachschaften sind nach § 53 Abs. 1 einzuplanen.

(3) ¹Alle übrigen Einnahmen sind, soweit nicht anderweitig zweckbestimmt, grundsätzlich zur Deckung der Ausgaben des StuRa vorzusehen.

§ 12 Deckungsfähige Konten

(1) ¹Konten sind ein- oder gegenseitig deckungsfähig. ²Konten, die nicht deckungsfähig sind, müssen im Wirtschaftsplan ausdrücklich gekennzeichnet werden.

(2) ¹Die Konten für Aufwandsentschädigungen können grundsätzlich nur andere Aufwandsentschädigungskonten decken.

(3) ¹Die Deckungssumme darf nicht mehr als 25 % des jeweiligen Kontos betragen.

§ 13 Nachtragswirtschaftsplan

(1) ¹Die Änderung eines vom StuRa-Plenum bereits rechtskräftig beschlossenen Wirtschaftsplanes ist nur durch einen Nachtragswirtschaftsplan möglich. ²Bei dessen Aufstellung und Beschluss finden dieselben Bestimmungen Anwendung wie für die Aufstellung des Wirtschaftsplanes.

§ 14 Veröffentlichung

(1) ¹Der beschlossene Wirtschaftsplan ist der Universitätsleitung nach § 29 Abs. 3 Satz 6 SächsHSFG vorzulegen.

(2) ¹Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich nach Beschlussfassung zu veröffentlichen.

§ 15 Inkrafttreten

(1) ¹Der Wirtschaftsplan tritt am Tage nach seiner Bekanntmachung, frühestens jedoch mit Beginn des Haushaltsjahres, für das der Wirtschaftsplan aufgestellt worden ist, in Kraft.

§ 16 Bedeutung des Wirtschaftsplanes gegenüber Dritten

(1) ¹Durch den Wirtschaftsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten gegenüber Dritten weder begründet, noch aufgehoben.

§ 17 Vorläufige Wirtschaftsführung

(1) ¹Grundlage für die Wirtschaftsführung vor Inkrafttreten des Wirtschaftsplanes sind die Ansätze des Vorjahres, von diesen darf für jeden Monat ein Zwölftel in Anspruch genommen werden.

(2) ¹Sieht der Entwurf des Wirtschaftsplan niedrigere Ansätze gegenüber dem Vorjahr vor, so ist bei der vorläufigen Wirtschaftsführung von diesen auszugehen.

(3) ¹Neue Konten dürfen erst nach Inkrafttreten des Wirtschaftsplanes in Anspruch genommen werden.

(4) ¹Liegt drei Monate nach Beginn des Haushaltsjahres kein Wirtschaftsplan vor, kann die Geschäftsführerin Finanzen in Absprache mit der Geschäftsführung nach § 41 SÄHO eine Haushaltssperre verhängen.

(5) ¹Für Beschlüsse zu Ausgaben, deren Abrechnung absehbar erst im neuen Wirtschaftsjahr erfolgt, gelten die Bestimmungen von Abs. 1 und 2 entsprechend, sofern noch kein Wirtschaftsplan für das betreffende Wirtschaftsjahr beschlossen wurde.

§ 18 Rücklagen

(1) ¹Im Wirtschaftsplan werden Rücklagen vorgesehen.

(2) ¹Die Höhe soll mindestens 50 % der laufenden Kosten des StuRa betragen.

(3) ¹Die Entwicklung der Rücklagen ist im Jahresabschlussbericht zu begründen.

4. Kassenwesen

§ 19 Außerplanmäßige Ausgaben

(1) ¹Außerplanmäßige Aufwendungen, die über den Ansatz eines Kontos hinausgehen oder unter keine Zweckbestimmung des Wirtschaftsplanes fallen, dürfen erst geleistet werden, wenn ein entsprechender Nachtrag zum Wirtschaftsplan in Kraft getreten ist. ²Dies gilt nicht für unabweisbare Aufwendungen, insbesondere für Aufwendungen, die zur sparsamen Fortführung der Verwaltung erforderlich sind, sofern Mehraufwendungen an anderer Stelle des Wirtschaftsplanes eingespart werden. ³Die Geschäftsführerin hat dem StuRa-Plenum hiervon unverzüglich Kenntnis zu geben. ⁴Bei der Aufstellung eines Nachtragswirtschaftsplanes haben diese Aufwendungen Vorrang.

§ 20 Einhaltung des Wirtschaftsplanes

(1) ¹Aufwendungen sind nur in Übereinstimmung mit der Zweckbindung der Konten auszugeben. ²Ist die Zuordnung von Aufwendungen zweifelhaft, so hat die Verbuchung in einem der sich anbietenden Konten zu erfolgen. ³Eine Verbuchung unter verschiedenen Konten ist unzulässig.

§ 21 Vorausleistungen

(1) ¹Leistungen der Studierendenschaft vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart werden, sofern dies im allgemeinen Geschäftsverkehr üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

§ 22 Verantwortlichkeit

(1) ¹Für das ordnungsgemäße Kassenwesen der Studierendenschaft ist die Geschäftsführerin Finanzen verantwortlich.

§ 23 Buchhalterin

(1) ¹Das StuRa-Plenum ernennt eine Buchhalterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.

(2) ¹Die Buchhalterin hat folgende Aufgaben:

1. Vornahme von Buchungen und Sammlung der Belege,
2. Verwaltung der Konten,
3. Erstellung von Jahresabschluss und Übersichten sowie
4. Vorlage einer nach dem Wirtschaftsplan gegliederten Übersicht über die Erträge und Aufwendungen eines jeden Monats für die Geschäftsführerin Finanzen.

(3) ¹Die Buchhalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.

§ 24 Kassenverwalterin

(1) ¹Das StuRa-Plenum ernennt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. ²Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.

(2) ¹Die Kassenverwalterin hat folgende Aufgaben:

1. Entgegennahme und Auszahlung von Bargeld,
2. Verwahrung der Bargeldbestände, Wertvordrucke und -gegenstände,

(3) ¹Die Kassenverwalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.

§ 25 Zahlungsverkehr

(1) ¹Der Zahlungsverkehr wird bar oder über die Konten des StuRa abgewickelt. ²Näheres regelt eine Kas- senrichtlinie.

(2) ¹Überweisungsaufträge, Scheckhefte, Kontenkar- ten sind gleichfalls von der Kassenverwalterin sicher unter Verschluss zu halten.

(3) ¹Die Kassenverwalterin hat den Kontenstand min- destens einmal monatlich zu ermitteln und dem Sollbe- stand gegenüberzustellen. ²Es ist sichtbar zu machen, wie sich der Finanz-Istbestand aus Bargeld und Kon- tenguthaben zusammensetzt.

(4) ¹Belege, Kassenbücher und Kontoauszüge sind nach Abschluss des Wirtschaftsjahres nach den gesetz- lichen Bestimmungen aufzubewahren.

§ 26 Kassenführung

(1) ¹Auszahlungen dürfen nur von der Kassenverwalte- rin und nur auf Grund schriftlicher Anordnungen ver- anlasst werden.

(2) ¹Über jede Bareinzahlung ist der Einzahlerin ei- ne Quittung zu erteilen, soweit der Zahlungsnachweis nicht in anderer Form sichergestellt ist. ²Über jede Ba- rauszahlung ist von dem Empfänger eine Quittung zu verlangen.

(3) ¹Bestimmungen zur Kassenprüfung regelt die Kas- senrichtlinie.

§ 27 Zahlungsanweisungen

(1) ¹Die eine Einnahme oder Ausgabe begründenden Teile einer Kassenanordnung bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. ²Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt der Antragsstellerin bzw. einer bevollmächtigten Person, die der rechnerischen Richtigkeit einer zu bevollmächtigenden Angestellten.

(2) ¹Kassenanordnungen sind von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterzeichnen. ²Mit der Unterzeichnung übernimmt die Geschäftsführerin Finanzen die Verantwortung dafür, dass

1. keine offensichtlich erkennbaren Fehler in der Kassenanordnung enthalten sind,
2. die sachliche und rechnerische Richtigkeit der in der Kassenanordnung enthaltenen Angaben bescheinigt worden sind,
3. das Konto richtig bezeichnet wurde,
4. Ausgabemittel in der vorgegebenen Höhe zur Verfügung stehen.

³Die Kassenanordnung muss gegebenenfalls im Zusammenhang mit den beigelegten Unterlagen Zweck und Anlass der Zahlung begründen und eine Prüfung ohne Rückfragen ermöglichen.

§ 28 Buchführung

(1) ¹Über die Zahlungen ist sowohl nach der Zeitfolge als auch nach der im Wirtschaftsplan vorgesehene Kontenordnung Buch zu führen. ²Die Buchführung erfolgt nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. ³Zahlungen sind für das Wirtschaftsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen oder geleistet worden sind.

(2) ¹Es ist eine doppelte Buchführung zu sichern, die aus Grund- und Hauptbuch besteht. ²Der Kontenplan ergibt sich aus dem abgeleiteten Kontenrahmenplan i. V. m. dem Wirtschaftsplan; die Konten sind zum Ende des Wirtschaftsjahres zur Jahresabschlussrechnung abzuschließen.

§ 29 Anschaffung und Veräußerung von Eigentum

(1) ¹Vor der Anschaffung von Gegenständen sind die allgemeinen Vergaberichtlinien zu beachten. ²Die Auswahl hat mit Begründung aktenkundig zu erfolgen.

(2) ¹Gegenstände, die sich im Eigentum der Studierendenschaft befinden und noch einen Restwert besitzen, dürfen nur auf Beschluss des StuRa-Plenums

veräußert werden. ²Hierbei sind Angebote von Kaufinteressentinnen einzuholen. Gegenstände, die abgeschrieben sind, dürfen von der Geschäftsführung veräußert werden. ³Aussonderungen sind dem StuRa-Plenum auf der nächsten ordentlichen Sitzung anzuzeigen. ⁴Veräußerte Gegenstände müssen aus dem Inventarverzeichnis entfernt und aktenkundig begründet werden. ⁵Die einzelnen Fachschaften entscheiden selbst in kompetenter und angemessener Form über die Veräußerung ihrer Sachmittel.

(3) ¹Von diesen Bestimmungen kann bei laufenden Geschäften oder geringem finanziellen Umfang abgewichen werden.

§ 30 Abschreibung

(1) ¹Angeschaffte Vermögensgegenstände sind gesondert zu erfassen. ²Dies gilt nicht für Verbrauchsmaterialien.

(2) ¹Wertgrenzen und Abschreibungsregelungen richten sich nach der TU Dresden und deren Anwendung der derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen.

(3) ¹Alle aktivierten Wirtschaftsgüter müssen abgeschrieben werden. ²Es verbleibt ein Buchwert von 1,00 Euro als Erinnerungswert.

§ 31 Inventarverzeichnis

(1) ¹Die Buchhalterin hat ein Inventarverzeichnis zu führen. ²Darin sind alle Vermögensgegenstände aufzuführen, deren Anschaffungswert 100,00 Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt und die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören.

(2) ¹Für alle aktivierten Wirtschaftsgüter sind die Anschaffungsrechnungen zu archivieren.

(3) ¹Die Entfernung eines beim StuRa inventarisierten Gegenstandes ist nach den gesetzlichen Regelungen aktenkundig zu begründen. ²Bei defekten Geräten ist ein Verschrottungsprotokoll zu erstellen.

(4) ¹Im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung ist entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Inventar zu überprüfen, eine Liste eventuell abhanden gekommener Vermögensteile ist zu erstellen und von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterschreiben. ²Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.

(5) ¹Die Inventur ist aktenkundig festzuhalten.

§ 32 Jahresabschluss

- (1) ¹Unverzüglich nach Ende des Wirtschaftsjahres stellt die Buchhalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie Geschäftsbericht auf.
- (2) ¹Alle Erträge und Aufwendungen des abgeschlossenen Wirtschaftsjahres sind im Rechnungsergebnis auszuweisen. ²Der sich ergebende Überschuss bzw. Fehlbetrag ist zu kennzeichnen.
- (3) ¹Forderungen und Verbindlichkeiten sind auszuweisen.
- (4) ¹Dem Jahresabschluss ist ein Nachweis über nicht im Wirtschaftsplan ausgewiesene Einnahmen beizufügen, insbesondere solche aus der Veräußerung von Sachen oder Rechten der Studierendenschaft.
- (5) ¹Das Ergebnis des Jahresabschlusses ist den Prüfern gemäß § 47 Abs. 1 unverzüglich zuzuleiten. ²Sollten Verstöße gegen die Finanzordnung oder übergeordnete Bestimmungen sichtbar werden, so ist das StuRa-Plenum hierüber zu informieren.

§ 33 Begleichung von Rechnungen

- (1) ¹Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu Lasten der Studierendenschaft sind unverzüglich nach Erhalt persönlich bei der Buchhalterin einzureichen.
- (2) ¹Vor der Begleichung sind Rechnungen nach § 27 Abs. 2 durch die Geschäftsführerin Finanzen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. ²Lieferscheine und Auftragsbestätigungen sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.
- (3) ¹Angebote Skonti sind in Anspruch zu nehmen.

5. Bewilligung von Zahlungen

§ 34 Angebotseinholung

- (1) ¹Für Ausgaben, die 100,00 Euro überschreiten, sind mindestens drei vergleichbare Angebote einzuholen.

§ 35 laufende Betriebsausgaben

- (1) ¹Ausgaben für laufende Betriebsausgaben, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post und Kommunikation benötigen keinen Beschluss des StuRa. ²Eine Anmeldung nach § 36 Abs. 1 ist dennoch vorzunehmen.

§ 36 Anmeldepflicht von Ausgaben

- (1) ¹Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anzeige bei der Geschäftsführerin Finanzen, soweit sie nicht durch sie selbst angeordnet wurden.
- (2) ¹Ausgaben gelten als angezeigt, wenn das zugehörige Finanzantragsformular vollständig eingereicht wurde. ²Abweichend hiervon können Ausgaben nach § 35 formlos angezeigt werden.
- (3) ¹Werden Ausgaben nicht binnen drei Monaten nach ihrer Anzeige bzw. dem für den Antragsgegenstand relevanten Datum getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. ²Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.
- (4) ¹Finanzanträge sind binnen drei Monaten nach Abschluss der für den Antrag relevanten Termine abzurechnen.

§ 37 Bürgschaften und Darlehen

- (1) ¹Bürgschaften und Garantien in Verträgen sollen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden.

§ 38 Längerfristige Verpflichtungen

- (1) ¹Maßnahmen, die die Studierendenschaft zu Ausgaben in künftigen Wirtschaftsjahren verpflichten können, sind nur zulässig, wenn das StuRa-Plenum dies mit 2/3-Mehrheit beschließt. ²Dies gilt nicht für die laufenden Geschäfte oder für Verpflichtungen deren finanzielle Auswirkungen gering sind.

§ 39 Beitragspflichtige Mitgliedschaft

- (1) ¹Eine Mitgliedschaft der Studierendenschaft in einem Verein oder einer anderen Institution, die zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet, ist nur zulässig, wenn das StuRa-Plenum mit der Mehrheit seiner Mitglieder zustimmt oder der Beitrag 150,00 Euro jährlich nicht übersteigt.
- (2) ¹Unzulässig ist eine Mitgliedschaft in Vereinen oder Institutionen, deren Ziele den satzungsmäßigen Aufgaben der Studierendenschaft entgegenstehen.

§ 40 Ausgaben von erheblicher Höhe

- (1) ¹Angelegenheiten von erheblicher finanzieller oder grundsätzlicher Bedeutung sowie über- und außertarifliche Leistungen und Verfügungen über das Vermögen bedürfen der Zustimmung des StuRa-Plenum mit Mehrheit der Mitglieder.

§ 41 Reisekosten

- (1) ¹Reisekosten können erstattet werden
- (2) ¹Bevorzugt sollen öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden.
- (3) ¹Soweit Beförderungsmittel nicht mit dem Semesterticket oder sonstigen Freifahrtberechtigungen benutzt werden können, werden für Fahrten, die mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln erfolgen, grundsätzlich maximal die Kosten der günstigsten benutzbaren Fahrkarte erstattet. ²Fahrscheine sind nach Möglichkeit so zeitig zu beschaffen, dass Frühbucherinnenrabatte in Anspruch genommen werden können. Mitfahrerinnenrabatte sind zu nutzen.
- (4) ¹Bei Fahrten mit der Bahn, deren Ziel außerhalb des Freistaates Sachsen liegt, können auch Züge des Fernverkehrs genutzt werden. ²Bei Fahrten die innerhalb des Freistaates Sachsen, des Freistaates Thüringen und des Landes Sachsen-Anhalt enden, sind, soweit möglich, Sonderangebote des Nahverkehrs zu berücksichtigen. ³Bei Nachtfahrten werden die Kosten für den Liegewagen erstattet, wenn die Fahrt vor 23:00 Uhr angetreten und nach 4:00 Uhr beendet wurde.
- (5) ¹Der StuRa kann die Kosten eines gültigen Ermäßigungsausweises (z. B. Bahn-Card) rückwirkend übernehmen, wenn durch dessen Gebrauch die Ersparnis an Reisekosten den Anschaffungspreis übersteigt. ²Dabei werden alle entsprechenden Fahrten berücksichtigt, die seit der ersten Fahrt für den StuRa bzw. seit dem mit Ablauf des letzten durch den StuRa bezahlten Ermäßigungsausweises angefallen sind. ³Der Antrag auf Erstattung eines Ermäßigungsausweises muss bis spätestens einen Monat nach Ablauf desselben gestellt worden sein.
- (6) ¹Bei Benutzung privater KFZ erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,17 Euro pro km. Bei der Benutzung privater KFZ aus triftigen Gründen erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,30 Euro pro km. Ob derartige Gründe vorliegen, entscheidet das beschlussfassende Gremium zum Zeitpunkt der Antragsstellung. ²Im Nachhinein können triftige Gründe nicht mehr geltend gemacht werden. ³Es wird grundsätzlich nur die kürzeste Strecke abgerechnet. ⁴Der Ausdruck der Routenberechnung ist bei der Abrechnung vorzulegen.
- (7) ¹Für Übernachtungen werden pro Person maximal Kosten i. H. v. 70,00 Euro pro Nacht erstattet. ²Bei Vorbringen triftiger Gründe kann zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch das jeweilige beschlussfassende Organ eine Ausnahmeregelung getroffen werden.
- (8) ¹Tagungskosten können bis zur vollen Höhe übernommen werden.

6. Aufwandsentschädigungen

§ 42 Allgemeines zu Aufwandsentschädigungen

- (1) ¹Studierende im StuRa engagieren sich ehrenamtlich für die Studierendenschaft. ²Aufwandsentschädigungen sind keine Lohn- oder Gehaltszahlung.
- (2) ¹Als Anspruchszeitraum gilt genau ein Kalendermonat. ²Für die Sportobleute gilt als Anspruchszeitraum ein Semester.

§ 43 AE-Berechtigte

- (1) ¹AEs können beantragt werden durch
1. Referatsmitarbeiterinnen,
 2. Referentinnen,
 3. Geschäftsführerinnen,
 4. Sportobleute,
 5. Mitarbeiterinnen von Projekten des StuRa,
 6. Mitglieder des Wahlausschusses,
 7. weitere Ausschussmitarbeiterinnen, falls dies bei der Einrichtung des Ausschusses so geregelt wurde,
 8. Mitglieder des Sitzungsvorstandes.

§ 44 AE-Beantragung

- (1) ¹Anträge auf Aufwandsentschädigung müssen spätestens am 10. Tag nach dem Ende des Anspruchszeitraums gestellt werden.
- (2) ¹Anträge auf Aufwandsentschädigung müssen begründet werden.
- (3) ¹Die beantragten Aufwandsentschädigungen sind so aufzuschlüsseln, dass sie den jeweiligen Sachkonten des Wirtschaftsplanes zugeordnet werden können.

§ 45 Festlegung der AE Höhe

- (1) ¹Für die nach § 43 Abs. 1 definierten Ämter können von Referatsmitarbeiterinnen 70,00 Euro, von Referentinnen 125,00 Euro und von Geschäftsführerinnen 210,00 Euro als AE beantragt werden. ²Mitglieder des Sitzungsvorstandes werden wie Referentinnen behandelt.
- (2) ¹Bei unvorhergesehenen und außerordentlichen Aufgaben oder Mitarbeit an Projekten kann über die in Abs. 1 genannte Summe bis zu 350,00 Euro beantragt werden.

(3) ¹Die studentischen Sportobleute der zentralen Einrichtung für den Hochschulsport der TU Dresden können eine AE in Höhe von maximal 200,00 Euro pro Person und Semester erhalten.

(4) ¹Die Höhe der Aufwandsentschädigung, die vom StuRa gezahlt wird, ist auf 350,00 Euro pro Person und Monat begrenzt.

§ 46 Beschlussfassung über AE Anträge

(1) ¹Die Beschlussfassung über Aufwandsentschädigungen wird in nicht-öffentlicher Sitzung befunden.

(2) ¹Die Anträge auf Aufwandsentschädigung sowie deren Begründungen müssen allen StuRa-Plenums-Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

(3) ¹Die Aufwandsentschädigungen der Geschäftsführerinnen werden vom StuRa-Plenum beschlossen.

(4) ¹Sonstige Aufwandsentschädigungen werden von der Geschäftsführung beschlossen.

7. Prüfungswesen

§ 47 Rechnungsprüfung durch staatliche Stellen

(1) ¹Die Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der regelmäßigen Prüfung durch die Innenrevision der Universität sowie gegebenenfalls der Prüfung durch den Landesrechnungshof.

§ 48 Verfahren der Prüfung

(1) ¹Der Jahresabschluss der Studierendenschaft wird durch die Innenrevision der Universität geprüft.

(2) ¹Es steht den Prüferinnen frei, sich zu vergewissern, ob die gesetzlichen Bestimmungen der Wirtschaftsführung sowie dieser Finanzordnung eingehalten wurden.

(3) ¹Über die Prüfung ist von den Prüferinnen ein Prüfbericht anzufertigen.

(4) ¹Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin, der Buchhalterin und der Geschäftsführerin Finanzen innerhalb von 14 Tagen verlangen. Danach ist eine erneute Prüfung durchzuführen. ²Bei erheblichen Mängeln ist das StuRa-Plenum unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen.

(5) ¹Kassenverwalterin, Buchhalterin und Geschäftsführerin Finanzen sind verpflichtet, zur Prüfung anwesend zu sein. ²Sie haben Fragen der Prüferin gewissenhaft und ehrlich zu beantworten.

(6) ¹Der Prüfbericht der Prüfung ist dem StuRa-Plenum zur Kenntnis zu geben. ²

8. Studentische Projekte

§ 49 Projektförderung

(1) ¹Ist dies im Wirtschaftsplan vorgesehen, können studentische Projekte finanziell unterstützt werden, sofern sie den Aufgaben der Studierendenschaft entsprechen.

(2) ¹Über die Förderung entscheidet das StuRa-Plenum auf Antrag. ²Sie erfolgt zweckgebunden.

(3) ¹Näheres regelt die Förderrichtlinie.

§ 50 Förderungsart

(1) ¹Förderungen durch den Studentenrat erfolgen grundsätzlich als Fehlbetragsfinanzierung. ²Abweichungen sind nur möglich, wenn diese zum Zeitpunkt der Beschlussfassung festgelegt wurden.

§ 51 Abrechnung

(1) ¹Zu Abrechnungszwecken müssen grundsätzlich die Originalbelege eingereicht werden. ²Ausnahmen können nur nach Absprache mit der Geschäftsführerin Finanzen festgelegt werden.

9. Verwendung von Mitteln durch Fachschaften

§ 52 Finanzverantwortliche der Fachschaften

(1) ¹Der FSR bestimmt aus seiner Mitte eine Finanzverantwortliche und eine Stellvertreterin. ²Vor der Wahl haben diese zu erklären, dass ihnen diese Finanzordnung und gegebenenfalls die jeweiligen Fachschaftsordnungen bekannt sind.

(2) ¹Die Finanzverantwortliche der Fachschaft ist für die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen der Fachschaft verantwortlich. ²Sie soll an den Schulungen des StuRa zu Finanzen teilnehmen. ³In Abwesenheit der Finanzverantwortlichen übernimmt die Stellvertreterin die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten.

(3) ¹Sie ist alleinig zur Erteilung von finanzwirksamen Anordnungen, insbesondere Kassenanweisungen, befugt, nicht aber alleinig verfügungsberechtigt für die Konten der Fachschaft.

(4) ¹Hält die Finanzverantwortliche durch Auswirkung eines Beschlusses des FSR die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Fachschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern ("Finanzverweigerung"). ²In diesem Falle muss der FSR über die Angelegenheit beraten. ³Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.

§ 53 Fachschaftsmittel

(1) ¹Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen Sockelbeitrag in Höhe von 500,00 Euro pro Semester und einen Pro-Kopf-Beitrag von 0,90 Euro pro Mitglied der Fachschaft pro Semester auf.

(2) ¹Solange das Bank- und Barvermögen einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000,00 Euro als auch mehr als das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden die Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester gemäß § 57 einbehalten.

(3) ¹Für Rücklagen zur Finanzierung von Großprojekten, welche ein Finanzvolumen von 3.500,00 Euro überschreiten, gilt Abs. 2 insoweit nicht. ²Die Höhe der Rücklagen muss in einem angemessenen Verhältnis zum Finanzvolumen des Großprojekts stehen. ³Als angemessen gilt dabei eine Deckung in Höhe von maximal 75 von Hundert der zu erwartenden Kosten angesehen. ⁴Großprojekte sind als solche der Geschäftsführerin Finanzen anzuzeigen. ⁵Erfolgt keine Anzeige kann die Rücklagenbildung bei der Prüfung nach Abs. 2 nicht berücksichtigt werden.

§ 54 Auszahlung von Fachschaftsmitteln

(1) ¹Die Auszahlung der Sockelbeiträge erfolgt zum Anfang des jeweiligen Semesters. ²Einen gesonderten Beschluss bedarf es nicht. ³Für Zeiträume mit vorläufiger Wirtschaftsführung nach § 17 wird die Zahlung der Sockelbeiträge zurückgestellt. ⁴Beim Ausbleiben der Meldung der Vermögenswerte nach § 55 Abs. 3 und 4 erfolgt solange keine Auszahlung des Sockelbeitrags bis die erforderlichen Angaben der Geschäftsführerin Finanzen übermittelt wurden.

(2) ¹Pro-Kopf-Beiträge werden von der Geschäftsführerin Finanzen nach erfolgreicher Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft ausbezahlt.

§ 55 Verwaltung der Mittel durch Fachschaften

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung von Studierendenschaftsmitteln durch die Fachschaften ist ein Nachweis zu führen, aus dem sich die Erträge und die Aufwendungen ergeben. ²Die Buchungen sind zu belegen, die einschlägigen Bestimmungen der Finanzordnung gelten entsprechend. ³Am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbrauchte Mittel sind im folgenden Wirtschaftsjahr als Erträge zu verbuchen.

(2) ¹Existiert in einer Fachschaft kein Fachschaftsrat, werden die Mittel der betreffenden Fachschaft von der StuRa-Geschäftsführung für die Dauer von längstens zwei Semestern verwaltet. ²Diese Fachschaftsgelder sind unverzüglich weiterzuleiten, sobald die Gründung eines Fachschaftsrates erfolgt. ³Sollte bis zum

Ablauf der Frist kein Fachschaftsrat existieren, so werden die Mittel gemäß § 57 einbehalten.

(3) ¹Jede Fachschaft muss jährlich zum 31. März für das vergangene Wirtschaftsjahr der Geschäftsführerin Finanzen einen Jahresabschluss und ggf. einen Sachanlagenachweis erbringen.

(4) ¹Die Kassen- und Kontostände der Fachschaften sind der Geschäftsführerin Finanzen zu Beginn eines Quartals unaufgefordert zu melden.

§ 56 Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaften

(1) ¹Zum Zwecke der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft sind die Finanzunterlagen und die aktuellen Vermögenswerte der Geschäftsführerin Finanzen oder einer von ihr beauftragten Person auf Verlangen vorzulegen. ²Dabei ist je Fachschaft ein einjähriger Prüfzyklus anzustreben.

(2) ¹Für den Fall einer nicht erfolgreichen Prüfung kann die Auszahlung der Mittel nach § 54 Abs. 2 solange zurückgestellt werden, bis die bei der Prüfung offenbarten Mängel durch die Fachschaft beseitigt wurden. ²Sofern dies nicht innerhalb von 6 Monaten erfolgt ist können die Pro-Kopf-Beiträge gemäß § 57 Abs. 2 einbehalten werden. ³Die Entscheidung trifft die Geschäftsführerin Finanzen. ⁴Das StuRa-Plenum ist über diese Entscheidung zu informieren.

(3) ¹Im Falle grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Finanzordnung kann ein sofortiger Einbehalt der Pro-Kopf-Beiträge und Sockelbeiträge durch die Geschäftsführerin Finanzen angeordnet werden. ²Dabei ist die individuelle wirtschaftliche Situation der Fachschaft zu berücksichtigen und die Entscheidung derart zu treffen, dass der Fachschaft weiterhin die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. ³Die Entscheidung der Geschäftsführerin Finanzen ist schriftlich zu begründen. ⁴Die Entscheidung ist mitsamt der Begründung den Mitgliedern des StuRa-Plenums umgehend zur Verfügung zu stellen.

(4) ¹Bei besonders schwerwiegenden oder systematischen Verstößen gegen die Finanzordnung kann die Geschäftsführerin Finanzen anordnen, dass die Mittel der Fachschaft übergangsweise durch die Geschäftsführung verwaltet werden. ²Die Bestimmungen nach § 55 Abs. 2 gelten sinngemäß. ³Diese Anordnung ist schriftlich zu begründen und den Mitgliedern des StuRa-Plenums zur Verfügung zu stellen.

(5) ¹Für Maßnahmen gemäß der Abs. 2-4 kann ein gewähltes Mitglied des Fachschaftsrates beim StuRa-Plenum Widerspruch einlegen. ²Der Widerspruch ist zu begründen. ³Auf der nächsten Sitzung des StuRa-Plenums ist über den Widerspruch zu beraten. ⁴Dabei ist in jedem Fall die Geschäftsführerin Finanzen anzuhören. ⁵Auf ihr Verlangen kann die Entscheidung

über den Widerspruch einmalig auf die nächste Sitzung des StuRa-Plenums vertagt werden. ⁶Beim Antrag auf Vertagung sind durch die Geschäftsführerin Finanzen Gründe für die Vertagung anzugeben. ⁷Die auf der nachfolgenden Sitzung des StuRa-Plenums getroffene Entscheidung ist bindend.

(6) ¹Darüber hinausgehende rechtliche Maßnahmen bleiben von den Abs. 2-5 unberührt.

§ 57 Verwendung einbehaltener Fachschaftsmittel

(1) ¹Einbehaltene Gelder können nur für die Fortbildung für und Unterstützung der Vernetzung von Fachschaften genutzt werden. ²Einer Änderung des Wirtschaftsplanes bedarf es nicht.

(2) ¹Sollen Ausgaben mit Mitteln aus dem zugehörigen Sachkonto des Wirtschaftsplans erfolgen, muss dies vor Beschlussfassung angekündigt werden.

§ 58 Bargeldbestand

(1) ¹Die Höchstgrenze des Bargeldbestands für Fachschaften beträgt 250,00 Euro. ²Bei Nachweis geeigneter Verwahrungsmöglichkeiten kann die Höchstgrenze nach Genehmigung der Geschäftsführerin Finanzen auf 500,00 Euro erhöht werden. (2) ¹Bei Überschreiten der Höchstgrenze ist der Bargeldbestand am nächsten Bankarbeitstag auf die Höchstgrenze zu reduzieren.

§ 59 Verbrauchsmaterialien für Fachschaften

(1) ¹Fachschaften dürfen Verbrauchsmaterialien i. H. v. 30,00 Euro pro Monat in Absprache mit der Finanzverantwortlichen der Fachschaft ohne Beschluss beschaffen.

Inkraftgetreten am XX. YYY 20ZZ.

ganz neu, alles toll

§ 60 Kontoführung

(1) ¹Jedem Fachschaftsrat ist durch den StuRa ein Konto zur Verfügung zu stellen. ²Gegebenenfalls anfallende Gebühren für das Konto sind von der Fachschaft zu entrichten. ³Für regelmäßige Gebühren ist kein Beschluss des Fachschaftsrats erforderlich.

(2) ¹Vertretungsberechtigt für die Konten sind gemäß § 6 in der Regel zwei Mitglieder der Geschäftsführung gemeinsam.

(3) ¹Der Fachschaftsrat bestimmt mindestens zwei seiner Mitglieder zu für das Konto verfügbungsberechtigten Personen. ²Die Finanzverantwortliche ist in jedem Fall darunter. ³Die Entscheidung ist dem StuRa zu übermitteln und durch die vertretungsberechtigten Personen nach Abs. 2 zu bestätigen. ⁴Die Verfügungs-berechtigung darf längstens für die Dauer der aktuellen FSR-Legislaturperiode erteilt werden und endet:

1. mit der durch den FSR gesetzten Frist,
2. durch schriftlichen Widerruf durch den FSR,
3. durch eine neuerliche Bestimmung verfügbungsberechtigter Personen durch den FSR,
4. durch Verzicht auf die Verfügungsberechtigung,
5. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und durch Exmatrikulation oder
6. Ende der Amtszeit des Mitglieds des FSR.

(4) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen veröffentlicht vor der Konstituierung der Fachschaftsräte einen aktuellen Leitfaden mit Bestimmungen zur Wahl von verfügbungsberechtigten Personen durch den FSR. ²Die Bestimmungen dieses Leitfadens sind zwingend einzuhalten.

Max Mustergf
GF Ganzheitliche Gesundheitsmedizin

Sonja Sonstigegef
GF Spaß und Spiel

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

Im gesamten Ordnungstext wurde „Studentenschaft“ durch „Studierendenschaft“ geändert. Ebenfalls wurde gemäß dem neuen § 3 Begriffsbestimmungen an diversen Stellen „StuRa“ zu „StuRa-Plenum“ geändert. Ebenfalls wurden einige Rechtschreib- und Grammatikfehler korrigiert. Zur besseren Übersichtlichkeit dieser Synopse wurden diese Änderungen nur aufgenommen, wenn sie Teil einer inhaltlichen Änderung sind.

Da mitunter umfangreich umstrukturiert wurde ist jeweils die alte und neue Paragraphennummer angegeben.

Eine große Umstrukturierung ist, dass alle Regelungen, die Fachschaften betreffen, gebündelt ans Ende gestellt wurden. Das soll die Übersichtlichkeit erhöhen und die Einarbeitung für neue Finanzverantwortliche erleichtern. In diesem Zuge wurden viele „gelebte“ Regelungen in die Ordnung aufgenommen um diese klar für die FSRe kommunizieren zu können.

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§-alt	§-neu	Alt	Neu	Begründung/Anmerkung
	§ 2	Neu	(1) Diese Finanzordnung findet für die gesamte verfasste Studierendenschaft Anwendung.	Klarstellung, dass die FO auch für Fachschaften etc. gilt
	§ 3	neu	(1) Im Folgenden wird mit dem Begriff StuRa-Plenum bzw. Plenum der Studentenrat nach § 25 Abs. 1 SächsHSFG bezeichnet. Mit Studierendenrat (StuRa) wird jeweils die Gesamtheit aller Organe nach § 5 Abs. 1 sowie die Referate nach § 5 Abs. 3 Punkt 1 der Grundordnung der Studierendenschaft bezeichnet.	Versuch der Vereinheitlichung der Begriffe „StuRa“, „Plenum“ etc. Wurde in der Vergangenheit häufig inkonsistent in den Ordnungen verwendet.
§ 2 Abs 2	§ 4 Abs 2	Vor der Wahl hat die Geschäftsführerin Finanzen dem StuRa zu erklären, dass ihr diese Finanzordnung bekannt ist.	Vor der Wahl hat die Geschäftsführerin Finanzen dem StuRa-Plenum zu erklären, dass ihr diese Finanzordnung, das SächsHSFG und die SäHO bekannt sind.	(Ex)Finanzer sind der Meinung, dass das SächsHSFG und die sächsische Haushaltsordnung zumindest bekannt sein sollten
§ 3 Abs 3	§ 5 Abs 3	Hält die Geschäftsführerin Finanzen durch Auswirkungen eines Beschlusses des StuRa die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Studentenschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern. In diesem Falle muss der StuRa erneut über die Angelegenheit beraten. Der daraus folgende Beschluss ist endgültig .	Hält die Geschäftsführerin Finanzen durch Auswirkungen eines Beschlusses des StuRa die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Studierendenschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern („Finanzerveto“). In diesem Falle muss das StuRa-Plenum über die Angelegenheit beraten. Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.	„Finanzerveto“

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§ 3 Abs 4	§ 5 Abs 4	Die Geschäftsführerin Finanzen ist berechtigt, die Kassen und Finanzbücher der Einrichtungen zu prüfen, an die Mittel der Studentenschaft weitergeleitet werden ; dies trifft insbesondere auf die Fachschaften zu. Sie kann bei Mängeln in der grundordnungs- bzw. ordnungsgemäßen Kassen- und Buchführung deren Berichtigung verlangen und, sollte diese nicht erfolgen, weitere Zahlungen zurückhalten. Der StuRa ist darüber zu informieren.	Die Geschäftsführerin Finanzen ist berechtigt, jederzeit die Kassen und Finanzbücher der Einrichtungen zu prüfen, die in den Anwendungsbereich der Finanzordnung fallen ; dies trifft insbesondere auf die Fachschaften zu. Die Prüfungen können unangemeldet und ohne Vorliegen von Gründen erfolgen . Sie kann bei Mängeln in der Grundordnung bzw. Ordnungsgemäßen Kassen- und Buchführung deren Berichtigung verlangen und, sollte diese nicht erfolgen, weitere Zahlungen zurückhalten. Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.	Auch unangekündigte Prüfungen sollen möglich sein. Einschränkung auf Anwendungsbereich der FO, da der StuRa nicht irgendwelche Einrichtungen, die mal Geld von ihm bekommen haben, Prüfen kann
	§ 5 Abs 5	neu	Einmal pro Semester soll durch die Geschäftsführerin Finanzen eine Schulung für die Fachschaften erfolgen. Die für die Finanzen verantwortlichen Mitglieder der Fachschaftsräte sollen daran teilnehmen.	Idee der (möglichst) verpflichtenden Schulung um Wissensvermittlung zu gewährleisten und Probleme bei den Jahresprüfungen zu vermeiden
	§ 6 Abs 1	neu	Die Das StuRa-Plenum wählt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen Finanzen eine Vertreterin, welche während der Abwesenheit dieser die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten übernimmt. Die Zeiten der Vertretung sind zu protokollieren.	

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§ 4 Abs 1	§ 6 Abs 2	Die Geschäftsführerin Finanzen bevollmächtigt schriftlich, in Abstimmung mit den anderen Geschäftsführerinnen des StuRa, je zwei erste und zwei zweite Unterschriftsberechtigte für die Konten der Studentenschaft	Das StuRa-Plenum bevollmächtigt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen für die Dauer eines Wirtschaftsjahres neben der Geschäftsführerin Finanzen und ihrer Stellvertreterin in der Regel ein weiteres Mitglieder der Geschäftsführung als weitere Unterschriftsberechtigte für die Konten der Studierendenschaft.	Durch die Vertretung der GF Fin wird nur noch eine weitere „normale“ GF benötigt
§ 4 Abs 2	§ 6 Abs 3	Die Bevollmächtigung endet 1. mit der von der Geschäftsführerin Finanzen gesetzten Frist, 2. durch schriftlichen Widerruf der Geschäftsführerin Finanzen, 3. durch Verzicht auf die Bevollmächtigung, 4. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und, bei Studentinnen, durch Exmatrikulation der Bevollmächtigten. Hierüber sind unmittelbar und nachweisbar die kontoführenden Geldinstitute zu informieren.	Die Bevollmächtigung für die Konten der Studierendenschaft endet 1. mit der bei Beschlussfassung gesetzten Frist, 2. durch erneute Beschlussfassung des StuRa-Plenums, 3. durch Verzicht auf die Bevollmächtigung, 4. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und, bei Studentinnen, durch Exmatrikulation der Bevollmächtigten , 5. mit dem Beginn der Amtszeit einer neuen Geschäftsführerin Finanzen. Hierüber sind unmittelbar und nachweisbar die kontoführenden Geldinstitute zu informieren	
	§ 6 Abs 5	neu	Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens der Geschäftsführerin Finanzen übernimmt die Vertreterin kommissarisch die Amtsführung. Das	Vertretungsregelung

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			<p>StuRa-Plenum muss darüber umgehend informiert werden und sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem Sachverhalt befassen. Dabei kann das StuRa-Plenum gegebenenfalls eine andere Geschäftsführerin mit der kommissarischen Amtsführung beauftragen. Die beauftragte Person muss dem zustimmen.</p>	
	§ 8	Neu	<p>(1) Der Wirtschaftsplan wird mit einfacher Mehrheit beschlossen.</p> <p>(2) Im Vorfeld der Beschlussfassung werden zwei Beratungen durchgeführt. Diese sind auf unterschiedlichen ordentlichen Sitzungen durchzuführen.</p>	
§ 7 Abs 1	§ 10 Abs 1	<p>Der Wirtschaftsplan besteht aus Ertrags- und Aufwendungskonten mit jeweils fester Zweckbestimmung. Die Erträge sind nach dem Entstehungsgrund, die Aufwendungen nach Zwecken getrennt zuzuordnen und, soweit erforderlich, zu erläutern. Die Zuordnung ist so vorzunehmen, dass aus dem Wirtschaftsplan die Erfüllung der Aufgaben der Studentenschaft erkennbar ist. In dem Wirtschaftsplan sind mindestens darzustellen Erträge aus Studentenbeiträgen, wirtschaftlicher Tätigkeit, Entnahme aus</p>	<p>(1) Der Wirtschaftsplan besteht aus Ertrags- und Aufwendungskonten mit jeweils fester Zweckbestimmung.</p> <p>(2) Die Erträge sind nach dem Entstehungsgrund, die Aufwendungen nach Referaten bzw. Kostenstellen getrennt zuzuordnen und, soweit erforderlich, zu erläutern. Die Zuordnung ist so vorzunehmen, dass aus dem Wirtschaftsplan die Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft erkennbar ist. In dem Wirtschaftsplan sind mindestens darzustellen</p>	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>Rücklagen, Überschuss des abgelaufenen Wirtschaftsjahres und Aufwendungen für Personal, Abschreibungen des Anlagevermögens, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post und Kommunikation, Fahrtkosten, Rücklagenzuführung, wirtschaftliche Betätigung, Zuwendungen an Fachschaften und andere Stellen, Budgets der einzelnen Referate, Projekte, der Fehlbetrag des abgelaufenen Wirtschaftsjahres. Stellen für Angestellte und deren Aufwendungen sind detailliert auszuweisen</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Erträge aus Studierendenbeiträgen, • wirtschaftlicher Tätigkeit, • Entnahme aus Rücklagen, • Überschuss des abgelaufenen Wirtschaftsjahres und Aufwendungen für Personal, • laufende Betriebsausgaben, • Abschreibungen des Anlagevermögens, • Büro- und Verbrauchsmaterial, • Post und Kommunikation, • Reisekosten, • Rücklagenzuführung, • Zuwendungen an Fachschaften und andere Stellen, • Budgets der einzelnen Referate, • Förderung studentischer Projekte sowie • der Fehlbetrag des abgelaufenen Wirtschaftsjahres. Stellen für Angestellte und deren Aufwendungen sind detailliert auszuweisen. 	
§ 7 Abs 2	§ 10 Abs 2	<p>Die Konten sind mit einem Ansatzbetrag auszubringen. Die Ansätze sind in ihrer voraussichtlichen Höhe zu bestimmen</p>	<p>Die Konten sind mit einem Ansatzbetrag auszubringen. Die Ansätze sind in ihrer voraussichtlichen Höhe zu bestimmen . Hierzu erstellen die einzelnen Referate und Arbeitsgemeinschaften eine Übersicht der geplanten Projekte und den voraussichtlichen Kosten und leiten diese an die Geschäftsführerin Finanzen weiter.</p>	<p>Bereits gelebte Praxis in Regelform gegossen</p>

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§ 7 Abs 3	§10 Abs 3	Der Titel Aufwandsentschädigungen muss mindestens nach Aufwandsentschädigungen für die Geschäftsbereiche aufgliedert werden	Der Titel Aufwandsentschädigungen soll entsprechend den einzelnen Geschäftsbereichen aufgliedert werden.	
§7 Abs 4		Die zur Zahlung von Aufwandsentschädigungen erforderliche Summe ist im Wirtschaftsplan zu veranschlagen und als solche zu kennzeichnen.	gestrichen	
§8 Abs 2	§ 11 Abs 2	Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen Sockel- und einen Pro-Kopf-Betrag gemäß der Beitragsordnung. Solange das Guthaben einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000 Euro als auch mehr als das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden ihr keine Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester überwiesen. Diese Fachschaftsmittel verbleiben im Haushalt des Studentenrates.	Die Mittel der Fachschaften sind nach § 53 Abs. 1 einzuplanen.	Siehe Fachschaften
§ 9 Abs 1	§12 Abs 1	Ist eine genaue Veranschlagung in Konten ähnlicher Zweckbestimmung zum Zeitpunkt der Feststellung des Wirtschaftsplanes noch nicht übersehbar, so können diese Konten als ein- oder gegenseitig deckungsfähig ausgewiesen werden. Dies hat im Wirtschaftsplan durch ausdrücklichen Vermerk zu geschehen.	Konten sind ein- oder gegenseitig deckungsfähig . Konten, die nicht deckungsfähig sind, müssen im Wirtschaftsplan ausdrücklich gekennzeichnet werden.	Vereinfachung der Deckungsregelung, damit einfacher und unbürokratischer kleine Umplanungen vorgenommen werden können

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

	§ 12 Abs 2 + 3	neu	<p>(2) Die Konten für Aufwandsentschädigungen können grundsätzlich nur andere Aufwandsentschädigungskonten decken.</p> <p>(3) Die Deckungssumme darf nicht mehr als 25% des jeweiligen Kontos betragen.</p>	<p>Zu (2): Aes sollen nicht „einfach“ so angehoben werden können</p> <p>zu (3): es soll nicht der ganze Posten „leer geräumt“ werden können ohne einen Nachtragshaushalt zu beschließen</p>
§ 11 Abs 1	§ 14 Abs 1	Der beschlossene Wirtschaftsplan ist der Universitätsleitung zur Kenntnis zu bringen .	Der beschlossene Wirtschaftsplan ist der Universitätsleitung nach § 29 Abs. 3 Satz 6 SächsHSFG vorzulegen .	
§ 14	§ 17 Abs 4+5	neu	<p>(4) Liegt drei Monate nach Beginn des Haushaltsjahres kein Wirtschaftsplan vor, kann die Geschäftsführerin Finanzen in Absprache mit der Geschäftsführung nach §41 SäHO eine Haushaltssperre verhängen.</p> <p>(5) Für Beschlüsse zu Ausgaben, deren Abrechnung absehbar erst im neuen Wirtschaftsjahr erfolgt, gelten die Bestimmungen von Abs. 1 und 2 entsprechend, sofern noch kein Wirtschaftsplan für das betreffende Wirtschaftsjahr beschlossen wurde.</p>	Zu (4): Instrument für die GF Finanzen um auf eventuell längere Phasen ohne beschlossenen WP zu reagieren

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§ 18 Abs 2	Die Höhe sollte 20 % des Gesamtkapitals des StuRa nicht überschreiten.	Die Höhe soll mindestens 50 % der laufenden Kosten des StuRa betragen.	Für den Fall, dass die Einnahmen unerwartet wegfallen (z.B. Einbruch bei Studierendenzahlen od. Gesetzesänderung) sollen Rücklagen geschaffen werden um zumindest Übergangsweise die Angestellten und andere laufenden Kosten finanzieren zu können. Von der Innenrevision gibt es die Anregung eine Obergrenze einzuführen. Nach Rücksprache mit Sven wurde dieses Mal darauf verzichtet, da noch Klärungsbedarf bezüglich der Höhe herrscht
	Die Entwicklung der Rücklagen ist im Geschäftsbericht als Anlage zur Bilanz zu begründen.	Die Entwicklung der Rücklagen ist im Jahresabschlussbericht zu begründen.	
§23	Neu	<p>(1) Das StuRa-Plenum ernennt eine Buchhalterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.</p> <p>(2) 1Die Buchhalterin hat folgende Aufgaben</p> <p>1. Vornahme von Buchungen und Sammlung der</p>	Trennung der Buchhaltung und der Kassenverwaltung. Fr. Dunst (Buchhaltung) hat im Tagesgeschäft nichts mit der Kasse zu tun. Daher werden die Aufgaben auseinander gezogen.

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			<p>Belege,</p> <p>2. Verwaltung der Konten,</p> <p>3. Erstellung von Jahresabschluss und Übersichten sowie</p> <p>4. Vorlage einer nach dem Wirtschaftsplan gegliederten</p> <p>Übersicht über die Erträge und Aufwendungen eines jeden Monats für die Geschäftsführerin Finanzen.</p> <p>(3) Die Buchhalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.</p>	
§ 21	§ 24	<p>(1) Der StuRa ernennt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa sein. (2) Die Kassenverwalterin hat folgende Aufgaben 1. Vornahme von Buchungen und Sammlung der Belege, 2. Verwaltung der Konten, 3. Entgegennahme</p>	<p>(1) Das StuRa-Plenum ernennt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.</p> <p>(2) Die Kassenverwalterin hat folgende Aufgaben</p> <p>1. Entgegennahme und Auszahlung von Bargeld,</p>	s.O.

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>und Auszahlung von Bargeld, 4. Verwahrung der Bargeldbestände, Wertvordrucke und -gegenstände, 5. Erstellung von Jahresabschluss und Übersichten sowie 6. Vorlage einer nach dem Wirtschaftsplan gegliederten Übersicht über die Erträge und Aufwendungen eines jeden Monats für die Geschäftsführerin Finanzen. (3) Die Kassenverwalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.</p>	<p>2. Verwahrung der Bargeldbestände, Wertvordrucke und -gegenstände,</p> <p>(3) Die Kassenverwalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.</p>	
§ 22 Abs 2	§ 25 Abs 2	<p>Der Bargeldbestand soll höchstens 1000 Euro betragen. Bei Überschreitung dieser Summe ist spätestens am nächsten Werktag auf die Konten des StuRa einzuzahlen. Barbestände sind in Geldkassetten und im Stahlschrank sicher aufzubewahren. Für die Fachschaftsräte bleibt die Höchstgrenze des maximalen Bargeldbestandes bei 500 Euro. Bei Nachweis geeigneter Verwahrungsmöglichkeiten kann die Höchstgrenze auch für einen Fachschaftsrat nach Genehmigung durch Beschluss der GF auf 1000 Euro erhöht</p>	<p>Näheres regelt eine Kassenrichtlinie.</p>	<p>Die Kassenrichtlinie soll Anpassungen erleichtern und eine detailliertere Regelung ermöglichen, ohne dass die FO weiter aufgebläht wird.</p>

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		werden.		
	§ 26 Abs 3	Neu	Bestimmungen zur Kassenprüfung regelt die Kassenrichtlinie.	
§ 24 Abs 2	§ 27 Abs 1	Die eine Einnahme oder Ausgabe begründenden Teile einer Kassenanordnung bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt einer Geschäftsführerin , die der rechnerischen Richtigkeit einer zu bevollmächtigenden Angestellten.	Die eine Einnahme oder Ausgabe begründenden Teile einer Kassenanordnung bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt der Antragsstellerin bzw. einer bevollmächtigten Person , die der rechnerischen Richtigkeit einer zu bevollmächtigenden Angestellten.	Sachliche Richtigkeit bei Anträgen, sollten die Antragsstellerinnen machen, da diese auch mit dem Antrag vertraut sind. Von Absatz 2 auf 1 vorgezogen.
§ 25 Abs 1	§ 28 Abs 1	Über die Zahlungen ist sowohl nach der Zeitfolge als auch nach der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kontenordnung Buch zu führen. Die Buchführung erfolgt nach kaufmännischen Grundsätzen und in Anlehnung an den DATEV-Kontenrahmenplan SKR. Zahlungen sind für das Wirtschaftsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen oder geleistet worden sind.	Über die Zahlungen ist sowohl nach der Zeitfolge als auch nach der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kontenordnung Buch zu führen. Die Buchführung erfolgt nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung . Zahlungen sind für das Wirtschaftsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen oder geleistet worden sind.	„zeitlose“ Formulierung
§ 31 Abs 2	§ 29 Abs 2	(2) Gegenstände, die sich im Eigentum der Studentenschaft befinden und noch einen Restwert besitzen, dürfen nur auf Beschluss des StuRa und zum tatsächlichen Wert veräußert werden. Hierbei sind Angebote von Kaufinteressentinnen einzuholen.	(2) Gegenstände, die sich im Eigentum der Studierendenschaft befinden und noch einen Restwert besitzen, dürfen nur auf Beschluss des StuRa-Plenums veräußert werden . Hierbei sind Angebote von Kaufinteressentinnen einzuholen. Gegenstände, die abgeschrieben sind, dürfen	Die Frist von vier Vorlesungswochen macht eine Aussonderung in bzw. kurz nach den Semesterferien unmöglich. Geschäftsführungsbeschlüsse landen auf der nächsten

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		Gegenstände, die abgeschrieben sind, dürfen zum tatsächlichen Wert von der Geschäftsführung veräußert werden. Aussonderungen sind dem StuRa vier Vorlesungswochen vorher anzuzeigen. Veräußerte Gegenstände müssen aus dem Inventarverzeichnis entfernt und aktenkundig begründet werden. Die einzelnen Fachschaften entscheiden selbst in kompetenter und angemessener Form über die Veräußerung ihrer Sachmittel.	von der Geschäftsführung veräußert werden . Aussonderungen sind dem StuRa-Plenum auf der nächsten ordentlichen Sitzung anzuzeigen . Veräußerte Gegenstände müssen aus dem Inventarverzeichnis entfernt und aktenkundig begründet werden . Die einzelnen Fachschaften entscheiden selbst in kompetenter und angemessener Form über die Veräußerung ihrer Sachmittel.	ordentlichen StuRa-Plenumssitzung und sind damit vor Ausführung bekannt.
§ 26	§ 30	(1) Für aus Studentenschaftsmitteln angeschaffte Vermögensgegenstände, die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören, ist ein Konto „Abschreibung“ zu führen. Entsprechend der zu erwartenden Nutzungsdauer und den amtlichen AfA-Tabellen folgend sind die Vermögensgegenstände linear abzuschreiben, bis der Buchwert Null erreicht ist. (2) Die Sammlung der Abschreibungsbeträge ist als liquider Bestand in der Vermögensübersicht (Anlage zum Wirtschaftsplan) darzustellen.	(1) Angeschaffte Vermögensgegenstände sind gesondert zu erfassen Dies gilt nicht für Verbrauchsmaterialien. (2) Wertgrenzen und Abschreibungsregelungen richten sich nach der TU Dresden und deren Anwendung der derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen. (3) Alle aktivierten Wirtschaftsgüter müssen abgeschrieben werden . Es verbleibt ein Buchwert von 1,00 Euro als Erinnerungswert.	Neufassung des Abschreibungsparagraphen nach Absprache mit der Buchhaltung und der Innenrevision
§ 27 Abs 1	§ 30 Abs 1	Die Kassenverwalterin hat ein Inventarverzeichnis zu führen. Darin sind alle Vermögensgegenstände aufzuführen, deren	Die Buchhalterin hat ein Inventarverzeichnis zu führen. Darin sind alle Vermögensgegenstände aufzuführen, deren Anschaffungswert 100,00 Euro	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		Anschaffungswert 150 Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt und die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören.	ohne Mehrwertsteuer übersteigt und die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören.	
§27 Abs 2	§ 30 Abs 2	Rechnungen aller inventarisierten Gegenstände sind in der Reihenfolge der Anschaffung zu nummerieren und zu archivieren.	Für alle aktivierten Wirtschaftsgüter sind die Anschaffungsrechnungen zu archivieren.	
§ 27 Abs 3	§ 30 Abs 3	Die Entfernung eines beim StuRa inventarisierten Gegenstandes ist aktenkundig zu begründen.	Die Entfernung eines beim StuRa inventarisierten Gegenstandes ist nach den gesetzlichen Regelungen aktenkundig zu begründen . Bei defekten Geräten ist ein Verschrottungsprotokoll zu erstellen.	
§ 27 Abs 4	§ 30 Abs 4	Im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung und vor Übergabe der Geschäfte der Geschäftsführerin Finanzen an eine Nachfolgerin ist das Inventar zu überprüfen, eine Liste eventuell abhanden gekommener Vermögensteile ist zu erstellen und von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterschreiben. Der StuRa ist darüber zu informieren.	Im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung ist entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Inventar zu überprüfen, eine Liste eventuell abhanden gekommener Vermögensteile ist zu erstellen und von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterschreiben. Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.	
§ 28 Abs 1	§ 32 Abs 1	Unverzüglich zum Ende des Wirtschaftsjahres stellt die Kassenverwalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie Geschäftsbericht auf.	Unverzüglich nach Ende des Wirtschaftsjahres stellt die Buchhalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie Geschäftsbericht auf.	
§ 28 Abs 3	§ 32 Abs 3	Vereinnahmte Beträge, die zurückgezahlt	Forderungen und Verbindlichkeiten sind	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		werden müssen, sind als Verbindlichkeiten auszuweisen; verausgabte Beträge, die zur Rückzahlung offen stehen, sind als Forderungen zu erfassen.	auszuweisen.	
§ 28 Abs 4	§ 32 Abs 4	Dem Rechnungsergebnis sind beizufügen 1. ein Nachweis über im Wirtschaftsplan nicht vorgesehene Einnahmen , insbesondere solche aus der Veräußerung von Sachen oder Rechten der Studentenschaft sowie 2. eine Vermögensübersicht der Gliederung nach § 266 HGB.	Dem Jahresabschluss ist ein Nachweis über nicht im Wirtschaftsplan ausgewiesene Einnahmen beizufügen , insbesondere solche aus der Veräußerung von Sachen oder Rechten der Studierendenschaft .	
§ 28 Abs 5	§ 32 Abs 5	Das Rechnungsergebnis ist den Prüfern gemäß § 42 Abs. 1 unverzüglich zuzuleiten. Sollten aus dem Rechnungsergebnis Verstöße gegen die Finanzordnung oder übergeordnete Bestimmungen sichtbar werden, so ist der StuRa hierüber zu informieren.	Das Ergebnis des Jahresabschlusses ist den Prüfern gemäß § 47 Abs. 1 unverzüglich zuzuleiten. Sollten Verstöße gegen die Finanzordnung oder übergeordnete Bestimmungen sichtbar werden, so ist das StuRa-Plenum hierüber zu informieren.	
§ 29		(1) Der für Aufwendungen nicht erforderliche Finanzbestand ist so anzulegen, dass ein Verlust ausgeschlossen ist und im Bedarfsfall jederzeit über die Guthaben der Studentenschaft verfügt werden kann. (2) Zur Vermeidung einer Verminderung der Guthaben durch die Geldentwertung sind längerfristig nicht benötigte Geldmittel entsprechend anzulegen. Eine Anlage in risikobehaftete Wertpapiere o.ä. ist unzulässig.	gestrichen	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

	§ 33 Abs 1	neu	Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu Lasten der Studierendenschaft sind unverzüglich nach Erhalt persönlich bei der Buchhalterin einzureichen.	Eindeutige Regelung, dass Rechnungen persönlich und sofort einzureichen sind
§ 30 Abs 1	§ 33 Abs 2	Vor der Begleichung sind Rechnungen durch die Geschäftsführerin Finanzen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Lieferscheine sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.	Vor der Begleichung sind Rechnungen nach § 27 Abs. 2 durch die Geschäftsführerin Finanzen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Lieferscheine und Auftragsbestätigungen sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.	Auftragsbestätigungen dienen der Dokumentation, dass diese erst nach Beschlussfassung gegeben wurden
§ 30 Abs 2	§ 33 Abs 3	Rechnungen sind nicht vor Zahlungsziel zu begleichen. Skontofristen sind dabei jedoch zu beachten.	Angebotene Skonti sind in Anspruch zu nehmen.	Veraltete Regelung aus Zeiten, in denen es signifikante Zinsen gab. Skontiregelungen sollten immer genutzt werden.
	§ 34	neu	Für Ausgaben, die 100,00 Euro überschreiten, sind mindestens drei vergleichbare Angebote	Festschreibung der Angebotseinholung
	§ 35	neu	(1) Ausgaben für laufende Betriebsausgaben, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post und Kommunikation benötigen keinen Beschluss des StuRa. (2) Eine Anmeldung nach § 36 Abs. 1 ist dennoch vorzunehmen.	
§32 Abs 1	§ 36 Abs 1	Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studentenschaft bedürfen der Anmeldung bei der Geschäftsführerin	Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studierendenschaft bedürfen der vorherigen Anzeige bei der Geschäftsführerin	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		Finanzen, soweit sie nicht durch sie selbst angeordnet wurden	Finanzen, soweit sie nicht durch sie selbst angeordnet wurden.	
§ 32 Abs 2		Sieht die Geschäftsführerin Finanzen angezeigte Ausgaben als nicht notwendig oder mit den Aufgaben 6 der Studentenschaft nicht vereinbar an, so kann sie im Einvernehmen mit den anderen Geschäftsführerinnen des StuRa die Unterlassung verlangen. Eine solche Entscheidung ist zu begründen	gestrichen	
	§ 36 Abs 2	neu	Ausgaben gelten als angezeigt, wenn das zugehörige Finanzantragsformular vollständig eingereicht wurde. Abweichend hiervon können Ausgaben nach § 35 formlos angezeigt werden.	Festschreibung der Finanzantragsformularpflicht
§ 32 Abs 3	§ 36 Abs 3	Werden Ausgaben nicht binnen vier Monaten nach ihrer Anzeige getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.	Werden Ausgaben nicht binnen drei Monaten nach ihrer Anzeige bzw. dem für den Antragsgegenstand relevanten Datum getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.	
	§ 36 Abs 4	Neu	Finanzanträge sind binnen drei Monaten nach Abschluss der für den Antrag relevanten Termine abzurechnen.	Feste Frist um Verschleppung der Abrechnungen zu vermeiden

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

§ 34 Abs 1	§ 37 Abs 1	Bürgschaften und Garantien in Verträgen dürfen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden. Ausnahmen regelt die Finanzierungsrichtlinie.	Bürgschaften und Garantien in Verträgen sollen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden.	
§ 34 Abs 2		Der StuRa kann abweichend hiervon zur Abwendung einer Mitgliedern der Studentenschaft drohenden Notlage die Übernahme einer Bürgschaft mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließen.	gestrichen	
§ 37	§ 40	Angelegenheiten von erheblicher finanzieller oder grundsätzlicher Bedeutung sowie über- und außertarifliche Leistungen und Verfügungen über das Vermögen bedürfen, soweit nicht bereits im Wirtschaftsplan so vorgesehen , der Zustimmung des StuRa mit Mehrheit der Mitglieder.	Angelegenheiten von erheblicher finanzieller oder grundsätzlicher Bedeutung sowie über- und außertarifliche Leistungen und Verfügungen über das Vermögen bedürfen der Zustimmung des StuRa-Plenums mit Mehrheit der Mitglieder.	
§ 38 Abs 1	§ 42 Abs 1	Reisekosten können erstattet werden, wenn ein nachweisbarer Nutzen für die studentische Selbstverwaltung oder die Studentenschaft aus der Reise erwächst.	Reisekosten können erstattet werden.	Unnötig, da Reisekosten im Vorfeld beantragt werden müssen.
§ 38 Abs 2		Die Reise beginnt und endet an der Wohnung des Studienortes. Muss die Reise an einer anderen Stelle angetreten oder beendet werden, kann diese an die Stelle der Wohnung treten.	gestrichen	
§ 38 Abs 3		Reisekosten sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Reise bei der Kassenwärtin abzurechnen. Grundlage für die	gestrichen	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		Rückerstattung von Auslagen (z. B. Fahrkarten, Übernachtungsrechnungen, Teilnehmergebühren) sind die Originalbelege.		
§ 38 Abs 6	§ 42 Abs 4	Bei Fahrten mit der Bahn, deren Ziel außerhalb des Freistaates Sachsen liegt, können bei Nutzung von Zügen der DB AG auch Züge des Fernverkehrs genutzt werden. Bei Fahrten die innerhalb des Freistaates Sachsen, des Freistaates Thüringen und des Landes Sachsen-Anhalt enden, sind, soweit möglich, Sonderangebote des Nahverkehrs zu berücksichtigen. Bei Nachtfahrten werden die Kosten für den Liegewagen erstattet, wenn die Fahrt vor 23.00 Uhr angetreten und nach 4.00 Uhr beendet wurde.	Bei Fahrten mit der Bahn, deren Ziel außerhalb des Freistaates Sachsen liegt, können auch Züge des Fernverkehrs genutzt werden . Bei Fahrten die innerhalb des Freistaates Sachsen, des Freistaates Thüringen und des Landes Sachsen-Anhalt enden, sind, soweit möglich, Sonderangebote des Nahverkehrs zu berücksichtigen . Bei Nachtfahrten werden die Kosten für den Liegewagen erstattet, wenn die Fahrt vor 23:00 Uhr angetreten und nach 4:00 Uhr beendet wurde.	Es gibt mittlerweile auch andere Fernverkehrsanbieter
§ 38 Abs 8	§ 42 Abs 6	Bei Benutzung privater KFZs erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,17 Euro/km (+ 0,02 Euro/km für jede mitgenommene Person), jedoch nicht mehr als der günstigste Fahrschein (bei DB AG Normalpreis Produktklasse C auf kürzester Wegstrecke mit Bahncard 50) in der 2. Wagenklasse der DB AG bzw. eines anderen EVU. Bei der Benutzung privater KFZs aus triftigen Gründen erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,30 Euro/km (+ 0,02 Euro/km für jede mitgenommene Person). Ob derartige Gründe vorliegen, entscheidet die GF, das Plenum bzw. der Förderausschuss zum Zeitpunkt der	1Bei Benutzung privater KFZ erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0, 17 Euro pro km. Bei der Benutzung privater KFZ aus triftigen Gründen erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i.H. v. 0,30 Euro pro km. Ob derartige Gründe vorliegen, entscheidet das beschlussfassende Gremium zum Zeitpunkt der Antragsstellung. Im Nachhinein können triftige Gründe nicht mehr geltend gemacht werden. Es wird grundsätzlich nur die kürzeste Strecke abgerechnet . Der Ausdruck der Routenberechnung ist bei der Abrechnung vorzulegen.	Entschlackung dieserleicht verständlichen Formulierung; Bonus für mitgenommene Personen ist in übergeordneten Regelungen gestrichen worden

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		Antragsstellung. Im Nachhinein können triftige Gründe nicht mehr geltend gemacht werden.		
§ 38 Abs 8a		Stimmberechtigte Plenumsmitglieder des StuRa der TUD können für die Teilnahme an ordentlichen, wie außerordentlichen Plenumsitzungen des StuRa mit einem privaten KFZ anreisen, wenn sowohl deren entsendende Fachschaft, als auch deren Wohnsitz über 50 km von der Besucheranschrift des StuRa der TUD entfernt sind. Für die Nutzung eines KFZs liegt ein triftiger Grund vor. Es werden 0,30 €/km erstattet.4Grundlage für die Berechnung der Streckenlänge ist die Strecke mit der kürzesten Fahrtzeit (unabhängig von der Verkehrssituation), gemäß der Routenberechnung von Google Maps oder einem ähnlichen Dienst.5Die Abrechnung hat bei der Kassenwartin des StuRa der TUD binnen von drei Monaten zu erfolgen. Der Ausdruck der Routenberechnung ist bei der Abrechnung vorzulegen. 7Abs. 3 Satz 1, Abs. 5 und Abs. 8 des § 38 der Finanzordnung des StuRa finden hier keine Anwendung.	gestrichen	
§ 38 Abs 9	§ 42 Abs 7	Für Übernachtungen werden maximal die Kosten der preiswertesten und in zumutbarer Entfernung liegenden Jugendherberge getragen. Die Übernachtungskosten werden nicht gezahlt, wenn die Reise vor 2.00 Uhr des	Für Übernachtungen werden pro Person maximal Kosten i. v. 70,00 Euro pro Nacht erstattet. Bei Vorbringen triftiger Gründe kann zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch das jeweilige	Konkretisierung und einfachere Gestaltung. Weniger Auslegungsfragen bei „was ist eine Jugendherberge in zumutbarer Entfernung?“; Ausnahmeregelung

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>darauffolgenden Tages endet bzw. enden könnte oder insgesamt weniger als acht Stunden dauert.</p>	<p>beschlussfassende Organ eine Ausnahmeregelung getroffen werden.</p>	<p>für Sonderfälle</p>
<p>§ 38 Abs 10</p>	<p>§ 42 Abs 8</p>	<p>Tagegeld in der Höhe von 6 Euro kann gewährt werden, wenn die Dienstreise länger als 16 Stunden pro Tag dauert, zwischen mindestens acht und 16 Stunden Abwesenheit in halber Höhe. Wird kostenlos oder über den Tagungsbeitrag finanzierte Verpflegung bereitgestellt, so vermindert sich das Tagegeld für das Frühstück um 20 %, für das Mittag um 30 % und für das Abendbrot um 50 % des Tagegeldes.</p>	<p>gestrichen</p>	
<p>§ 38 Abs 12</p>		<p>Sonderregelung für die Entsandten zur StuRaSitzung (der TU Dresden Standorte), welche mehr als 80 km von Dresden entfernt sind, haben bei Anreise mit dem eigenen PKW den Anspruch auf die Erstattung der Reisekosten in Höhe von 0,22 Euro pro Kilometer. Für jede mitgenommene Person erhöht sich der Betrag der Rückstattung um 0,02 Euro pro Kilometer.</p>	<p>gestrichen</p>	
<p>§ 39</p>		<p>(1) Bewirtungen auf Rechnung der Studentenschaft sind nur zulässig, wenn sie sich aus den Aufgaben der Studentenschaft ergeben. (2) Eine Erstattung von Bewirtungskosten ist nur zulässig, wenn Belege über die Ausgaben und eine Liste der</p>	<p>gestrichen</p>	

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		bewirteten Personen vorliegen.		
§ 40 Abs 2	§ 42 Abs 2	Näheres regelt die AE-Ordnung.	Als Anspruchszeitraum gilt genau ein Kalendermonat. Für die Sportobleute gilt als Anspruchszeitraum ein Semester.	§§ 43-46 enthalten die ehemalige AE-Ordnung. Aufgrund der Übersichtlichkeit wird auf ein Einfügen der einzelnen Paragraphen verzichtet
§ 44	§ 47	1Die Wirtschaftsführung der Studentenschaft unterliegt der Prüfung durch den Landesrechnungshof und der Vorprüfung durch die Innenrevision der Universität.	Die Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der regelmäßigen Prüfung durch die Innenrevision der Universität sowie gegebenenfalls der Prüfung durch den Landesrechnungshof.	verschoben
§ 41 Abs 2		Die Kassenprüfung ist mindestens einmal jährlich unangemeldet durchzuführen mit dem Zweck 1. Kassenist- und -sollbestand festzustellen und 2. die Buchhaltung sowie die Belegerfassung zu kontrollieren	Gestrichen	
§ 41 Abs 3	§ 48 Abs 2	Darüber hinaus steht es den Prüferinnen frei, sich zu vergewissern, ob die gesetzlichen Bestimmungen der Wirtschaftsführung sowie dieser Finanzordnung eingehalten wurden	Es steht den Prüferinnen frei, sich zu vergewissern, ob die gesetzlichen Bestimmungen der Wirtschaftsführung sowie dieser Finanzordnung eingehalten wurden.	
§ 41 Abs 4	§ 48 Abs 3	Über die Kassenprüfung ist von den Prüferinnen ein Testat anzufertigen.	Über die Prüfung ist von den Prüferinnen ein Prüfbericht anzufertigen.	
§ 41 Abs 5	§ 48 Abs 4	Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin und der Geschäftsführerin Finanzen innerhalb von 14 Tagen verlangen. Danach ist eine	Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin , der Buchhalterin und der Geschäftsführerin Finanzen innerhalb von 14 Tagen verlangen. Danach ist eine	Der Prüfbericht kann nicht verweigert werden. Buchhalterin jeweils ergänzt

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		erneute Prüfung durchzuführen. Bei erheblichen Mängeln, die zur Verweigerung des Testats führen , ist der StuRa unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen.	erneute Prüfung durchzuführen. Bei erheblichen Mängeln ist das StuRa-Plenum unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen.	
§ 41 Abs 6	§ 48 Abs 5	Kassenverwalterin und Geschäftsführerin Finanzen sind verpflichtet, zur Prüfung anwesend zu sein.2Sie haben Fragen der Prüferin gewissenhaft und ehrlich zu beantworten.	Kassenverwalterin, Buchhalterin und Geschäftsführerin Finanzen sind verpflichtet, zur Prüfung anwesend zu sein. Sie haben Fragen der Prüferin gewissenhaft und ehrlich zu beantworten.	
	§ 48 Abs 6	neu	Der Prüfbericht der Prüfung ist dem StuRa-Plenum zur Kenntnis zu geben.	
§ 42		Das Testat der Prüfung ist dem StuRa zur Kenntnis zu geben. Legt die Geschäftsführerin Finanzen Widerspruch gegen den Prüfbericht ein, kann der StuRa beschließen, dass eine weitere Prüfung durchgeführt wird, zu der auch ein anderer Prüfer bestellt werden kann. Das Prüfungsergebnis kann der Hochschulleitung zur Kenntnis übergeben werden.	gestrichen	Als Absatz 6 oben
§ 42		(1) Unverzüglich nach der Feststellung des Rechnungsergebnisses ist eine Jahresabschlussprüfung durchzuführen. Zeitgleich erfolgt eine Inventur der Vermögensbestände. Die richtige Übertragung des Überschusses oder Fehlbetrages ist zu	gestrichen	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		bescheinigen. (2) § 42 und § 43 gelten entsprechend.		
§ 33 Abs 1	§ 49 Abs 1	Ist dies im Wirtschaftsplan vorgesehen, können studentische Projekte finanziell unterstützt werden, sofern sie den satzungsmäßigen Aufgaben der Studentenschaft entsprechen	Ist dies im Wirtschaftsplan vorgesehen, können studentische Projekte finanziell unterstützt werden, sofern sie den Aufgaben der Studierendenschaft entsprechen.	
	§ 49 Abs 3	neu	Näheres regelt die Förderrichtlinie.	
	§ 50	neu	Förderungen durch den Studentenrat erfolgen grundsätzlich als Fehlbetragsfinanzierung . Abweichungen sind nur möglich, wenn diese zum Zeitpunkt der Beschlussfassung festgelegt wurden.	Festlegungen, wie gefördert wird, damit diese nicht bei jedem Beschluss extra getroffen werden müssen.
	§ 51	neu	Zu Abrechnungszwecken müssen grundsätzlich die Originalbelege eingereicht werden. Ausnahmen können nur nach Absprache mit der Geschäftsführerin Finanzen festgelegt werden.	
	§ 52	neu	(1) Der FSR bestimmt aus seiner Mitte eine Finanzverantwortliche und eine Stellvertreterin. Vor der Wahl haben diese zu erklären, dass ihnen diese Finanzordnung und gegebenenfalls die jeweiligen Fachschaftsordnungen bekannt sind. (2) Die Finanzverantwortliche der Fachschaft ist für die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen	Einführung von FSR-Finanzverantwortlichen in Anlehnung an die Bestimmungen zur GF Finanzen;

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			<p>der Fachschaft verantwortlich. Sie soll an an Schulungen des StuRa zu Finanzen teilnehmen. In Abwesenheit der Finanzverantwortlichen übernimmt die Stellvertreterin die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten.</p> <p>(3) Sie ist alleinig zur Erteilung von finanzwirksamen Anordnungen, insbesondere Kassenanweisungen, befugt, nicht aber alleinig verfügungsberechtigt für die Konten der Fachschaft.</p> <p>(4) Hält die Finanzverantwortliche durch Auswirkungen eines Beschlusses des FSR die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Fachschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern ("Finanzerveto"). In diesem Falle muss der FSR über die Angelegenheit beraten. Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.</p>	
§ 8 Abs 2	§52 Abs 1	<p>(1)Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen Sockel- und einen Pro-Kopf-Betrag gemäß der Beitragsordnung.</p> <p>(2)Solange das Guthaben einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000 Euro als auch mehr als</p>	<p>Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen Sockelbeitrag in Höhe von 500,00 Euro pro Semester und einen Pro-Kopf-Beitrag von 0,90 Euro pro Mitglied der Fachschaft pro Semester auf.</p>	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden ihr keine Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester überwiesen. Diese Fachschaftsmittel verbleiben im Haushalt des Studentenrates.	(2) Solange das Bank- und Barvermögen einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000,00 Euro als auch mehr als das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden die Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester gemäß §57 einbehalten.	
§ 8 Abs 3		Für Rücklagen zur Finanzierung von Großprojekten welche ein Finanzvolumen von 3.500 Euro überschreiten gilt Abs. 2 S. 2 insoweit nicht. Die Mittel für derartige Projekte müssen auf separaten Konten ausgewiesen werden. Die Höhe der Rücklagen muss in einem angemessenen Verhältnis zum Finanzvolumen des Großprojektes stehen. Als angemessen ist dabei eine Deckung in Höhe von maximal 75 vom Hundert der zu erwartenden Kosten anzusehen. Großprojekte sind als solche dem GF Finanzen anzuzeigen.	1Für Rücklagen zur Finanzierung von Großprojekten , welche ein Finanzvolumen von 3.500,00 Euro überschreiten, gilt Abs. 2 insoweit nicht . Die Höhe der Rücklagen muss in einem angemessenen Verhältnis zum Finanzvolumen des Großprojekts stehen . Als angemessen gilt dabei eine Deckung in Höhe von maximal 75 von Hundert der zu erwartenden Kosten angesehen . Großprojekte sind als solche der Geschäftsführerin Finanzen anzuzeigen . Erfolgt keine Anzeige kann die Rücklagenbildung bei der Prüfung nach Abs. 2 nicht berücksichtigt werden.	
	§ 54	neu	(1) Die Auszahlung der Sockelbeiträge erfolgt zum Anfang des jeweiligen Semesters. Einen gesonderten Beschluss bedarf es nicht. Für Zeiträume mit vorläufiger Wirtschaftsführung	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			<p>nach § 17 wird die Zahlung der Sockelbeiträge zurückgestellt. Beim Ausbleiben der Meldung der Vermögenswerte nach § 55 Abs. 3 und 4 erfolgt solange keine Auszahlung des Sockelbeitrags bis die erforderlichen Angaben der Geschäftsführerin Finanzen übermittelt wurden.</p> <p>(2) Pro-Kopf-Beiträge werden von der Geschäftsführerin Finanzen nach erfolgreicher Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft ausgezahlt.</p>	
§ 16 Abs 1	§ 55 Abs 1	<p>Bei der Bewirtschaftung von Studentenschaftsmitteln durch die Fachschaften ist ein Nachweis zu führen, aus dem sich die Erträge und die Aufwendungen ergeben. Die Buchungen sind zu belegen, die einschlägigen Bestimmungen der Finanzordnung gelten entsprechend. Eine Kassenprüfung ist in der Satzung oder Finanzordnung einer Fachschaft vorzusehen. Am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbrauchte Mittel sind im folgenden Wirtschaftsjahr als Erträge zu verbuchen.</p>	<p>Bei der Bewirtschaftung von Studierendenschaftsmitteln durch die Fachschaften ist ein Nachweis zu führen, aus dem sich die Erträge und die Aufwendungen ergeben . Die Buchungen sind zu belegen, die einschlägigen Bestimmungen der Finanzordnung gelten entsprechend . Am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbrauchte Mittel sind im folgenden Wirtschaftsjahr als Erträge zu verbuchen.</p>	
§ 16 Abs 2	§ 55 Abs 2	<p>Existiert in einer Fachschaft kein Fachschaftsrat, so werden die Mittel der betreffenden Fachschaft behelfsweise vom</p>	<p>1Existiert in einer Fachschaft kein Fachschaftsrat, werden die Mittel der betreffenden Fachschaft von der StuRa-Geschäftsführung für die Dauer von</p>	

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>StuRa für die Dauer von zwei Semestern verwaltet. Diese Fachschaftsgelder sind unverzüglich weiterzuleiten, sobald die Gründung eines Fachschaftsrates erfolgt. Sollte sich nach Ablauf der Verwaltungsfrist kein FSR gebildet haben, so fließen diese Mittel der Studentenschaft zu.</p>	<p>längstens zwei Semestern verwaltet . Diese Fachschaftsgelder sind unverzüglich weiterzuleiten, sobald die Gründung eines Fachschaftsrates erfolgt . Sollte bis zum Ablauf der Frist kein Fachschaftsrat existieren, so werden die Mittel gemäß § 57 einbehalten.</p>	
§ 16 Abs 3	§ 55 Abs 3	<p>Jede Fachschaft muss jährlich zum 31. März für das vergangene Jahr dem StuRa einen Sachlagennachweis erbringen. Die Kassenbestände müssen ebenfalls jährlich zum 31. März dem StuRa gemeldet werden.</p>	<p>Jede Fachschaft muss jährlich zum 31. März für das vergangene Wirtschaftsjahr der Geschäftsführerin Finanzen einen Jahresabschluss und ggf. einen Sachlagennachweis erbringen.</p>	
§ 16 Abs 4	§ 55 Abs 4	<p>Innerhalb des Jahres prüft die Geschäftsführerin Finanzen mindestens einmal die Finanzen der einzelnen Fachschaften auf ihre Ordnungsmäßigkeit. Das Ergebnis der Prüfung ist zu vermerken. Die Auszahlung neuer Fachschaftsgelder erfolgt erst nach erfolgreicher Prüfung.</p>	<p>Die Kassen- und Kontostände der Fachschaften sind der Geschäftsführerin Finanzen zu Beginn eines Quartals unaufgefordert zu melden.</p>	
	§ 56	<p>neu</p>	<p>(1) Zum Zwecke der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft sind die Finanzunterlagen und die aktuellen Vermögenswerte der Geschäftsführerin Finanzen oder einer von ihr beauftragten Person auf Verlangen vorzulegen. Dabei ist je Fachschaft ein einjähriger Prüfzyklus anzustreben. (2) Für den Fall einer nicht erfolgreichen Prüfung</p>	<p>Festlegungen zu den Finanzprüfungen, auf die sich alle Beteiligten berufen können; Regelungen für das Einbahalten der Mittel bei Verstößen gegen die FO sowie eine Beschwerde-/Kontrollmöglichkeit im StuRa-Plenum</p>

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>kann die Auszahlung der Mittel nach § 54 Abs.2 solange zurückgestellt werden, bis die bei der Prüfung offenbaren Mängel durch die Fachschaft beseitigt wurden. Sofern dies nicht innerhalb von Monaten erfolgt ist können die Pro-Kopf-Beiträge gemäß § 57 Abs.2 einbehalten werden. Die Entscheidung trifft die Geschäftsführerin Finanzen. Das StuRa-Plenum ist über diese Entscheidung zu informieren.</p> <p>(3) Im Falle grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Finanzordnung kann ein sofortiger Einbehalt der Pro-Kopf-Beiträge und Sockelbeiträge durch die Geschäftsführerin Finanzen angeordnet werden. Dabei ist die individuelle wirtschaftliche Situation der Fachschaft zu berücksichtigen und die Entscheidung derart zu treffen, dass der Fachschaft weiterhin die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Entscheidung der Geschäftsführerin Finanzen ist schriftlich zu begründen. Die Entscheidung ist mitsamt der Begründung den Mitgliedern des StuRa-Plenums umgehend zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(4) Bei besonders schwerwiegenden oder</p>	
--	--	--	--

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

		<p>systematischen Verstößen gegen die Finanzordnung kann die Geschäftsführerin Finanzen anordnen, dass die Mittel der Fachschaft übergangsweise durch die Geschäftsführung verwaltet werden. Die Bestimmungen nach § 55 Abs. 2 gelten sinngemäß. Diese Anordnung ist schriftlich zu begründen und den Mitgliedern des StuRa-Plenums zur Verfügung zu stellen.</p> <p>(5) Für Maßnahmen gemäß der Abs. 2-4 kann ein gewähltes Mitglied des Fachschaftsrates beim StuRa-Plenum Widerspruch einlegen. Der Widerspruch ist zu begründen. Auf der nächsten Sitzung des StuRa-Plenums ist über den Widerspruch zu beraten. Dabei ist in jedem Fall die Geschäftsführerin Finanzen anzuhören. Auf ihr Verlangen kann die Entscheidung über den Widerspruch einmalig auf die nächste Sitzung des StuRa-Plenums vertagt werden. Beim Antrag auf Vertagung sind durch die Geschäftsführerin Finanzen Gründe für die Vertagung anzugeben. Die auf der nachfolgenden Sitzung des StuRa-Plenums getroffene Entscheidung ist bindend.</p> <p>(6) Darüber hinausgehende rechtliche Maßnahmen</p>	
--	--	---	--

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			bleiben von den Abs. 2-5 unberührt.	
	§ 57	neu	<p>(1) Einbehaltene Gelder können nur für die Fortbildung für und Unterstützung der Vernetzung von Fachschaften genutzt werden. Einer Änderung des Wirtschaftsplanes bedarf es nicht.</p> <p>(2) Sollen Ausgaben mit Mitteln aus dem zugehörigen Sachkonto des Wirtschaftsplans erfolgen, muss dies vor Beschlussfassung angekündigt werden.</p>	Wenn Fachschaftsgelder einbehalten werden, sollen diese nicht für „normale“ StuRaAusgaben verwendet werden, sondern den Fachschaften zugute kommen
	§ 58	neu	<p>(1) Die Höchstgrenze des Bargeldbestands für Fachschaften beträgt 250,00 Euro. Bei Nachweis geeigneter Verwahrungsmöglichkeiten kann die Höchstgrenze nach Genehmigung der Geschäftsführerin Finanzen auf 500,00 Euro erhöht werden.</p> <p>(2) Bei Überschreiten der Höchstgrenze ist der Bargeldbestand am nächsten Bankarbeitstag auf die Höchstgrenze zu reduzieren.</p>	
	§ 59	neu	<p>(1) Fachschaften dürfen Verbrauchsmaterialien i.H. v. 30,00 Euro pro Monat in Absprache mit der Finanzverantwortlichen der Fachschaft ohne Beschluss beschaffen.</p>	

Stand 27.10.2021

Synopsis zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

	§ 60	neu	<p>(1) Jedem Fachschaftsrat ist durch den StuRa ein Konto zur Verfügung zu stellen. Gegebenenfalls anfallende Gebühren für das Konto sind von der Fachschaft zu entrichten. Für regelmäßige Gebühren ist kein Beschluss des Fachschaftsrats erforderlich.</p> <p>(2) Vertretungsberechtigt für die Konten sind gemäß §6 in der Regel zwei Mitglieder der Geschäftsführung gemeinsam.</p> <p>(3) Der Fachschaftsrat bestimmt mindestens zwei seiner Mitglieder zu für das Konto verfügungsberechtigten Personen. Die Finanzverantwortliche ist in jedem Fall darunter. Die Entscheidung ist dem StuRa zu übermitteln und durch die vertretungsberechtigten Personen nach Abs. 2 zu bestätigen. Die Verfügungsberechtigung darf längstens für die Dauer der aktuellen FSR-Legislaturperiode erteilt werden und endet</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit der durch den FSR gesetzten Frist, 2. durch schriftlichen Widerruf durch den FSR, 3. durch eine neuerliche Bestimmung verfügungsberechtigter Personen durch den FSR, 	<p>In Anlehnung an § 6 soll für die Fachschaften eine ähnliche Regelung getroffen werden</p> <p>zu (4); damit die Kontobevollmächtigung Reibungslos klappt müssen einige Formalitäten eingehalten werden. Diese sollen von der GF Finanzen vor der Konstituierung der FSRe bekannt gegeben werden und sind dann von allen verbindlich einzuhalten</p>
--	------	-----	--	---

Stand 27.10.2021

Synopse zur Änderung der Finanzordnung - P2110280

			<ul style="list-style-type: none">4. durch Verzicht auf die Verfügungsberechtigung,5. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und durch Exmatrikulation oder6. Ende der Amtszeit des Mitglieds des FSR. <p>(4) Die Geschäftsführerin Finanzen veröffentlicht vor der Konstituierung der Fachschaftsräte einen aktuellen Leitfaden mit Bestimmungen zur Wahl von verfügbaren Personen durch den FSR. Die Bestimmungen dieses Leitfadens sind zwingend einzuhalten.</p>	
--	--	--	---	--

Stand 27.10.2021



Finanzordnung

des Studentenrates der Technischen Universität Dresden

Erstellt am 27. Oktober 2021.

Inhaltsverzeichnis				
§ 1	Übergeordnete Bestimmungen	3	§ 22 Verantwortlichkeit	6
§ 2	Anwendungsbereich	3	§ 23 Kassenverwalterin Buchhalterin	6
§ 3	Begriffsbestimmungen	3	§ 24 Kassenverwalterin	7
§ 4	Wahl	3	§ 25 Zahlungsverkehr	7
§ 5	Aufgaben	3	§ 26 Kassenführung	7
§ 6	Bevollmächtigung von Vertreterinnen	3	§ 27 Kassenanordnungen Zahlungsanweisungen	7
§ 7	Grundlagen	4	§ 28 Buchführung	7
§ 8	Beschlussfassung	4	§ 29 Anschaffung und Veräußerung von Eigentum	8
§ 9	Wirtschaftsjahr	4	§ 30 Abschreibung	8
§ 10	Veranschlagung der Erträge, Aufwendungen und Konten	4	§ 31 Inventarverzeichnis	8
§ 11	Verwendung der Einnahmemittel	5	§ 32 Rechnungslegung Jahresabschluss	8
§ 12	Deckungsfähige Konten	5	§ 33 Sicherung der wirtschaftlichen Verwahrung	9
§ 13	Nachtragswirtschaftsplan	5	§ 33 Begleichung von Rechnungen	9
§ 14	Veröffentlichung	5	§ 34 Angebotseinholung	9
§ 15	Inkrafttreten	5	§ 35 laufende Betriebsausgaben	9
§ 16	Bedeutung des Wirtschaftsplanes gegenüber Dritten	5	§ 36 Anmeldepflicht von Ausgaben	9
§ 17	Vorläufige Wirtschaftsführung	6	§ 37 Bürgschaften und Darlehen	9
§ 18	Rücklagen	6	§ 38 Längerfristige Verpflichtungen	9
§ 19	Außerplanmäßige Ausgaben	6	§ 39 Beitragspflichtige Mitgliedschaft	9
§ 20	Einhaltung des Wirtschaftsplanes	6	§ 40 Ausgaben von erheblicher Höhe	10
§ 21	Vorausleistungen	6	§ 41 Reisekosten	10
			§ 42 Bewirtungen	11
			§ 42 Allgemeines zu Aufwandsentschädigungen	11

§ 43 <u>AE-Berechtigte</u>	11	§ 51 <u>Abrechnung</u>	12
§ 44 <u>AE-Beantragung</u>	11	§ 52 <u>Finanzverantwortliche der Fachschaften</u>	12
§ 45 <u>Festlegung der AE Höhe</u>	11	§ 53 <u>Fachschaftsmittel</u>	13
§ 46 <u>Beschlussfassung über AE Anträge</u>	11	§ 54 <u>Auszahlung von Fachschaftsmitteln</u>	13
§ 47 <u>Rechnungsprüfung durch staatliche Stellen</u>	11	§ 55 <u>Verwaltung der Mittel durch Fachschaften</u>	13
§ 48 <u>Verfahren der Prüfung</u>	12	§ 56 <u>Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaften</u>	13
§ 49 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses	12	§ 57 <u>Verwendung einbehaltener Fachschaftsmittel</u>	14
§ 49 Jahresabschlussprüfung	12	§ 58 <u>Bargeldbestand</u>	14
§ 49 Studentische Projekte <u>Projektförderung</u>	12	§ 59 <u>Verbrauchsmaterialien für Fachschaften</u>	14
§ 50 <u>Förderungsart</u>	12	§ 60 <u>Kontoführung</u>	14

1. **Abschnitt** Allgemeines
2. **Abschnitt** Geschäftsführerin Finanzen
3. **Abschnitt** Der Wirtschaftsplan
4. **Abschnitt** Kassenwesen
5. **Abschnitt** Bewilligung von Zahlungen
6. **Abschnitt** Aufwandsentschädigungen
7. **Abschnitt** Prüfungswesen
8. **Abschnitt** Verwaltung der Mittel der Fachschaften

1. Allgemeines

§ 1 Übergeordnete Bestimmungen

- (1) ¹Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft sind die Sächsische Haushaltsordnung (SäHO) und das Sächsische Hochschulgesetz (Hochschul"freiheits"gesetz (SächsHSFG)) maßgebend.
- (2) ¹Für alle Fälle, in denen diese Ordnung keine Regelungen trifft, sind die in Abs. 1 genannten Bestimmungen anzuwenden.

§ 2 Anwendungsbereich

- (1) ¹Diese Finanzordnung findet für die gesamte verfasste Studierendenschaft Anwendung.

§ 3 Begriffsbestimmungen

- (1) ¹Im Folgenden wird mit dem Begriff StuRa-Plenum bzw. Plenum der Studentenrat nach § 25 Abs. 1 SächsHSFG bezeichnet. ²Mit Studierenderrat (StuRa) wird jeweils die Gesamtheit aller Organe nach § 5 Abs. 1 sowie die Referate nach § 5 Abs. 3 Punkt 1 der Grundordnung der Studierendenschaft bezeichnet.

2. Geschäftsführerin Finanzen

§ 4 Wahl

- (1) ¹Ein Mitglied des ~~Studentenrates~~ wird vom StuRa StuRa-Plenums wird von diesem zur Geschäftsführerin Finanzen gewählt.
- (2) ¹Vor der Wahl hat die Geschäftsführerin Finanzen dem ~~StuRa~~ StuRa-Plenum zu erklären, dass ihr diese Finanzordnung bekannt ist, das SächsHSFG und die SäHO bekannt sind.

§ 5 Aufgaben

- (1) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen ist für die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen bei der Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft verantwortlich.
- (2) ¹Sie ist alleinig zur Erteilung von finanzwirksamen Anordnungen, insbesondere Kassenanweisungen, befugt, nicht aber alleinig zeichnungsberechtigt für die Konten der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft.
- (3) ¹Hält die Geschäftsführerin Finanzen durch Auswirkungen eines Beschlusses des StuRa die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern ("Finanzveto"). ²In diesem Falle muss ~~der StuRa~~ erneut das StuRa-Plenum über die Angelegenheit beraten. ³Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.
- (4) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen ist berechtigt, jederzeit die Kassen und Finanzbücher der Einrichtungen zu prüfen, ~~an die Mittel der Studentenschaft weitergeleitet werden~~ die in den Anwendungsbereich der Finanzordnung fallen; dies trifft insbesondere auf die Fachschaften zu. ²Die Prüfungen können unangemeldet und ohne Vorliegen von Gründen erfolgen. ³Sie kann bei Mängeln in der grundordnungsbzw. ordnungsgemäßen Kassen- und Buchführung deren Berichtigung verlangen und, sollte diese nicht erfolgen, weitere Zahlungen zurückhalten. ⁴~~Der StuRa~~ Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.
- (5) ¹Einmal pro Semester soll durch die Geschäftsführerin Finanzen eine Schulung für die Fachschaften erfolgen. ²Die für die Finanzen verantwortlichen Mitglieder der Fachschaftsräte sollen daran teilnehmen.

§ 6 Bevollmächtigung von Vertreterinnen

- (1) ¹~~Die~~ Das StuRa-Plenum wählt auf Vorschlag der Geschäftsführerin ~~Finanzen~~ Finanzen eine Vertreterin, welche während der Abwesenheit dieser die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten übernimmt. ²Die Zeiten der Vertretung sind zu protokollieren.
- (2) ¹Das StuRa-Plenum bevollmächtigt schriftlich, in Abstimmung mit den anderen Geschäftsführerinnen des StuRa, je zwei erste und zwei zweite auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen für die Dauer eines Wirtschaftsjahres neben der Geschäftsführerin Finanzen und ihrer Stellvertreterin in der Regel ein weiteres Mitglieder der Geschäftsführung als weitere Unterschriftsberechtigte für die Konten der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft.
- (3) ¹Die Bevollmächtigung für die Konten der Studierendenschaft endet

1. mit der ~~von der Geschäftsführerin Finanzen bei Beschlussfassung~~ gesetzten Frist,
2. durch ~~schriftlichen Widerruf der Geschäftsführerin Finanzen~~ erneute ~~Beschlussfassung des StuRa-Plenums~~,
3. durch Verzicht auf die Bevollmächtigung,
4. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und, bei Studentinnen, durch Exmatrikulation der Bevollmächtigten,
5. mit dem Beginn der Amtszeit einer neuen Geschäftsführerin Finanzen.

²Hierüber sind unmittelbar und nachweisbar die kon-
toführenden Geldinstitute zu informieren.

(4) ¹Die Bevollmächtigten sind verantwortlich für alle
Handlungen, die sie in Vertretung der Geschäftsfüh-
rerin Finanzen ausüben.

(5) ¹Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens
der Geschäftsführerin Finanzen übernimmt die
Vertreterin kommissarisch die Amtsführung. ²Das
StuRa-Plenum muss darüber umgehend informiert
werden und sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem
Sachverhalt befassen. ³Dabei kann das StuRa-Plenum
gegebenenfalls eine andere Geschäftsführerin mit
der kommissarischen Amtsführung beauftragen. ⁴Die
beauftragte Person muss dem zustimmen.

3. Wirtschaftsplan

§7 Grundlagen

(1) ¹Der Wirtschaftsplan und dessen Nachträge wer-
den unter Berücksichtigung des zur Erfüllung der Auf-
gaben notwendigen Bedarfs durch die Geschäftsfüh-
rerin Finanzen für ein Wirtschaftsjahr aufgestellt
und durch ~~den StuRa-~~ das StuRa-Plenum beschlossen. ²Er
bildet die Grundlage der Verwaltung aller Erträge und
Aufwendungen.

(2) ¹Der Wirtschaftsplan gliedert sich in einen
Erfolgsplan und einen Finanzplan und zeigt die
Entwicklung des Vermögens der Studentenschaft
Studierendenschaft auf. ²Der sich aus dem Erfolgsplan
ergebende Überschuss/Fehlbetrag ist in den Finanz-
plan zu übernehmen.

(3) ¹Erträge und Aufwendungen sind getrennt von-
einander in voller Höhe zu veranschlagen. ²Es dürfen
keine Erträge von Aufwendungen oder Aufwendungen
von Erträgen vorweg abgezogen werden.

(4) ¹Für den gleichen Einzelzweck dürfen Gelder nicht
an verschiedenen Stellen des Wirtschaftsplanes veran-
schlagt werden.

(5) ¹Der Wirtschaftsplan hat in Erträge-Erträgen und
Aufwendungen ausgeglichen zu sein.

§8 Beschlussfassung

(1) ¹Der Wirtschaftsplan wird mit einfacher Mehrheit
beschlossen.

(2) ¹Im Vorfeld der Beschlussfassung werden
zwei Beratungen durchgeführt. ²Diese sind
auf unterschiedlichen ordentlichen Sitzungen
durchzuführen.

§9 Wirtschaftsjahr

(1) ¹Das Wirtschaftsjahr beginnt in Abweichung von
§4 SÄHO mit dem Sommersemester und endet mit Ab-
lauf des darauffolgenden Wintersemesters.

§10 Veranschlagung der Erträge, Aufwendungen und Konten

(1) ¹Der Wirtschaftsplan besteht aus Ertrags- und
Aufwendungskonten mit jeweils fester Zweckbestim-
mung. ²Die Erträge sind nach dem Entstehungs-
grund, die Aufwendungen nach ~~Zwecken-Referaten~~
bzw. Kostenstellen getrennt zuzuordnen und, soweit
erforderlich, zu erläutern. ³Die Zuordnung ist so vor-
zunehmen, dass aus dem Wirtschaftsplan die Erfüllung
der Aufgaben der Studentenschaft Studierendenschaft
erkennbar ist. ⁴In dem Wirtschaftsplan sind mindes-
tens darzustellen:

- Erträge aus ~~Studentenbeiträgen, Studierendenbeiträgen,~~
- wirtschaftlicher Tätigkeit,
- Entnahme aus Rücklagen,
- Überschuss des abgelaufenen Wirtschaftsjahres
und Aufwendungen für Personal,
- laufende Betriebsausgaben,
- Abschreibungen des Anlagevermögens,
- Büro- und Verbrauchsmaterial,
- Post und Kommunikation, ~~Fahrtkosten,-~~
- Reisekosten,
- Rücklagenzuführung, ~~wirtschaftliche Betätigung,~~
- Zuwendungen an Fachschaften und andere Stel-
len,
- Budgets der einzelnen Referate, ~~Projekte,-~~
- Förderung studentischer Projekte sowie
- der Fehlbetrag des abgelaufenen Wirtschaftsjah-
res. ~~5.~~

⁶Stellen für Angestellte und deren Aufwendungen sind detailliert auszuweisen.

(2) ¹Die Konten sind mit einem Ansatzbetrag auszubringen. ²Die Ansätze sind in ihrer voraussichtlichen Höhe zu bestimmen. ³Hierzu erstellen die einzelnen Referate und Arbeitsgemeinschaften eine Übersicht der geplanten Projekte und den voraussichtlichen Kosten und leiten diese an die Geschäftsführerin Finanzen weiter.

(3) ¹Der Titel Aufwandsentschädigungen ~~muss mindestens nach Aufwandsentschädigungen für die Geschäftsbereiche~~ soll entsprechend den einzelnen Geschäftsbereichen aufgliedert werden.

~~Die zur Zahlung von Aufwandsentschädigungen erforderliche Summe ist im Wirtschaftsplan zu veranschlagen und als solche zu kennzeichnen.~~

§ 11 Verwendung der Einnahmemittel

(1) ¹Mittel, welche für andere Institutionen als die ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft, ausgewiesen sind (Durchlaufposten), sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite in gleicher Höhe zu veranschlagen.

(2) ~~¹Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen Sockel und einen Pro-Kopf-Betrag gemäß der Beitragsordnung. ²Solange das Guthaben einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000 Euro als auch mehr als das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden ihr keine Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester überwiesen. ³Diese Fachschaftsmittel verbleiben im Haushalt des Studentenrates.~~

~~Für Rücklagen zur Finanzierung von Großprojekten welche ein Finanzvolumen von 3.500 Euro überschreiten gilt Mittel der Fachschaften sind nach § 53 Abs. 2 S. 2 insoweit nicht. ⁴Die Mittel für derartige Projekte müssen auf separaten Konten ausgewiesen werden. ⁵Die Höhe der Rücklagen muss in einem angemessenen Verhältnis zum Finanzvolumen des Großprojektes stehen. ⁶Als angemessen ist dabei eine Deckung in Höhe von maximal 75 vom Hundert der zu erwartenden Kosten anzusehen. ⁷Großprojekte sind als solche dem GF Finanzen anzuzeigen. ¹einzuplanen.~~

(3) ¹Alle übrigen Einnahmen sind, soweit nicht anderweitig zweckbestimmt, grundsätzlich zur Deckung der Ausgaben des StuRa vorzusehen.

§ 12 Deckungsfähige Konten

(1) ~~¹Ist eine genaue Veranschlagung in Konten ähnlicher Zweckbestimmung zum Zeitpunkt der Feststellung des Wirtschaftsplanes noch nicht überschaubar, so können diese Konten als Konten sind ein- oder gegenseitig deckungsfähig ausgewiesen~~

~~werden. ²Dies hat im Wirtschaftsplan durch ausdrücklichen Vermerk zu geschehen. ³Konten, die nicht deckungsfähig sind, müssen im Wirtschaftsplan ausdrücklich gekennzeichnet werden.~~

(2) ¹Die Konten für Aufwandsentschädigungen können grundsätzlich nur andere Aufwandsentschädigungskonten decken.

(3) ¹Die Deckungssumme darf nicht mehr als 25 % des jeweiligen Kontos betragen.

§ 13 Nachtragswirtschaftsplan

(1) ¹Die Änderung eines vom ~~StuRa~~ StuRa-Plenum bereits rechtskräftig beschlossenen Wirtschaftsplanes ist nur durch einen Nachtragswirtschaftsplan möglich. ²Bei dessen Aufstellung und Beschluss finden dieselben Bestimmungen Anwendung wie für die Aufstellung des Wirtschaftsplanes.

§ 14 Veröffentlichung

(1) ¹Der beschlossene Wirtschaftsplan ist der Universitätsleitung ~~zur Kenntnis zu bringen nach § 29 Abs. 3 Satz 6 SächsHSFG~~ vorzulegen.

(2) ¹Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich nach Beschlussfassung zu veröffentlichen.

§ 15 Inkrafttreten

(1) ¹Der Wirtschaftsplan tritt am Tage nach seiner Bekanntmachung, frühestens jedoch mit Beginn des ~~Wirtschaftsjahres~~ Haushaltsjahres, für das der Wirtschaftsplan aufgestellt worden ist, in Kraft.

§ 16 Bedeutung des Wirtschaftsplanes gegenüber Dritten

(1) ¹Durch den Wirtschaftsplan werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten gegenüber Dritten weder begründet, noch aufgehoben.

§ 17 Vorläufige Wirtschaftsführung

(1) ¹Grundlage für die Wirtschaftsführung vor Inkrafttreten des Wirtschaftsplanes sind die Ansätze des Vorjahres, von diesen darf für jeden Monat ein Zwölftel in Anspruch genommen werden.

(2) ¹Sieht der Entwurf des ~~Wirtschaftsplanes~~ Wirtschaftsplan niedrigere Ansätze gegenüber dem Vorjahr vor, so ist bei der vorläufigen Wirtschaftsführung von diesen auszugehen.

(3) ¹Neue Konten dürfen erst nach Inkrafttreten des Wirtschaftsplanes in Anspruch genommen werden.

~~(4) ¹Liegt drei Monate nach Beginn des Haushaltsjahres kein Wirtschaftsplan vor, kann die Geschäftsführerin Finanzen in Absprache mit der Geschäftsführung nach § 41 SÄHO eine Haushaltssperre verhängen.~~

~~(5) ¹Für Beschlüsse zu Ausgaben, deren Abrechnung absehbar erst im neuen Wirtschaftsjahr erfolgt, gelten die Bestimmungen von Abs. 1 und 2 entsprechend, sofern noch kein Wirtschaftsplan für das betreffende Wirtschaftsjahr beschlossen wurde.~~

§ 18 Rücklagen

(1) ¹Im Wirtschaftsplan werden Rücklagen vorgesehen.

(2) ¹Die Höhe ~~sollte 20~~ soll mindestens 50 % ~~des Gesamtkapitals des StuRa nicht überschreitender laufenden Kosten des StuRa betragen.~~

(3) ¹Die Entwicklung der Rücklagen ist im ~~Geschäftsbericht als Anlage zur Bilanz Jahresabschlussbericht~~ zu begründen.

4. Kassenwesen

§ 19 Außerplanmäßige Ausgaben

(1) ¹Außerplanmäßige Aufwendungen, die über den Ansatz eines Kontos hinausgehen oder unter keine Zweckbestimmung des Wirtschaftsplanes fallen, dürfen erst geleistet werden, wenn ein entsprechender Nachtrag zum Wirtschaftsplan in Kraft getreten ist. ²Dies gilt nicht für unabweisbare Aufwendungen, insbesondere für Aufwendungen, die zur sparsamen Fortführung der Verwaltung erforderlich sind, sofern Mehraufwendungen an anderer Stelle des Wirtschaftsplanes eingespart werden. ³Die Geschäftsführerin hat dem ~~StuRa~~ StuRa-Plenum hiervon unverzüglich Kenntnis zu geben. ⁴Bei der Aufstellung eines Nachtragswirtschaftsplanes haben diese Aufwendungen Vorrang.

§ 20 Einhaltung des Wirtschaftsplanes

(1) ¹Aufwendungen sind nur in Übereinstimmung mit der Zweckbindung der Konten auszugeben. ²Ist die Zuordnung von Aufwendungen zweifelhaft, so hat die Verbuchung in einem der sich anbietenden Konten zu erfolgen. ³Eine Verbuchung unter verschiedenen Konten ist unzulässig.

§ 21 Vorausleistungen

(1) ¹Leistungen der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart werden, sofern dies im allgemeinen Geschäftsverkehr üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist.

§ 22 Verantwortlichkeit

(1) ¹Für das ordnungsgemäße Kassenwesen ~~des StuRa~~ der Studierendenschaft ist die Geschäftsführerin Finanzen verantwortlich.

§ 23 Kassenverwalterin Buchhalterin

~~(1) ¹Der StuRa ernannt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. ²Das StuRa-Plenum ernannt eine Buchhalterin.~~ Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des ~~StuRa~~ StuRa-Plenums sein.

(2) ¹Die ~~Kassenverwalterin~~ Buchhalterin hat folgende Aufgaben:

1. Vornahme von Buchungen und Sammlung der Belege,
2. Verwaltung der Konten,
3. ~~Entgegennahme und Auszahlung von Bargeld,~~
4. ~~Verwahrung der Bargeldbestände, Wertvordrucke und gegenstände,~~
5. Erstellung von Jahresabschluss und Übersichten sowie
6. Vorlage einer nach dem Wirtschaftsplan gegliederten Übersicht über die Erträge und Aufwendungen eines jeden Monats für die Geschäftsführerin Finanzen.

(3) ¹Die ~~Kassenverwalterin~~ Buchhalterin ~~ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.~~

§ 24 Kassenverwalterin

(1) Das StuRa-Plenum ernennt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung dieser Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse der Buchhaltung und Finanzwirtschaft nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.

(2) Die Kassenverwalterin hat folgende Aufgaben:

1. Entgegennahme und Auszahlung von Bargeld.
2. Verwahrung der Bargeldbestände, Wertvordrucke und -gegenstände.

(3) Die Kassenverwalterin ist nicht berechtigt, ohne ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen Auskünfte an Dritte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen.

§ 25 Zahlungsverkehr

(1) ¹Der Zahlungsverkehr wird bar oder über die Konten des StuRa abgewickelt.

~~²Der Bargeldbestand soll höchstens 1000 Euro betragen. ³Bei Überschreitung dieser Summe ist spätestens am nächsten Werktag auf die Konten des StuRa einzuzahlen. ⁴Barbestände sind in Geldkassetten und im Stahlschrank sicher aufzubewahren. ⁵Für die Fachschaftsräte bleibt die Höchstgrenze des maximalen Bargeldbestandes bei 500 Euro. ⁶Bei Nachweis geeigneter Verwahrungsmöglichkeiten kann die Höchstgrenze auch für einen Fachschaftsrat nach Genehmigung und durch Beschluss der GF auf 1000 Euro erhöht werden. Näheres regelt eine Kassenrichtlinie.~~

(2) ¹Überweisungsaufträge, Scheckhefte, Kontenkarten sind gleichfalls von der Kassenverwalterin sicher unter Verschluss zu halten.

(3) ¹Die Kassenverwalterin hat den Kontenstand mindestens einmal monatlich zu ermitteln und dem Sollbestand gegenüberzustellen. ²Es ist sichtbar zu machen, wie sich der Finanz-Istbestand aus Bargeld und Kontenguthaben zusammensetzt.

(4) ¹Belege, Kassenbücher und Kontoauszüge sind nach Abschluss des Wirtschaftsjahres nach den gesetzlichen Bestimmungen aufzubewahren.

§ 26 Kassenführung

(1) ¹Auszahlungen dürfen nur von der Kassenverwalterin und nur auf Grund schriftlicher Anordnungen veranlasst werden.

(2) ¹Über jede Bareinzahlung ist der Einzahlerin eine Quittung zu erteilen, soweit der Zahlungsnachweis

nicht in anderer Form sichergestellt ist. ²Über jede Barauszahlung ist von dem Empfänger eine Quittung zu verlangen.

(3) ¹Bestimmungen zur Kassenprüfung regelt die Kassenrichtlinie.

§ 27 Kassenanordnungen Zahlungsanweisungen

(1) ¹Die eine Einnahme oder Ausgabe begründenden Teile einer Kassenanordnung bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. ²Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt der Antragsstellerin bzw. einer bevollmächtigten Person, die der rechnerischen Richtigkeit einer zu bevollmächtigenden Angestellten.

(2) ¹Kassenanordnungen sind von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterzeichnen. ²Mit der Unterzeichnung übernimmt die Geschäftsführerin Finanzen die Verantwortung dafür, dass

1. keine offensichtlich erkennbaren Fehler in der Kassenanordnung enthalten sind,
2. die sachliche und rechnerische Richtigkeit der in der Kassenanordnung enthaltenen Angaben bescheinigt worden sind,
3. das Konto richtig bezeichnet wurde,
4. Ausgabemittel in der vorgegebenen Höhe zur Verfügung stehen.

³Die Kassenanordnung muss gegebenenfalls im Zusammenhang mit den beigefügten Unterlagen Zweck und Anlass der Zahlung begründen und eine Prüfung ohne Rückfragen ermöglichen.

~~(3) ¹Die eine Einnahme oder Ausgabe begründenden Teile einer Kassenanordnung bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. ²Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt einer Geschäftsführerin, die der rechnerischen Richtigkeit einer zu bevollmächtigenden Angestellten.~~

§ 28 Buchführung

(1) ¹Über die Zahlungen ist sowohl nach der Zeitfolge als auch nach der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kontenordnung Buch zu führen. ²Die Buchführung erfolgt nach kaufmännischen den Grundsätzen und in Anlehnung an den DATEV-Kontenrahmenplan SKR der ordnungsgemäßen Buchführung. ³Zahlungen sind für das Wirtschaftsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen oder geleistet worden sind.

(2) ¹Es ist eine doppelte Buchführung zu sichern, die aus Grund- und Hauptbuch besteht. ²Der Kontenplan ergibt sich aus dem abgeleiteten Kontenrahmenplan

i. V. m. dem Wirtschaftsplan; die Konten sind zum Ende des Wirtschaftsjahres zur Jahresabschlussrechnung abzuschließen.

§ 29 Anschaffung und Veräußerung von Eigentum

(1) ¹Vor der Anschaffung von Gegenständen sind die allgemeinen Vergaberichtlinien zu beachten. ²Die Auswahl hat mit Begründung aktenkundig zu erfolgen.

(2) ¹Gegenstände, die sich im Eigentum der ~~Studentenschaft~~ Studierendenschaft befinden und noch einen Restwert besitzen, dürfen nur auf Beschluss des ~~StuRa~~ und zum tatsächlichen Wert StuRa-Plenums veräußert werden. ²Hierbei sind Angebote von Kaufinteressentinnen einzuholen. Gegenstände, die abgeschrieben sind, dürfen ~~zum tatsächlichen Wert~~ von der Geschäftsführung veräußert werden. ³Aussonderungen sind dem ~~StuRa vier Vorlesungswochen vorher~~ StuRa-Plenum auf der nächsten ordentlichen Sitzung anzuzeigen. ⁴Veräußerte Gegenstände müssen aus dem Inventarverzeichnis entfernt und aktenkundig begründet werden. ⁵Die einzelnen Fachschaften entscheiden selbst in kompetenter und angemessener Form über die Veräußerung ihrer Sachmittel.

(3) ¹Von diesen Bestimmungen kann bei laufenden Geschäften oder geringem finanziellen Umfang abgewichen werden.

§ 30 Abschreibung

(1) ~~Für aus Studentenschaftsmitteln angeschaffte~~ Angeschaffte Vermögensgegenstände, ~~die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören, ist ein Konto zu führen.~~ ²Entsprechend der zu erwartenden Nutzungsdauer und den amtlichen AfA-Tabellen folgend sind die Vermögensgegenstände linear abzuschreiben, bis der Buchwert Null erreicht ist, sind gesondert zu erfassen. ³Dies gilt nicht für Verbrauchsmaterialien.

(2) ¹Wertgrenzen und Abschreibungsregelungen richten sich nach der TU Dresden und deren Anwendung der derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen.

(3) ¹Die Sammlung der Abschreibungsbeträge ist als liquider Bestand in der Vermögensübersicht (Anlage zum Wirtschaftsplan) darzustellen. Alle aktivierten Wirtschaftsgüter müssen abgeschrieben werden. ²Es verbleibt ein Buchwert von 1,00 Euro als Erinnerungswert.

§ 31 Inventarverzeichnis

(1) ¹Die ~~Kassenverwalterin~~ Buchhalterin hat ein Inventarverzeichnis zu führen. ²Darin sind alle Vermögensgegenstände aufzuführen, deren Anschaffungswert

~~150100,00~~ Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt und die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören.

(2) ¹~~Rechnungen aller inventarisierten Gegenstände sind in der Reihenfolge der Anschaffung zu nummerieren und zu~~ Für alle aktivierten Wirtschaftsgüter sind die Anschaffungsrechnungen zu archivieren.

(3) ¹Die Entfernung eines beim StuRa inventarisierten Gegenstandes ist nach den gesetzlichen Regelungen aktenkundig zu begründen. ²Bei defekten Geräten ist ein Verschrottungsprotokoll zu erstellen.

(4) ¹Im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung ~~und vor Übergabe der Geschäfte der Geschäftsführerin~~ Finanzen an eine Nachfolgerin ist entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Inventar zu überprüfen, eine Liste eventuell abhanden gekommener Vermögensteile ist zu erstellen und von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterschreiben. ²Der StuRa-Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.

(5) ¹Die Inventur ist aktenkundig festzuhalten.

§ 32 Rechnungslegung Jahresabschluss

(1) ¹Unverzüglich ~~zum~~ nach Ende des Wirtschaftsjahres stellt die ~~Kassenverwalterin~~ Buchhalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie Geschäftsbericht auf.

(2) ¹Alle Erträge und Aufwendungen des abgeschlossenen Wirtschaftsjahres sind im Rechnungsergebnis auszuweisen. ²Der sich ergebende Überschuss bzw. Fehlbetrag ist zu kennzeichnen.

(3) ¹~~Vereinnahmte Beträge, die zurückgezahlt werden müssen, sind als Verbindlichkeiten auszuweisen; verausgabte Beträge, die zur Rückzahlung offen stehen, sind als Forderungen zu erfassen.~~ Forderungen und Verbindlichkeiten sind auszuweisen.

(4) ¹Dem ~~Rechnungsergebnis~~ sind beizufügen: Jahresabschluss ist ein Nachweis über ~~im Wirtschaftsplan nicht vorgesehene Einnahmen~~ nicht im Wirtschaftsplan ausgewiesene Einnahmen beizufügen, insbesondere solche aus der Veräußerung von Sachen oder Rechten der ~~Studentenschaft~~ Studentenschaft sowie eine Vermögensübersicht der ~~Gliederung nach § 266 HGB~~ Studierendenschaft.

(5) ¹Das ~~Rechnungsergebnis~~ Ergebnis des Jahresabschlusses ist den Prüfern gemäß § 4247 Abs. 1 unverzüglich zuzuleiten. ²Sollten ~~aus dem Rechnungsergebnis~~ Verstöße gegen die Finanzordnung oder übergeordnete Bestimmungen sichtbar werden, so ist ~~der StuRa~~ das StuRa-Plenum hierüber zu informieren.

§ 33 Sicherung der wirtschaftlichen Verwahrung

~~Der für Aufwendungen nicht erforderliche Finanzbestand ist so anzulegen, dass ein Verlust ausgeschlossen ist und im Bedarfsfall jederzeit über die Guthaben der Studentenschaft verfügt werden kann.~~

~~Zur Vermeidung einer Verminderung der Guthaben durch die Geldentwertung sind längerfristig nicht benötigte Geldmittel entsprechend anzulegen. ¹Eine Anlage in risikobehaftete Wertpapiere o.ä. ist unzulässig.~~

§ 33 Begleichung von Rechnungen

(1) ¹Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu Lasten der Studierendenschaft sind unverzüglich nach Erhalt persönlich bei der Buchhalterin einzureichen.

(2) ¹Vor der Begleichung sind Rechnungen nach § 27 Abs. 2 durch die Geschäftsführerin Finanzen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. ²Lieferscheine und Auftragsbestätigungen sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.

~~(3) ¹Rechnungen sind nicht vor Zahlungsziel zu begleichen. ²Skontofristen sind dabei jedoch zu beachten. Angebotene Skonti sind in Anspruch zu nehmen.~~

5. Bewilligung von Zahlungen

§ 34 Angebotseinholung

(1) ¹Für Ausgaben, die 100,00 Euro überschreiten, sind mindestens drei vergleichbare Angebote einzuholen.

§ 35 laufende Betriebsausgaben

(1) ¹Ausgaben für laufende Betriebsausgaben, Büro- und Verbrauchsmaterial, Post und Kommunikation benötigen keinen Beschluss des StuRa.

²Eine Anmeldung nach § 36 Abs. 1 ist dennoch vorzunehmen.

§ 36 Anmeldepflicht von Ausgaben

(1) ¹Ausgaben sowie Aufträge im Namen und auf Rechnung der Studentenschaft Studierendenschaft bedürfen der Anmeldung vorherigen Anzeige bei der Geschäftsführerin Finanzen, soweit sie nicht durch sie selbst angeordnet wurden.

(2) ¹Sieht die Geschäftsführerin Finanzen angezeigte Ausgaben als nicht notwendig oder mit den Aufgaben der Studentenschaft nicht vereinbar an, so kann sie im Einvernehmen mit den anderen Geschäftsführerinnen des StuRa die Unterlassung verlangen. ²Eine solche Entscheidung ist zu begründen. Ausgaben gelten als angezeigt, wenn das zugehörige Finanzantragsformular vollständig eingereicht wurde. ³Abweichend hiervon können Ausgaben nach § 35 formlos angezeigt werden.

(3) ¹Werden Ausgaben nicht binnen ~~vier~~ drei Monaten nach ihrer Anzeige bzw. dem für den Antragsgegenstand relevanten Datum getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. ²Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.

(4) ¹Finanzanträge sind binnen drei Monaten nach Abschluss der für den Antrag relevanten Termine abzurechnen.

§ 37 Bürgschaften und Darlehen

(1) ¹Bürgschaften und Garantien in Verträgen ~~dürfen~~ sollen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden. ²Ausnahmen regelt die Finanzierungsrichtlinie.

~~Der StuRa kann abweichend hiervon zur Abwendung einer Mitgliedern der Studentenschaft drohenden Notlage die Übernahme einer Bürgschaft mit der Mehrheit seiner Mitglieder beschließen.~~

§ 38 Längerfristige Verpflichtungen

(1) ¹Maßnahmen, die die Studentenschaft Studierendenschaft zu Ausgaben in künftigen Wirtschaftsjahren verpflichten können, sind nur zulässig, wenn ~~der StuRa~~ das StuRa-Plenum dies mit $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beschließt. ²Dies gilt nicht für die laufenden Geschäfte oder für Verpflichtungen deren finanzielle Auswirkungen gering sind.

§ 39 Beitragspflichtige Mitgliedschaft

(1) ¹Eine Mitgliedschaft der Studentenschaft Studierendenschaft in einem Verein oder einer anderen Institution, die zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet, ist nur zulässig, wenn ~~der StuRa~~ das StuRa-Plenum mit der Mehrheit seiner Mitglieder zustimmt oder der Beitrag 150,00 Euro jährlich nicht übersteigt.

(2) ¹Unzulässig ist eine Mitgliedschaft in Vereinen oder Institutionen, deren Ziele den satzungsmäßigen Aufgaben der Studentenschaft Studierendenschaft entgegenstehen.

§ 40 Ausgaben von erheblicher Höhe

(1) ¹Angelegenheiten von erheblicher finanzieller oder grundsätzlicher Bedeutung sowie über- und außertarifliche Leistungen und Verfügungen über das Vermögen bedürfen ~~-, soweit nicht bereits im Wirtschaftsplan so vorgesehen,~~ der Zustimmung des StuRa-Plenums mit Mehrheit der Mitglieder.

§ 41 Reisekosten

(1) ¹Reisekosten können erstattet werden ~~-, wenn ein nachweisbarer Nutzen für die studentische Selbstverwaltung oder die Studentenschaft aus der Reise erwächst.-~~

(2) ¹Die Reise beginnt und endet an der Wohnung des Studienortes. ²Muss die Reise an einer anderen Stelle angetreten oder beendet werden, kann diese an die Stelle der Wohnung treten.-

(3) ¹Reisekosten sind binnen zwei Wochen nach Beendigung der Reise bei der Kassenwartin abzurechnen. ²Grundlage für die Rückerstattung von Auslagen (z. B. Fahrkarten, Übernachtungsrechnungen, Teilnehmergebühren) sind die Originalbelege.-

(2) ¹Bevorzugt sollen öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden.

(3) ¹Soweit Beförderungsmittel nicht mit dem Semesterticket oder sonstigen Freifahrtberechtigungen benutzt werden können, werden für Fahrten, die mit regelmäßig verkehrenden Beförderungsmitteln erfolgen, grundsätzlich maximal die Kosten der günstigsten benutzbaren Fahrkarte erstattet. ²Fahrscheine sind nach Möglichkeit so zeitig zu beschaffen, dass Frühbucherrinnenrabatte in Anspruch genommen werden können. Mitfahrerrinnenrabatte sind zu nutzen.

(4) ¹Bei Fahrten mit der Bahn, deren Ziel außerhalb des Freistaates Sachsen liegt, können bei Nutzung von Zügen der DB-AG auch Züge des Fernverkehrs genutzt werden. ²Bei Fahrten die innerhalb des Freistaates Sachsen, des Freistaates Thüringen und des Landes Sachsen-Anhalt enden, sind, soweit möglich, Sonderangebote des Nahverkehrs zu berücksichtigen. ³Bei Nachtfahrten werden die Kosten für den Liegewagen erstattet, wenn die Fahrt vor 23.00 Uhr angetreten und nach 4.00 Uhr beendet wurde.

(5) ¹Der StuRa kann die Kosten eines gültigen Ermäßigungsausweises (z. B. Bahn-Card) rückwirkend übernehmen, wenn durch dessen Gebrauch die Ersparnis an Reisekosten den Anschaffungspreis übersteigt. ²Dabei werden alle entsprechenden Fahrten berücksichtigt, die seit der ersten Fahrt für den StuRa bzw. seit dem mit Ablauf des letzten durch den StuRa bezahlten Ermäßigungsausweises angefallen sind. ³Der Antrag auf Erstattung eines Ermäßigungsausweises muss bis spätestens einen Monat nach Ablauf desselben gestellt worden sein.

(6) ¹Bei Benutzung privater KFZs erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,22 Euro/km (~~+ 0,02 Euro/km für jede mitgenommene Person~~); jedoch nicht mehr als der günstigste Fahrschein (bei DB-AG Normalpreis Produktklasse C auf kürzester Wegstrecke mit BahnCard 50) in der 2. Wagenklasse der DB-AG bzw. eines anderen EVU. ²17 Euro pro km. Bei der Benutzung privater KFZs aus triftigen Gründen erfolgt eine Erstattung der Reisekosten i. H. v. 0,30 Euro/km (~~+ 0,02 Euro/km für jede mitgenommene Person~~). ³Euro pro km. Ob derartige Gründe vorliegen, entscheidet die GF, das Plenum bzw. der Förderausschuss das schlussfassende Gremium zum Zeitpunkt der Antragsstellung. ⁴Im Nachhinein können triftige Gründe nicht mehr geltend gemacht werden. ⁵Es wird grundsätzlich nur die kürzeste Strecke abgerechnet. ⁶Der Ausdruck der Routenberechnung ist bei der Abrechnung vorzulegen.

(8a) ~~Stimmberechtigte Plenumsmitglieder des StuRa der TUD können für die Teilnahme an ordentlichen; wie außerordentlichen Plenumsitzungen des StuRa mit einem privaten KFZ anreisen, wenn sowohl deren entsendende Fachschaft, als auch deren Wohnsitz über 50 km von der Besucheranschrift des StuRa der TUD entfernt sind. ⁷Für die Nutzung eines KFZs liegt ein triftiger Grund vor. ⁸Es werden 0,30 €/km erstattet. ⁹Grundlage für die Berechnung der Streckenlänge ist die Strecke mit der kürzesten Fahrzeit (unabhängig von der Verkehrssituation); gemäß der Routenberechnung von Google Maps oder einem ähnlichen Dienst. ¹⁰Die Abrechnung hat bei der Kassenwartin des StuRa der TUD binnen von drei Monaten zu erfolgen. ¹¹Der Ausdruck der Routenberechnung ist bei der Abrechnung vorzulegen. ¹²Abs. 3 Satz 1, Abs. 5 und Abs. 8 des § 38 der Finanzordnung des StuRa finden hier keine Anwendung.-~~

(7) ¹Für Übernachtungen werden ~~maximal die Kosten der preiswertesten und in zumutbarer Entfernung liegenden Jugendherberge getragen. ²Die Übernachtungskosten werden nicht gezahlt, wenn die Reise vor 2.00 Uhr des darauffolgenden Tages endet bzw. enden könnte oder insgesamt weniger als acht Stunden dauert. pro Person maximal Kosten i.H.v. 70.00 Euro pro Nacht erstattet. ³Bei Vorbringen triftiger Gründe kann zum Zeitpunkt der Beschlussfassung durch das jeweilige schlussfassende Organ eine Ausnahmeregelung getroffen werden..~~

(8) ¹Tagegeld in der Höhe von 6 Euro kann gewährt werden, wenn die Dienstreise länger als 16 Stunden pro Tag dauert, zwischen mindestens acht und 16 Stunden Abwesenheit in halber Höhe. ²Wird kostenlos oder über den Tagungsbeitrag finanzierte Verpflegung bereitgestellt, so vermindert sich das Tagesgeld für das Frühstück um 20%, für das Mittag um 30% und für das Abendbrot um 50% des Tagesgeldes.

(9) ¹Tagungskosten können bis zur vollen Höhe übernommen werden.

~~(10) ¹Sonderregelung für die Entsandten zur StuRa-Sitzung (der TU Dresden Standorte), welche mehr als 80 km von Dresden entfernt sind, haben bei Anreise mit dem eigenen PKW den Anspruch auf die Erstattung der Reisekosten in Höhe von 0,22 Euro pro Kilometer. ²Für jede mitgenommene Person erhöht sich der Betrag der Rückstattung um 0,02 Euro pro Kilometer.~~

§ 42 **Bewirtungen**

~~(1) ¹Bewirtungen auf Rechnung der Studentenschaft sind nur zulässig, wenn sie sich aus den Aufgaben der Studentenschaft ergeben. (2) ¹Eine Erstattung von Bewirtungskosten ist nur zulässig, wenn Belege über die Ausgaben und eine Liste der bewirteten Personen vorliegen.~~

6. Aufwandsentschädigungen

§ 42 **Allgemeines zu Aufwandsentschädigungen**

(1) ¹Studierende im StuRa engagieren sich ehrenamtlich für die Studierendenschaft. ²Aufwandsentschädigungen sind keine Lohn- oder Gehaltszahlung.

(2) ¹Als Anspruchszeitraum gilt genau ein Kalendermonat. ²Für die Sportobleute gilt als Anspruchszeitraum ein Semester.

~~(3) ¹Näheres regelt die AE-Ordnung.~~

§ 43 **AE-Berechtigte**

(1) ¹AEs können beantragt werden durch

1. Referatsmitarbeiterinnen,
2. Referentinnen,
3. Geschäftsführerinnen,
4. Sportobleute,
5. Mitarbeiterinnen von Projekten des StuRa,
6. Mitglieder des Wahlausschusses,
7. weitere Ausschussmitarbeiterinnen, falls dies bei der Einrichtung des Ausschusses so geregelt wurde,
8. Mitglieder des Sitzungsvorstandes.

§ 44 **AE-Beantragung**

(1) ¹Anträge auf Aufwandsentschädigung müssen spätestens am 10. Tag nach dem Ende des Anspruchszeitraums gestellt werden.

(2) ¹Anträge auf Aufwandsentschädigung müssen begründet werden.

(3) ¹Die beantragten Aufwandsentschädigungen sind so aufzuschlüsseln, dass sie den jeweiligen Sachkonten des Wirtschaftsplanes zugeordnet werden können.

§ 45 **Festlegung der AE Höhe**

(1) ¹Für die nach § 43 Abs. 1 definierten Ämter können von Referatsmitarbeiterinnen 70,00 Euro, von Referentinnen 125,00 Euro und von Geschäftsführerinnen 210,00 Euro als AE beantragt werden. ²Mitglieder des Sitzungsvorstandes werden wie Referentinnen behandelt.

(2) ¹Bei unvorhergesehenen und außerordentlichen Aufgaben oder Mitarbeit an Projekten kann über die in Abs. 1 genannte Summe bis zu 350,00 Euro beantragt werden.

(3) ¹Die studentischen Sportobleute der zentralen Einrichtung für den Hochschulsport der TU Dresden können eine AE in Höhe von maximal 200,00 Euro pro Person und Semester erhalten.

(4) ¹Die Höhe der Aufwandsentschädigung, die vom StuRa gezahlt wird, ist auf 350,00 Euro pro Person und Monat begrenzt.

§ 46 **Beschlussfassung über AE Anträge**

(1) ¹Die Beschlussfassung über Aufwandsentschädigungen wird in nicht-öffentlicher Sitzung befunden.

(2) ¹Die Anträge auf Aufwandsentschädigung sowie deren Begründungen müssen allen StuRa-Plenums-Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

(3) ¹Die Aufwandsentschädigungen der Geschäftsführerinnen werden vom StuRa-Plenum beschlossen.

(4) ¹Sonstige Aufwandsentschädigungen werden von der Geschäftsführung beschlossen.

7. Prüfungswesen

§ 47 **Rechnungsprüfung durch staatliche Stellen**

(1) ¹Die Wirtschaftsführung der Studierendenschaft unterliegt der regelmäßigen Prüfung durch die Innenrevision der Universität sowie gegebenenfalls der Prüfung durch den Landesrechnungshof.

§ 48 Verfahren der Prüfung

(1) ¹Der Jahresabschluss der Studentenschaft Studierendenschaft wird durch die Innenrevision der Universität geprüft.

~~(2) ¹Die Kassenprüfung ist mindestens einmal jährlich unangemeldet durchzuführen mit dem Zweck-~~

- ~~1. Kassenist- und -sollbestand festzustellen und-~~
- ~~2. die Buchhaltung sowie die Belegerfassung zu kontrollieren-~~

(2) ¹~~Darüber hinaus steht es~~ Es steht den Prüferinnen frei, sich zu vergewissern, ob die gesetzlichen Bestimmungen der Wirtschaftsführung sowie dieser Finanzordnung eingehalten wurden.

(3) ¹Über die Kassenprüfung Prüfung ist von den Prüferinnen ein Testat-Prüfbericht anzufertigen.

(4) ¹Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin, der Buchhalterin und der Geschäftsführerin Finanzen innerhalb von 14 Tagen verlangen. Danach ist eine erneute Prüfung durchzuführen. ²Bei erheblichen Mängeln ~~-, die zur Verweigerung des Testats führen, ist der StuRa-~~ ist das StuRa-Plenum unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen.

(5) ¹Kassenverwalterin, Buchhalterin und Geschäftsführerin Finanzen sind verpflichtet, zur Prüfung anwesend zu sein. ²Sie haben Fragen der Prüferin gewissenhaft und ehrlich zu beantworten.

(6) ¹Der Prüfbericht der Prüfung ist dem StuRa-Plenum zur Kenntnis zu geben.

§ 49 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses

~~Das Testat der Prüfung ist dem StuRa zur Kenntnis zu geben. ¹Legt die Geschäftsführerin Finanzen Widerspruch gegen den Prüfbericht ein, kann der StuRa beschließen, dass eine weitere Prüfung durchgeführt wird, zu der auch ein anderer Prüfer bestellt werden kann. ²Das Prüfungsergebnis kann der Hochschulleitung zur Kenntnis übergeben werden.~~

§ 49 Jahresabschlussprüfung

~~(1) ¹Unverzüglich nach der Feststellung des Rechnungsergebnisses ist eine Jahresabschlussprüfung durchzuführen. ²Zeitgleich erfolgt eine Inventur der Vermögensbestände. ³Die richtige Übertragung des Überschusses oder Fehlbetrages ist zu bescheinigen.~~

~~(2) ¹§ 42 und § 43 gelten entsprechend.~~

8. Studentische Projekte

§ 49 Studentische Projekte Projektförderung

(1) ¹Ist dies im Wirtschaftsplan vorgesehen, können studentische Projekte finanziell unterstützt werden, sofern sie den satzungsmäßigen Aufgaben der Studentenschaft Aufgaben der Studierendenschaft entsprechen.

(2) ¹Über die Förderung entscheidet ~~der StuRa-~~ das StuRa-Plenum auf Antrag. ²Sie erfolgt zweckgebunden.

(3) ¹Näheres regelt die Förderrichtlinie.

§ 50 Förderungsart

(1) ¹Förderungen durch den Studentenrat erfolgen grundsätzlich als Fehlbetragsfinanzierung. ²Abweichungen sind nur möglich, wenn diese zum Zeitpunkt der Beschlussfassung festgelegt wurden.

§ 51 Abrechnung

(1) ¹Zu Abrechnungszwecken müssen grundsätzlich die Originalbelege eingereicht werden. ²Ausnahmen können nur nach Absprache mit der Geschäftsführerin Finanzen festgelegt werden.

9. Verwendung von Mitteln durch Fachschaften

§ 52 Finanzverantwortliche der Fachschaften

(1) ¹Der FSR bestimmt aus seiner Mitte eine Finanzverantwortliche und eine Stellvertreterin. ²Vor der Wahl haben diese zu erklären, dass ihnen diese Finanzordnung und gegebenenfalls die jeweiligen Fachschaftsordnungen bekannt sind.

(2) ¹Die Finanzverantwortliche der Fachschaft ist für die ordnungsgemäße Verwaltung der Finanzen der Fachschaft verantwortlich. ²Sie soll an an Schulungen des StuRa zu Finanzen teilnehmen. ³In Abwesenheit der Finanzverantwortlichen übernimmt die Stellvertreterin die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten.

(3) ¹Sie ist alleinig zur Erteilung von finanzwirksamen Anordnungen, insbesondere Kassenanweisungen, befugt, nicht aber alleinig verfügungsberechtigt für die Konten der Fachschaft.

(4) ¹Hält die Finanzverantwortliche durch Auswirkungen eines Beschlusses des FSR die finanziellen oder wirtschaftlichen Interessen der Fachschaft für gefährdet, so kann sie die Zahlung verweigern ("Finanzerveto"). ²In diesem Falle muss

der FSR über die Angelegenheit beraten. ³Der daraus folgende Beschluss ist endgültig.

§ 53 Fachschaftsmittel

(1) ¹Die jeweiligen Fachschaftsmittel teilen sich in einen ~~Sockel- und einen Pro-Kopf-Betrag gemäß der Beitragsordnung~~. ²Solange das Guthaben ~~Sockelbeitrag in Höhe von 500,00 Euro pro Semester und einen Pro-Kopf-Beitrag von 0,90 Euro pro Mitglied der Fachschaft pro Semester auf~~.

(2) ¹Solange das Bank- und Barvermögen einer Fachschaft sowohl mehr als 6.000,00 Euro als auch mehr als das Sechsfache ihrer Fachschaftsbeiträge beträgt, werden ~~ihr keine die~~ Fachschaftsmittel für das aktuelle Semester ~~überwiesen~~. ²Diese Fachschaftsmittel ~~verbleiben im Haushalt des Studentenrates gemäß § 57 einbehalten~~.

(3) ¹Für Rücklagen zur Finanzierung von Großprojekten, welche ein Finanzvolumen von 3.500,00 Euro überschreiten, gilt Abs. 2 ~~S. 2~~ insoweit nicht. ²Die ~~Mittel für derartige Projekte müssen auf separaten Konten ausgewiesen werden~~. ³Die Höhe der Rücklagen muss in einem angemessenen Verhältnis zum Finanzvolumen des ~~Großprojektes Großprojekts~~ stehen. ⁴Als angemessen ~~ist~~ gilt dabei eine Deckung in Höhe von maximal 75 ~~vom von~~ Hundert der zu erwartenden Kosten ~~anzusehen angesehen~~. ⁵Großprojekte sind als solche ~~dem GF Finanzen anzeigen der Geschäftsführerin Finanzen anzeigen~~. ⁶Erfolgt keine Anzeige kann die Rücklagenbildung bei der Prüfung nach Abs. 2 nicht berücksichtigt werden.

§ 54 Auszahlung von Fachschaftsmitteln

(1) ¹Die Auszahlung der Sockelbeiträge erfolgt zum Anfang des jeweiligen Semesters. ²Einen gesonderten Beschluss bedarf es nicht. ³Für Zeiträume mit vorläufiger Wirtschaftsführung nach § 17 wird die Zahlung der Sockelbeiträge zurückgestellt. ⁴Beim Ausbleiben der Meldung der Vermögenswerte nach § 55 Abs. 3 und 4 erfolgt solange keine Auszahlung des Sockelbeitrags bis die erforderlichen Angaben der Geschäftsführerin Finanzen übermittelt wurden.

(2) ¹Pro-Kopf-Beiträge werden von der Geschäftsführerin Finanzen nach erfolgreicher Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft ausgezahlt.

§ 55 Verwaltung der Mittel durch Fachschaften

(1) ¹Bei der Bewirtschaftung von ~~Studentenschaftsmitteln Studierendenschaftsmitteln~~ durch die Fachschaften ist ein Nachweis zu führen, aus dem sich die Erträge und die Aufwendungen ergeben. ²Die Buchungen sind zu

belegen, die einschlägigen Bestimmungen der Finanzordnung gelten entsprechend. ³~~Eine Kassenprüfung ist in der Satzung oder Finanzordnung einer Fachschaft vorzusehen~~. ⁴Am Ende des Wirtschaftsjahres nicht verbrauchte Mittel sind im folgenden Wirtschaftsjahr als Erträge zu verbuchen.

(2) ¹Existiert in einer Fachschaft kein Fachschaftsrat, ~~so~~ werden die Mittel der betreffenden Fachschaft ~~behelfsweise vom StuRa von der StuRa-Geschäftsführung~~ für die Dauer von ~~längstens~~ zwei Semestern verwaltet. ²Diese Fachschaftsgelder sind unverzüglich weiterzuleiten, sobald die Gründung eines Fachschaftsrates erfolgt. ³Sollte ~~sich nach Ablauf der Verwaltungsfrist kein FSR gebildet haben, so fließen diese Mittel der Studentenschaft zu bis zum Ablauf der Frist kein Fachschaftsrat existieren, so~~ werden die Mittel gemäß § 57 einbehalten.

(3) ¹Jede Fachschaft muss jährlich zum 31. März für das vergangene ~~Jahr dem StuRa einen Sachlagennachweis erbringen~~. ²Die ~~Kassenbestände müssen ebenfalls jährlich zum 31. März dem StuRa gemeldet werden~~ ~~Wirtschaftsjahr der Geschäftsführerin Finanzen einen Jahresabschluss und ggf. einen Sachlagennachweis erbringen~~.

(4) ¹~~Innerhalb des Jahres prüft die Die Kassen- und Kontostände der Fachschaften sind der~~ Geschäftsführerin ~~Finanzen mindestens einmal die Finanzen der einzelnen Fachschaften auf ihre Ordnungsmäßigkeit~~. ²Das Ergebnis der Prüfung ist zu vermerken. ³Die Auszahlung neuer Fachschaftsgelder erfolgt ~~erst nach erfolgreicher Prüfung~~ ~~Finanzen zu Beginn eines Quartals unaufgefordert zu melden~~.

§ 56 Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaften

(1) ¹Zum Zwecke der Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Finanzen der Fachschaft sind die Finanzunterlagen und die aktuellen Vermögenswerte der Geschäftsführerin Finanzen oder einer von ihr beauftragten Person auf Verlangen vorzulegen. ²Dabei ist je Fachschaft ein einjähriger Prüfzyklus anzustreben.

(2) ¹Für den Fall einer nicht erfolgreichen Prüfung kann die Auszahlung der Mittel nach § 54 Abs. 2 solange zurückgestellt werden, bis die bei der Prüfung offenbarten Mängel durch die Fachschaft beseitigt wurden. ²Sofern dies nicht innerhalb von Monaten erfolgt ist können die Pro-Kopf-Beiträge gemäß § 57 Abs. 2 einbehalten werden. ³Die Entscheidung trifft die Geschäftsführerin Finanzen. ⁴Das StuRa-Plenum ist über diese Entscheidung zu informieren.

(3) ¹Im Falle grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Finanzordnung kann ein sofortiger Einbehalt der Pro-Kopf-Beiträge und Sockelbeiträge durch die Geschäftsführerin Finanzen angeordnet werden. ²Dabei ist die

individuelle wirtschaftliche Situation der Fachschaft zu berücksichtigen und die Entscheidung derart zu treffen, dass der Fachschaft weiterhin die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.³Die Entscheidung der Geschäftsführerin Finanzen ist schriftlich zu begründen.⁴Die Entscheidung ist mitsamt der Begründung den Mitgliedern des StuRa-Plenums umgehend zur Verfügung zu stellen.

(4) ¹Bei besonders schwerwiegenden oder systematischen Verstößen gegen die Finanzordnung kann die Geschäftsführerin Finanzen anordnen, dass die Mittel der Fachschaft übergangsweise durch die Geschäftsführung verwaltet werden.²Die Bestimmungen nach §55 Abs. 2 gelten sinngemäß.³Diese Anordnung ist schriftlich zu begründen und den Mitgliedern des StuRa-Plenums zur Verfügung zu stellen.

(5) ¹Für Maßnahmen gemäß der Abs. 2-4 kann ein gewähltes Mitglied des Fachschaftsrates beim StuRa-Plenum Widerspruch einlegen.²Der Widerspruch ist zu begründen.³Auf der nächsten Sitzung des StuRa-Plenums ist über den Widerspruch zu beraten.⁴Dabei ist in jedem Fall die Geschäftsführerin Finanzen anzuhören.⁵Auf ihr Verlangen kann die Entscheidung über den Widerspruch einmalig auf die nächste Sitzung des StuRa-Plenums vertagt werden.⁶Beim Antrag auf Vertagung sind durch die Geschäftsführerin Finanzen Gründe für die Vertagung anzugeben.⁷Die auf der nachfolgenden Sitzung des StuRa-Plenums getroffene Entscheidung ist bindend.

(6) ¹Darüber hinausgehende rechtliche Maßnahmen bleiben von den Abs. 2-5 unberührt.

§57 Verwendung einbehaltener Fachschaftsmittel

(1) ¹Einbehaltene Gelder können nur für die Fortbildung für und Unterstützung der Vernetzung von Fachschaften genutzt werden.²Einer Änderung des Wirtschaftsplanes bedarf es nicht.

(2) ¹Sollen Ausgaben mit Mitteln aus dem zugehörigen Sachkonto des Wirtschaftsplans erfolgen, muss dies vor Beschlussfassung angekündigt werden.

§58 Bargeldbestand

(1) ¹Die Höchstgrenze des Bargeldbestands für Fachschaften beträgt 250,00 Euro.²Bei

Nachweis geeigneter Verwahrungsmöglichkeiten kann die Höchstgrenze nach Genehmigung der Geschäftsführerin Finanzen auf 500,00 Euro erhöht werden. (2) ¹Bei Überschreiten der Höchstgrenze ist der Bargeldbestand am nächsten Bankarbeitstag auf die Höchstgrenze zu reduzieren.

§59 Verbrauchsmaterialien für Fachschaften

(1) ¹Fachschaften dürfen Verbrauchsmaterialien i.H.v. 30,00 Euro pro Monat in Absprache mit der Finanzverantwortlichen der Fachschaft ohne Beschluss beschaffen.

§60 Kontoführung

(1) ¹Jedem Fachschaftsrat ist durch den StuRa ein Konto zur Verfügung zu stellen.²Gegebenenfalls anfallende Gebühren für das Konto sind von der Fachschaft zu entrichten.³Für regelmäßige Gebühren ist kein Beschluss des Fachschaftsrats erforderlich.

(2) ¹Vertretungsberechtigt für die Konten sind gemäß ~~§22 Abs. 6~~ in der Regel zwei Mitglieder der Geschäftsführung gemeinsam.

(3) ¹Der Fachschaftsrat bestimmt mindestens zwei seiner Mitglieder zu für das Konto verfügbaren Personen.²Die Finanzverantwortliche ist in jedem Fall darunter.³Die Entscheidung ist dem StuRa zu übermitteln und durch die vertretungsberechtigten Personen nach Abs. 2 zu bestätigen.⁴Die Verfügungsberechtigung darf längstens für die Dauer der aktuellen FSR-Legislaturperiode erteilt werden und endet:

1. mit der durch den FSR gesetzten Frist,
2. durch schriftlichen Widerruf durch den FSR,
3. durch eine neuerliche Bestimmung verfügbare Personen durch den FSR,
4. durch Verzicht auf die Verfügungsberechtigung,
5. durch Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit und durch Exmatrikulation oder
6. Ende der Amtszeit des Mitglieds des FSR.

(4) ¹Die Geschäftsführerin Finanzen veröffentlicht vor der Konstituierung der Fachschaftsrate einen aktuellen Leitfadens mit Bestimmungen zur Wahl von verfügbaren Personen durch den FSR.²Die Bestimmungen dieses Leitfadens sind zwingend einzuhalten.

Inkraftgetreten am XX. YYY 20ZZ.

[ganz neu, alles toll](#)

Max Mustergf
GF Ganzheitliche Gesundheitsmedizin

Sonja Sonstigegef
GF Spaß und Spiel

Änderungsanträge zu P21102803 Neue Finanzordnung der Studierendenschaft der Technischen Universität Dresden

Sebastian Mesow

9. Dezember 2021

Inhaltsverzeichnis

ÄA SM1 Erhöhung der Grenzen für Direktaufträge und Klarstellung des Vergabewesen	2
1.1 Text	2
1.2 Begründung	2
1.2.1 zu Abs. 5: Vergabegrundsätze	2
1.2.2 zu Abs. 2: Grundsatz der 3 Angebote	2
1.2.3 zu Abs. 3: Bemessung des Auftragswertes	2
1.2.4 zu Abs. 4: (unbelegte) Direktaufträge	3
<i>Bemessung der Grenzen für Direktaufträge</i>	3
<i>Warum eine Unterscheidung zwischen dem StuRa und FSRen bzw. AGs</i>	3
1.2.5 zu Abs. 5: freiberufliche Ausnahme mit belegtem Direktauftrag	4
<i>Warum reicht nicht eine Soll-Regelung in Abs. 2 aus?</i>	4
<i>Warum soll ein Angebotsbeleg vorgelegt werden?</i>	5
<i>Warum soll kein Angebotseinholungsformular vorgelegt werden?</i>	6
1.2.6 Warum Fachbegriffe?	6
1.2.7 Abkürzungen	6
1.2.8 Abbildungen	7
ÄA SM2 Höhere Grenzen für Direktaufträge	8
2.1 Text	8
2.2 Begründung	8
ÄA SM3 Auslagerung der Definition der Tätigkeiten für die freiberufliche Ausnahme	9
2.2.1 Abbildungen	9
3.1 Text	10
3.2 Begründung	10
ÄA SM4 einfachere Grenze zur Inventarisierungspflicht	10
4.1 Text	11
4.2 Begründung	11
ÄA SM5 höhere Aufwandsentschädigungen für Ausschuss-Mitglieder	11
5.1 Text	12
5.2 Begründung	12
ÄA SM6 Klarstellung Barauszahlungen durch Kassenverwalterin	12
6.1 Text	13
6.2 Begründung	13

Änderungsantrag SM1Titel: **Erhöhung der Grenzen für Direktaufträge und Klarstellung des Vergabewesen****Text**

Ersetze § 34 Angebotseinholung komplett durch

„ **§ 34 Vergabe von Aufträgen**(1) ¹Die Gestaltung von Aufträgen, das Einholen von Angeboten und das Auswählen eines Angebotes (Zuschlag) erfolgt unter besonderer Berücksichtigung

- der Wirtschaftlichkeit, insbesondere des Preis-Leistungs-Verhältnisses,
- des Umweltschutzes und des Klimaschutzes, und
- von sozialen Aspekten, einschließlich der wirtschaftlichen Gerechtigkeit.

²Diese Aspekte sollen angemessen gegeneinander gewichtet werden.(2) ¹Im Vergabeverfahren sind grundsätzlich mindestens drei geeignete Angebote einzuholen.(3) ¹Der Auftragswert bemisst sich inklusive aller umgelegter Nebenkosten und inklusive der Umsatzsteuer.(4) ¹Abweichend von Abs. 2 kann ein Vergabeverfahren entfallen

1. im StuRa, wenn sich der Auftragswert mit 200,00 Euro oder weniger bemisst,
2. in den Fachschaften, wenn sich der Auftragswert mit 125,00 Euro oder weniger bemisst, und
3. in den Arbeitsgemeinschaften, die ihre Ausgaben selbst bewirtschaften, wenn sich der Auftragswert mit 125,00 Euro oder weniger bemisst.

²Dabei soll Abs. 1 berücksichtigt werden.(5) ¹Abweichend von Abs. 2 ersetzt sich in der Studierendenschaft das Vergabeverfahren oberhalb des Auftragswertes nach Abs. 4 und bis zu einem Auftragswert von einschließlich 500,00 Euro für die Vergabe von bestimmten Aufträgen durch das vorherige Einholen eines Angebotes. ²Dies ist zulässig für Aufträge deren Leistung

1. die Erläuterung oder Kommentierung eines bestimmten Themas aus individueller Perspektive,
2. eine referierende oder lehrende Tätigkeit, jeweils auf wissenschaftlichem bzw. fachkompetentem Niveau,
3. eine künstlerisch-schöpferische Tätigkeit oder Architektur-Leistung,
4. Musik, Gesang, Tanz oder Schauspiel,
5. eine schriftstellerische, lektorische oder journalistische Tätigkeit,

6. die Gestaltung von Werbung oder von Mittel der Öffentlichkeitsarbeit,

7. Psychotherapie oder Coaching, oder

8. eine rechtsanwaltliche Tätigkeit

ist. ³Dabei soll Abs. 1 berücksichtigt werden.⁴**Begründung****zu Abs. 5: Vergabegrundsätze**

Hier werden die für den StuRa wesentlichen Aspekte der Auftragsvergabe genannt. Etwas neu dürfte für Manche sein, dass Aufträge auch unter dem Aspekt Umwelt/Klima und sozialen Aspekten vergeben werden dürfen. Dies ist laut GWB auch bei größeren Vergaben angemessen möglich.

Es sollten stets mindestens zwei der drei Aspekte berücksichtigt werden. Nur einen Aspekt zu berücksichtigen, erachte ich für nicht angemessen. Eine unterschiedliche (nur nicht zu einseitige) Gewichtung ist aber möglich. Diese individuelle Gewichtung, soll der Person, welche das Vergabeverfahren/die Angebots-einholung durchführt überlassen werden.

zu Abs. 2: Grundsatz der 3 Angebote

Rein theoretisch ist diese Regelung eigentlich nicht nötig, denn: Das Sächsische Vergabegesetz (SächsVergabeG) gilt für uns. Die Studierendenschaft (und alle ihre Untereinheiten) ist eine Körperschaft öffentlichen Rechtes; genauer des sächsischen Landesrechtes. Darin wird die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen Teil A Abschnitt 1 (VOL/A) als geltende Rechtsnorm bestimmt. Da die VOL/A im SächsVergabeG selbst als geltend bestimmt wird, hat diese den selben Geltungsrang wie andere Landesgesetze. In der VOL/A steht dann nun, dass grundsätzlich mindestens 3 Angebote einzuholen sind.

Da die Finanzordnung aber das Wichtige und Relevante bestimmen soll, steht diese Regelung drin. Es soll also entbehrlich sein, irgendwo anders nachschauen zu müssen. Bzw. auch nicht besonders in die Thematischen Eingearbeitete sollen das Wichtige und Wesentliche aus der Finanzordnung herauslesen können.

zu Abs. 3: Bemessung des Auftragswertes

Der StuRa ist ein faktischer Endverbraucher (wenn auch nicht immer im rechtlichen Sinne). Das bedeutet, dass wir uns im Gegensatz zu Unternehmen die auf unsere Einkäufe gezahlte Umsatzsteuer nicht erstatten lassen können. Selbiges gilt für HSGs. Wegen der Erstattbarkeit der Umsatzsteuer bemisst das Bundes- und sächsische Vergaberecht die Auftragswerte daher nämlich immer ohne Umsatzsteuer. Für Antragstellende im StuRa wäre es aber ein zusätzlicher Aufwand von allen vollständigen Gesamtpreisen von Angeboten noch die Umsatzsteuer abzuziehen, um zu entscheiden,

ob ein Vergabeverfahren notwendig ist. Gegenüber Antragstellenden im StuRa wird – gerade bei der direkten Kommunikation mit Anbietenden – oft direkt der Brutto-Preis genannt.

Zur Klarstellung ist genannt, dass auch umgelegte Nebenkosten dazu gehören. Das sind insbesondere Versandkosten, umgelegte Reisekosten, An- und Abfahrt und z.B. bei Unterkünften Kosten für Strom, Wasser, Abwasser, ...¹. „umgelegt“ bedeutet, dass die Kosten dem der Käufer in direkt vom Anbietenden/Leistenden zusammen mit der Hauptleistung in Rechnung gestellt werden. Kosten sind nicht umgelegt, wenn der die Antragsteller in sich selbst um diese kümmern muss, und sie separat bezahlt z.B. bei der Bereitstellung einer Unterkunft für Referierende.

zu Abs. 4: (unbelegte) Direktaufträge

Die meisten Aufträge des StuRa haben einen Auftragswert von weniger als 500,00 Euro. Daher ist dieser Bereich der vielen kleinen Aufträge für den StuRa sehr relevant. Dieser Bereich bedarf daher expliziter Regelungen auf der Ebene der Finanzordnung.

Der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit gilt immer. Allerdings sind dabei auch die Bürokratie-Kosten, welche nie explizit in einem Finanzantrag stehen, zu berücksichtigen. Zu den Bürokratie-Kosten zählen im StuRa insbesondere Personalaufwendungen (Entgelt und Sozialversicherungsbeträge) und Aufwandsentschädigungen. Den potenziellen Ersparnissen durch Angebotseinholungen sind bei kleinen Aufträgen diese Bürokratie-Kosten gegenüber zu stellen.

Ein Vergabeverfahren/Eine Angebotseinholung durchzuführen kostet auch schlicht Zeit, welche dann nicht mehr für inhaltliche Arbeit und den Dienst an den Studierenden zur Verfügung steht.

Ein Vergabeverfahren durchzuführen kostet auch „Nerven“. Einerseits weil der- oder diejenige vielleicht denkt, dass er oder sie die Zeit besser investieren könnte. Andererseits bindet es kognitive Ressourcen, da es eben nicht egal und nicht ganz trivial ist wie ein Vergabeverfahren durchgeführt wird. So ist es notwendig eine möglichst präzise Leistungsbeschreibung zu erstellen, also auch die eingegangenen bzw. eingeholten Angebote zu prüfen; ob sie denn überhaupt die nötigen Angaben enthalten und auch geeignet sind.

Diese „Kosten“ und Ressourcenbindung fällt nicht nur auf der Seite des oder der Antragstellenden an. Dies passiert auch bei der Prüfung des Finanzantrages dahingehend, ob das Vergabeverfahren ordentlich durchgeführt (insbesondere ob alle nötigen Angaben vorhanden sind), sowie beim Sitzungsvorstand/Erstellen der Protokolle der Geschäftsführung/des Förderausschuss (Einbinden der Anhänge, Schwärzen der Anhänge, ...).

Der unbelegte Direktauftrag entspricht genau der bisherigen Praxis bei Ausgabeposten bis einschließlich

99,99 Euro.

Bemessung der Grenzen für Direktaufträge

Die neuen Grenzen für Direktaufträge sind schon eine Steigerung; schöpfen aber auch immer noch nicht den vollen Rahmen der Vergaberechtsnormen aus (500,00 Euro nach VOL/A). Ich erachte diese Wertgrenzen unter der Berücksichtigung des Aufwandes Angebote einzuholen und zu dokumentieren, dem Wettbewerb, und insbesondere der Größe der Budgets von StuRa, Fachschaften und Arbeitsgemeinschaften für angemessen.

Warum eine Unterscheidung zwischen dem StuRa und FSRe bzw. AGs

Das Verhältnis der Direktauftragungsgrenzen FSRe + AGs/StuRa beträgt 0,625 bzw. StuRa/FSRe + AGs 1,6.

Der Unterschied der Direktauftragungsgrenzen zwischen StuRa und Fachschaften bzw. Arbeitsgemeinschaften spiegelt die Relation zwischen den Haushaltsbudgets dieser Institutionen wieder. Das Budgets des StuRas für das Wirtschaftsjahr 2021/22 beträgt laut Wirtschaftsplan zum Beispiel rund 572.000 Euro (ohne Fachschafts- und Arbeitsgruppenbudgets). Zum Beispiel beträgt das Budgets der größten Fachschaft Maschinenwesen für den selben Zeitraum rund 9.700 Euro. Das ergibt ein Verhältnis zum StuRa von rund 59 zu 1. Das größte Budget der Arbeitsgemeinschaften weist im selben Zeitraum die tuwwi mit rund 4.900 Euro auf. Dies ergibt ein Verhältnis zum StuRa von rund 117 zu 1 auf.

Natürlich ist ein genau proportionaler Zusammengang zwischen der Direktauftragungsgrenze für eine Institution und der Größe ihres Budgets nicht angemessen. Es muss aber nicht unbedingt die gleiche Direktauftragungsgrenze für alle Institutionen jedweder Größe ihres Budgets geben. Annähernd an eine konstante Direktauftragungsgrenze, ist ein anti-progressiver Zusammenhang möglich.

Die kleineren Fachschaften und Arbeitsgemeinschaften, die ihre Einnahmen und Ausgaben selbst bewirtschaften, sollen mit ihren deutlich kleineren Budgets wirtschaftlicher (bzw. allgemeiner besser im Sinne der Vergabegrundsätze) umgehen. Angesichts ihrer kleineren Budgets sind auch absolut gesehen kleinere Einsparungen relevant. Trotzdem soll auch für sie die Direktauftragungsgrenze erhöht werden, damit sie sich etwas des schon beschriebenen Aufwandes sparen.

Auch ist es hier sinnvoll zu bemerken, dass die Vergabegrundsätze nicht nur durch ein Vergabeverfahren gewährleistet werden. Es ist auch Aufgabe der Antragstellenden, sowie des beschlussfassenden Gremiums – das heißt der Stimmberechtigten – die Vergabegrundsätze zu achten, in dem auch der generelle Zweck und der Sachinhalt eines Finanzantrages (nach individueller Gewichtung und Ausgestaltung) untersucht werden. Einem zwar formal korrekten, aber in der Sa-

¹siehe https://www.stura.tu-dresden.de/finanzantrag#vollstaendiger_gesamtpreis

che unwirtschaftlichen Finanzantrag muss nicht zugestimmt werden.

Die niedrigere Grenze für Direktaufträge nach Nr. 2 und Nr. 3 gilt:

2. für alle Fachschaftsräte (welche ihre Mittel normalerweise immer selbst bewirtschaften), und
3. für jene Arbeitsgemeinschaften, die ihre Mittel selbst bewirtschaften. Meines Wissens nach sind dies zur Zeit, insbesondere die tuwi und die AG DSN, sowie Integrale.

Die Formulierung „die ihre Ausgaben selbst bewirtschaften“ geht auf §9 (Beauftragter für den Haushalt) der Sächsischen Haushaltsordnung zurück. Wesentliche Kriterien der Selbstbewirtschaftung von Mitteln sind also²

1. eigenständiges Entscheiden der Struktureinheit über Ausgaben aus ihrem Budget ohne Revisions-Instanz,
2. eigener Finanzier bzw. eigene Finanzerin,
3. Führen eigener Finanzunterlagen, und
4. eigenständiges Abschließen von Verträgen.

Das Vorhandensein eines eigenen Budgets im Wirtschaftsplan ist kein Kriterium für eine Selbstbewirtschaftung (siehe Referate des StuRa).

Bei Arbeitsgemeinschaften, die ihre Mittel nicht selbst bewirtschaften, entscheidet der StuRa über Ausgaben zulasten ihres Budgets. Die letzte Verantwortung für das Budget trägt also nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern der StuRa. Zu dieser Verantwortung zählt selbstverständlich die Wahrung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Daher fallen diese Arbeitsgemeinschaften auch unter die höhere Grenze für Direktaufträge nach Nr. 1.

Insgesamt lässt sich erkennen, dass für Finanzanträge, die im StuRa-Plenum, im Förderausschuss oder von der StuRa-Geschäftsführung (zusammengefasst als „StuRa“) beschlossen werden, die höhere Grenze gilt. Denn dieser StuRa verantworten zusammen ein großes Budget (bestehend aus vielen einzelnen Konten im Wirtschaftsplan). Für alle anderen gilt die niedrigere Grenze, da sie eine deutlich kleineres Budget bewirtschaften. Es wäre auch schwer vermittelbar, wenn für unterschiedliche Antragstellenden beim selbem Gremium unterschiedliche Grenzen gelten würden.

zu Abs. 5: freiberufliche Ausnahme mit belegtem Direktauftrag

Der StuRa bzw. bei internen wie externe Finanzanträgen werden häufig auch freiberufliche Tätigkeiten nachgefragt. Häufig soll eine Person ein Referat (z.B. im Rahmen einer Ringvorlesung) halten, einen Workshop durchführen, an einer Diskussionsrunde teilnehmen. Oder es soll die Vorführung eines Filmes passend wissenschaftlich begleitet werden. Bei solchen freiberuflichen Leistungen soll eigentlich bewusst eine be-

stimmte Person beauftragt werden. Diese ist aufgrund der Komplexität und Spezifität des Themas meist die einzige bekannte Person die für diesen Auftrag geeignet ist. Oft soll und häufig will der oder die Beauftragte auch seine bzw. ihre persönliche Perspektive oder Erfahrung einbinden. Es ist daher sehr oft sehr schwierig weitere, geeignete und vergleichbare Angebote zu finden.

Die Häufigkeit von Aufträgen dieser Gruppe konnte ich in den letzten 12 Monaten gut beobachten. In diesem Zeitraum habe ich durch meine Arbeit als Prüfer für Finanzanträge vor der Antragstellung, sowie durch meine Tätigkeit im Sitzungsvorstand, Förderausschuss und im Referat Finanzen & Projektförderung, nahezu jeden beschlossenen Finanzantrag detailliert angeschaut.

Das sächsische Vergaberecht sieht für diese bestimmten, freiberuflichen Tätigkeiten tatsächlich eine Ausnahme vor.

Vergleiche mit §1 Abs. 3 SächsVergabeG:

„Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die in §100 Abs. 2 GWB genannten Fälle sowie auf die Vergabe von Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden und deren Gegenstand eine Aufgabe ist, deren Lösung nicht vorab eindeutig erschöpfend beschrieben werden kann.“

Wichtig zu bemerken ist, dass nicht alle freiberuflichen Tätigkeiten unter die Ausnahme fallen. Es fallen eben nur solche freiberuflichen Tätigkeiten unter die Ausnahme „deren Gegenstand eine Aufgabe ist, deren Lösung nicht vorab eindeutig erschöpfend beschrieben werden kann.“ Statt eine sehr auslegungsbedürftige Formulierung ähnlich zu der im SächsVergabeG in der Finanzordnung zu verwenden, denke ich, dass es verständlicher ist, die Tätigkeiten die darunter fallen würden einfach explizit aufzulisten.

Ausgeschlossen sind z.B. die folgenden freien Berufe³: Erzieher, Arzt, Zahnarzt, Notar, Ingenieur, Vermessungsingenieur, Handelschemiker, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, beratender Volks- oder Betriebswirt, Buchprüfer, Steuerbevollmächtigter, Heilpraktiker, Dentist, Krankengymnast, Dolmetscher, Übersetzer, Lotse, Lehrer, Hebamme, Heilmasseur, Tierarzt, Fotograf, Moderator und ähnliche Berufe.

Es ist auch zulässig festlegen, dass die Höchstgrenze für Direktaufträge für solche Tätigkeiten (freiberuflich + nicht vorab eindeutig beschrieben) auch höher als die 500,00 aus der VOL/A liegt.

Die Ausnahme für rechtsanwaltschaftliche Tätigkeiten beruht auch auf § 116 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a und b GWB.

Warum reicht nicht eine Soll-Regelung in Abs. 2 aus?

Eine Soll-Regelung bedeutet nicht, dass diese Regelung beliebig nach eigenem Ermessen angewendet wer-

²siehe auch die entsprechende Verwaltungsvorschriften: <https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1548-VwV-SaeH0#p9>

³ausnahmsweise nicht gegendert, damit die Liste nicht zu lang wird

den darf. Im Allgemeinen ist es so, dass eine Soll-Bestimmung näher an einer Muss-Bestimmung liegt als einer Kann-Bestimmung.

Eine Soll-Bestimmung ist für alle Regelfälle, für alle typischen Fälle wie eine Muss-Bestimmung. Bei typischen Fällen räumt eine Soll-Bestimmung keinerlei Ermessen ein. Lediglich für die nicht so häufigen Fälle bzw. die atypischen Fälle räumt eine Soll-Bestimmung als Ausnahme ein entsprechend begründungsbedürftiges Ermessen ein. Wenn die Ausnahme aber tatsächlich zu häufig in Anspruch genutzt wird, wird der Sinn und Zweck der Soll-Bestimmung, wie es sich die Rechtsnorm-Gebenden vorgestellt hatten, nicht mehr erfüllt.

Wenn die Rechtsnorm-Gebenden mit häufigen „Ausnahmen“ einverstanden gewesen wären, hätten sie auch eine Kann-Bestimmung wählen können. Zwar besteht auch bei einer Kann-Bestimmung kein freies Ermessen, aber die Rechtsnorm-Gebenden sind mit allen unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten gleichermaßen einverstanden. Sei wären dann damit einverstanden, wenn *alle* unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten häufig vorkommen; oder auch nur ein der Handlungsmöglichkeiten häufig vorkommt, aber diese nicht durch die Rechtsnorm-Gebenden bestimmt ist.

Da die Studierendenschaft aufgrund ihren Ausgabebereiches (§ 24 Abs. 3 SächsHSFG) aber eben sehr häufig freiberufliche Leistungen, die in die Auflistung nach Abs. 5 fallen, dürfen solche freiberuflichen Leistungen nicht als atypische Fälle eingeordnet werden.

Es gilt also zwei Gruppen von typischen Aufträgen im StuRa. Einerseits die Aufträge, bei denen mehrere geeignete und vergleichbare Angebote zu finden sind. Und eben andererseits solche Aufträge, bei denen eine freiberufliche Leistung nachgefragt wird, für die es fast unmöglich ist weitere, wirklich vergleichbare Angebote einzuholen. Was unterschiedlich ist, darf auch unterschiedlich behandelt werden.

Ziel der Finanzordnungsnovelle ist es, nach ihren Einbringern, vorallem auch gewesen, die nicht mehr praktizierten Bestimmungen zu ersetzen, um die bisherige Praxis abzubilden, und diese zu legitimieren, sowie die bisherige Praxis für die Zukunft festzuschreiben. Dazu zählt auch die begangene Umgangweise, dass für solche freiberuflichen Leistungen meist aus den genannten Gründen nur 1 Angebotsbeleg vorgelegt werden kann und wird. Die Begründung beschränkte sich dann häufig darauf, zu erläutern, warum der oder die eine Anbietende für die Leistung geeignet ist. Auf den Aspekt der fehlenden Angebote wurde nicht eingegangen. Erst nach und nach kamen Aussagen, wie „Trotz längerer Recherche konnten keine weiteren Anbietenden gefunden werden auf.“ Diese Aussagen sind aber nicht sicher überprüfbar. (Wie kann Rechercheaufwand belegt werden?) Ein Vergabeverfahren muss aber auch von der Innenrevision und im Streitfall vor Mitbewerberenden nachvollziehbar und überprüfbar sein.

Die bisherige Bestimmung über Vergabeverfahren in der Studierendenschaft, dass für *alle* Ausgaben größer gleich 100 Euro 3 Angebote eingeholt werden müssen, wird also bei solchen freiberuflichen Leistungen häufig nicht eingehalten.

Das Problem sind dann aber nicht diese freiberuflichen Leistungen. Es wird auch weiterhin meist nur der oder die eine Anbietende angefragt, da es eben nicht wirklich weitere Anbietende gibt bzw. die Einholung weiterer geeigneter und vergleichbarer Angebote nur mit einer langen Suche – was dann kein angemessener Aufwand mehr ist – möglich wäre. Das Problem ist die zu generelle Regelung, die für diese Gruppe von häufigen Ausgaben nicht realitätsnah ist.

Es bedarf daher für die Vergabe von Aufträgen für solche freiberufliche Leistungen einer separaten Regelung.

Welche Folgen durch Bestimmungen einer Ordnung bzw. Rechtsnorm für einen Einzelfall entstehen, soll möglichst bereits allein aus dem Text der Ordnung bzw. Rechtsnorm herleitbar sein. Dies ist auch Sinne der Gleichbehandlung. Einer expliziten Regelung ist daher vor einer impliziten Regelung durch eine Soll-Bestimmung der Vorrang einzuräumen, wenn eine Ordnung bzw. Rechtsnorm neugeschrieben oder reformiert wird.

Warum soll ein Angebotsbeleg vorgelegt werden?

Die Angebotsbelege sind nicht einfach nur Teil des Vergabeverfahrens.

Gerade bei externen Finanzanträgen sollten die Antragsstellenden vor Mehrkosten geschützt werden, da sie diese immer selbst tragen müssen. Da Angebote und die Beauftragung bei solchen freiberuflichen Leistungen meist per Email geschieht, und selten von den Anbietenden/Beauftragten übersichtliche Angebote erstellt werden, können sich leicht Missverständnisse einschleichen. Dies kann auch den vollständigen Gesamtpreis betreffen, wenn es die Frage nach der Umsatzsteuer, sowie Nebenleistungen, also insbesondere die Übernahme von Reisekosten, betrifft. Durch die Prüfung des Angebotsbeleges sollen Missverständnisse aufgeklärte und potenziell bedeutende Fehler vermieden werden.

Dadurch dass ein Angebotsbeleg eben nicht nur irgendwelche Angaben enthält, sollen die Antragstellenden auch zu einer besseren und detaillierteren Planung angeleitet werden. Dies trägt dann auch dazu bei, dass die (geförderten) Projekte bzw. Maßnahmen stressfreier und erfolgreicher durchgeführt werden.

Durch die Angebotsbelege wird auch der Sachinhalt des Auftrages genauer erläutert. Die Stimmberechtigten des den Finanzantrag beschließenden Gremiums können durch die Angebotsbelege eine genauere Vorstellung gewinnen, was eigentlich genau gemacht werden soll. Bei Referendierenden ist es auch oft gewünscht, zu wissen wer den Vortrag oder den Workshop hält. Auch lässt sich so die Achtung der Verga-

begrundsätze – die ja auch für Direktaufträge gelten – besser beurteilen. Die zusätzlichen Informationen fließen dann natürlicher Weise in die Entscheidung, ob der Finanzantrag genehmigt werden soll mit ein.

Warum soll kein Angebotseinholungsformular vorgelegt werden?

Ein Vergabeverfahren besteht im Wesentlichen aus

1. der Erstellung und Niederschrift der Leistungsbeschreibung und Eignungskriterien (optional auch der Zuschlagkriterien), sowie der formalen Vorgaben für Angebotsunterlagen
2. a) der Ausschreibung oder b) der aktiven Einholung von grundsätzlich mindestens 3 Angeboten
3. Prüfen der Angebote auf formale Kriterien und Eignung
4. dem Vergleichen der Angebote
5. dem Auswählen eines der Angebote
6. dem Begründen des Zuschlages

Das Angebotseinholungsformular dokumentiert diese Schritte, außer den Schritt 3.

Eignung ist eine Grundvoraussetzung von Angeboten um in den Schritten 4–6 überhaupt berücksichtigt zu werden. Es ist daher entbehrlich eine vorhandene Eignung zu begründen. Wohl aber muss das Nicht-Berücksichtigen eines Angebotes aufgrund fehlender Eignung begründet werden.

Wenn statt a) einer Ausschreibung b) ein aktives Einholen von Angeboten stattfindet – die Variante die im StuRa usw. so gut wie immer stattfindet –, dann dürfen nur geeignete Angebote eingeholt werden. Denn, dass ein ungeeignetes Angebot im Späteren sowieso nicht berücksichtigt werden würde, weiß der oder die Einholende schon vor der Einholung des ungeeigneten Angebotes. (Bei einer Ausschreibung können durch die Anbietenden selbst auch Angebote abgegeben werden, die dann als ungeeignet nicht berücksichtigt werden. Dies passiert dann meist aufgrund von mangelndem Verständnis der Vergabeunterlagen bei diesen Anbietenden.)

Da ein Vergabeverfahren aber gerade einen richtigen Wettbewerb zwischen mehreren – bei b) mindestens 3 – Anbietenden gewährleisten soll, ist bei a) das Abgeben von „Alibi-Angeboten“ nicht erwünscht und bei b) eben das aktive Einholen von nicht zulässig. Sonst würde durch den Ablauf des einzelnen Vergabeverfahrens bereits vor der Auswahl eines Angebotes (Schritt 5) erkennbar, dass nur ein Angebot den Zuschlag erhalten kann, oder (insbesondere bei b)) ein Wettbewerb nur zwischen 2 Anbietenden stattfindet.

Die in Abs. 5 beschriebene Vorgehensweise ist kein Vergabeverfahren, da der Schritt 1 entfällt, beim Schritt 2 nur ein Angebot eingeholt werden muss, sowie die Schritte 3–6 entfallen.

Die Leistungsbeschreibung (Schritt 1) wird eher implizit erstellt. Sie ergibt sich durch das Anfragen bei dem einen oder der einen Anbietenden; ggf. auch durch

ein Verhandeln. Die Prüfung der Angebote (Schritt 4) und das Auswählen eines Angebotes (Schritt 5) wären trivial. Beim Schritt 6 wäre die Begründung des Zuschlages bei einem Angebot auch trivial.

Wie bei jeder Auftragsvergabe (unabhängig vom Auftragswert) findet, aber offensichtlich Schritt 2 – hier in der Variante b (aktives Einholen von Angeboten) – statt.

Die Eignungsprüfung (Schritt 3) entfällt, da beim aktiven Einholen von Angeboten wie begründet sowieso nur geeignete Angebote eingeholt werden dürfen.

Das Angebotseinholungsformular würde also keine zusätzlichen Informationen liefern. Kurz: Was kein Vergabeverfahren ist, muss nicht besonders dokumentiert werden. Bei allen Leuten, die mit dem Finanzantrag zu tun haben, wird also Aufwand eingespart.

Statt der Frage „Warum wird der Auftrag an diesen einen Anbietenden vergeben?“ kann nur die Frage gestellt werden „Warum wird überhaupt dieser Auftrag vergeben?“ Dies ist aber eine Frage die eher in der Antragsbegründung beantwortet werden sollte. Dadurch dass der Angebotsbeleg des einen oder der einen Anbietenden vorgelegt werden muss, ist zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Finanzantrag bei den Entscheidenden und bei dem Antragsteller bzw. der Antragstellerin der Name des Zubeauftragenden bereits bekannt. Eine Recherche bzw. das Nachfragen über den Hintergrund des oder der Zubeauftragenden ist also möglich. Ferner war und ist die Frage nach dem Hintergrund von Anbietenden, nicht Gegenstand eines Vergabeverfahrens, wenn eine Aufklärung über den Hintergrund in Form von Referenzen über frühere Tätigkeiten nicht in Schritt 1 als formale Vorgabe definiert wurde.

Es ist den Antragstellenden auch in der Realität schwer zu vermitteln, dass sie für 1 Angebot zusätzlich das Angebotseinholungsformular ausfüllen müssen.

Warum Fachbegriffe?

Es werden die selben Begriffe wie in den einschlägigen Gesetzen verwendet. Dies hat den großen Vorteil, dass ihre Bedeutung schon bestimmt ist. Der Begriff „Ausgaben“ ist in Bezug auf das Vergabewesen nicht eindeutig (Ein Ausgabenposten könnte nämlich auch mehrere Aufträge umfassen. Genau genommen darf man_ -frau die „Höhe eines Ausgabenpostens“ und „Auftragswert“ nicht gleichsetzen.) Des weiteren wird die neue Finanzordnung sowieso nicht ohne eine Kommentierung und Erläuterung auskommen (Zum Beispiel trägt eine Erläuterung der Gründe für etwas, viel zum Verständnis der Regel bei.) Die neue Finanzordnung wird auch nicht nur durch den Beschluss tatsächlich angewendet. Es braucht vielmehr eine Kommunikation dazu – insbesondere Emails und eine Erläuterung auf der Webseite. Nur dann können die Leute wissen, dass, was und wie sie die neuen Regeln anwenden muss. Dabei sollten die Fachbegriffe auch erklärt werden.

Abkürzungen

SächsVergabeG = Sächsisches Vergabegesetz

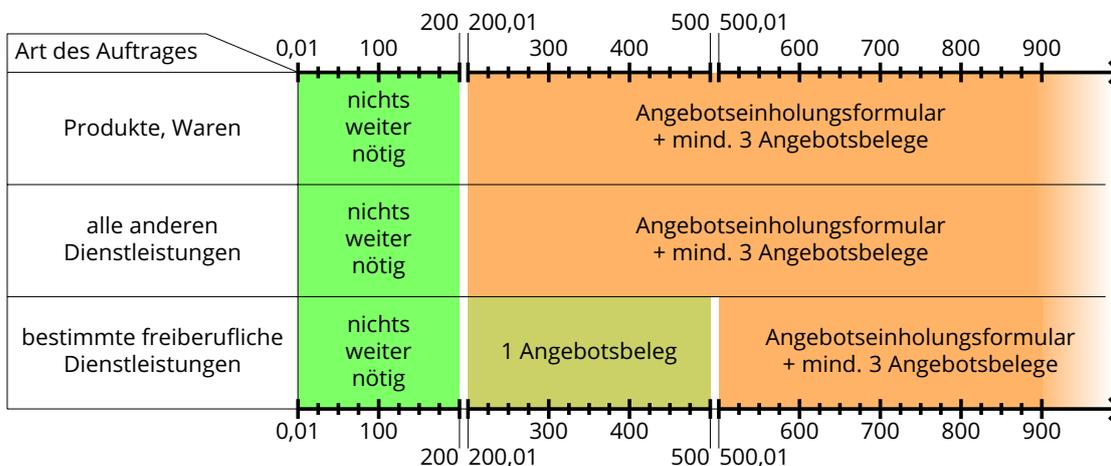
VOL/A = Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen 2009 Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen Abschnitt 1: Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen in der Fassung vom

20.11.2009

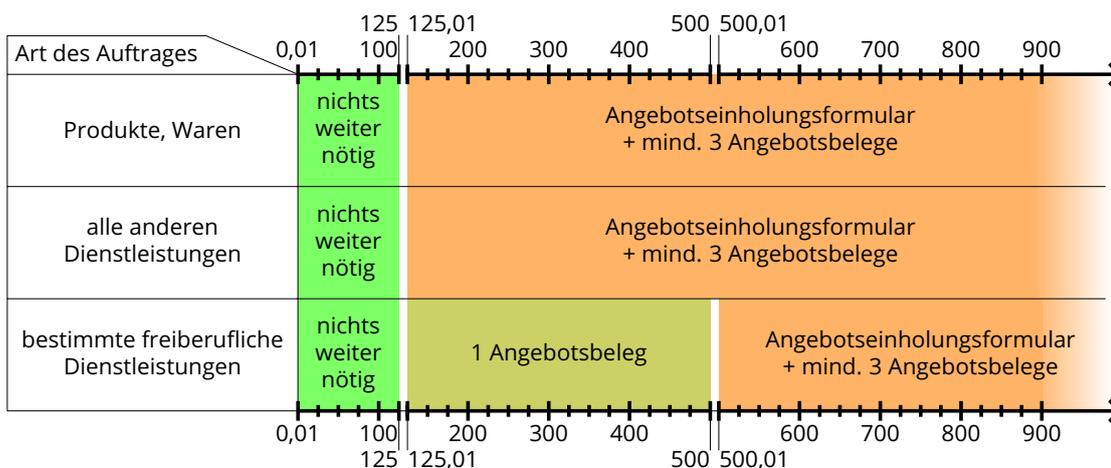
GWB = Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 2013 (BGBl. I S. 1750, 3245), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 2 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3274) geändert worden ist

Abbildungen

Vergabeverfahren nach Auftragswert-Grenzen im StuRa nach Änderungsantrag SM1



Vergabeverfahren nach Auftragswert-Grenzen in den FSREN, sowie AGs, die ihre Ausgaben selbst bewirtschaften nach Änderungsantrag SM1



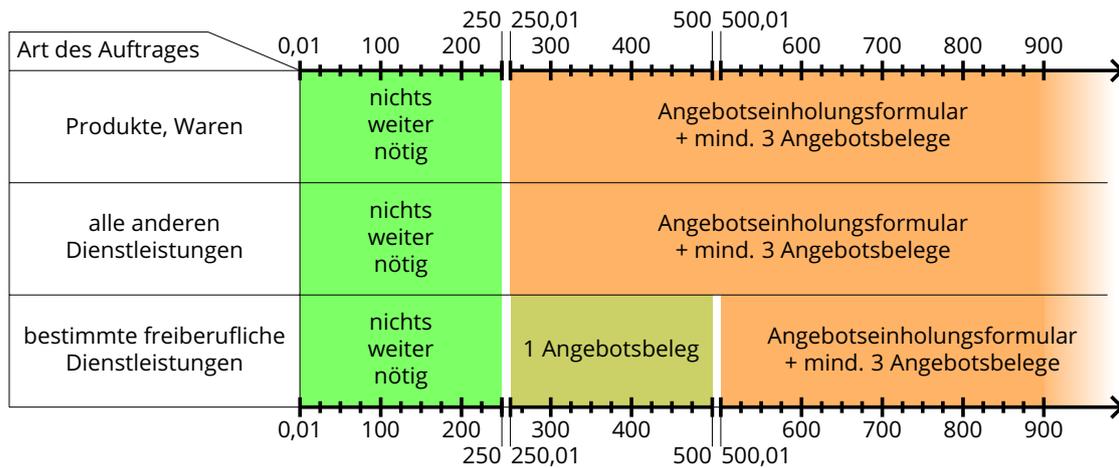
Änderungsantrag SM2

Titel: **Höhere Grenzen für Direktaufträge**

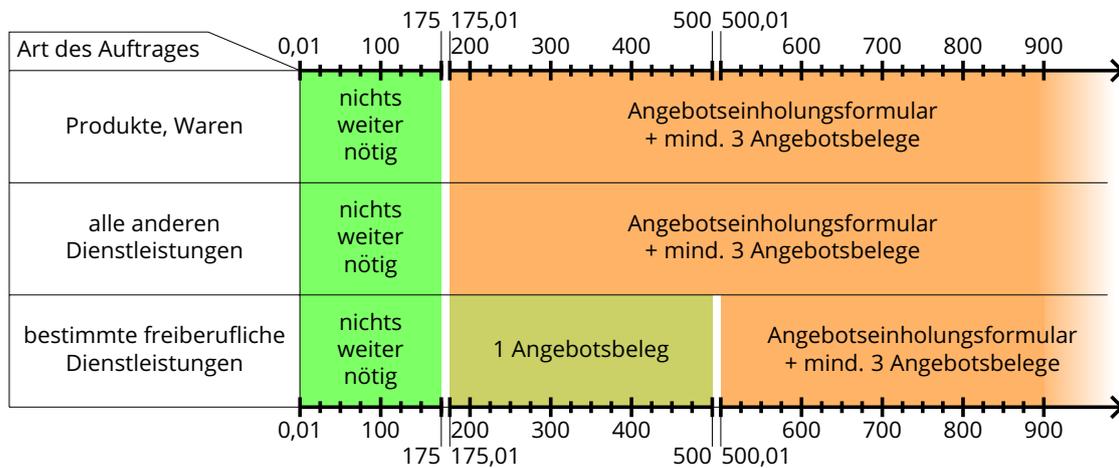
Text	Begründung
Ersetze in § 34 Abs. 4 S. 1 1. in Nr. 1 die Angabe „200,00 Euro“ durch „250,00 Euro“, 2. in Nr. 2 die Angabe „125,00 Euro“ durch „175,00 Euro“ 3. in Nr. 3 die Angabe „125,00 Euro“ durch „175,00 Euro“	Durch eine Erhöhung der Grenzen für Direktaufträge soll mehr des schon beschriebenen Aufwandes bzw. von Bürokratie gespart werden. Es ist nochmal wichtig zu bemerken, dass die Achtung der Vergabegrundsätze nach Abs. 1 nicht nur durch ein Vergabeverfahren erfolgt, sondern auch durch das beschlussfassende Organ. Das Verhältnis der Direktauftragsgrenzen FSRe+AGs zu StuRa beträgt dann 0,7 zu 1 bzw. StuRa zu FSRe+AGs 1,429 zu 1.

Abbildungen

**Vergabeverfahren nach Auftragswert-Grenzen
im StuRa
nach Änderungsantrag SM2**



**Vergabeverfahren nach Auftragswert-Grenzen
in den FSREN, sowie AGs, die ihre Ausgaben selbst bewirtschaften
nach Änderungsantrag SM2**



Änderungsantrag SM3Titel: **Auslagerung der Definition der Tätigkeiten für die freiberufliche Ausnahme****Text**

1. Ersetze § 34 Abs. 5 S. 2 durch
„Die zulässigen Leistungen dieser Aufträge bestimmen die Durchführungsbestimmungen zur Finanzordnung.“
2. Erlasse Durchführungsbestimmungen zur Finanzordnung. Ein Paragraph dieser Durchführungsbestimmungen lautet:

„ **§ <Nr.> zu § 34 Vergabe von Aufträgen**

(1) Ein unbelegter Direktauftrag nach § 34 Abs. 5 ist zulässig für die Vergabe von Aufträgen deren Leistung

1. die Erläuterung oder Kommentierung eines bestimmten Themas aus individueller Perspektive,
2. eine referierende oder lehrende Tätigkeit, jeweils auf wissenschaftlichem bzw. fachkompetenten Niveau,
3. eine künstlerisch-schöpferische Tätigkeit oder Architektur-Leistung,

4. Musik, Gesang, Tanz oder Schauspiel,
5. eine schriftstellerische, lektorische oder journalistische Tätigkeit,
6. die Gestaltung von Werbung oder von Mittel der Öffentlichkeitsarbeit,
7. Psychotherapie oder Coaching, oder
8. eine rechtsanwaltliche Tätigkeit

ist.“

Begründung

Die Änderung der Auflistung der Tätigkeiten oder das Hinzufügen neuer Tätigkeiten ist einfacher, wenn es in einer Durchführungsbestimmung steht. Als Durchführungsbestimmungen braucht es nur eine „Lesung“ und nur die einfache Mehrheit.

Mir ist es ehrlich gesagt tendenziell gleichgültig, ob die Liste der Tätigkeiten für die freiberufliche Ausnahme direkt in der Finanzordnung oder in Durchführungsbestimmungen bestimmt sind.

Änderungsantrag SM4

Titel: **einfachere Grenze zur Inventarisierungspflicht**

Text

Ersetze in § 31 Abs. 1 S. 2 „100,00 Euro ohne Mehrwertsteuer“ durch „150,00 Euro mit Umsatzsteuer“

Begründung

Dadurch das der StuRa faktisch ein Endverbraucher ist, kann er sich gar nicht oder kaum gezahlte Umsatzsteuer erstatten lassen (Vorsteuerabzug). Es ist daher einfacher Kosten immer inklusive Umsatzsteuer anzugeben. Bei der Universität selber besteht eine Inventarisierungspflicht ab einem Anschaffungswert oder Herstellungskosten von mindestens 150,00 Euro ohne Um-

satzsteuer. Bei 150,00 Euro mit Umsatzsteuer hätten wir also immernoch eine strengere Inventarisierungspflicht als die Uni.

Es ist prinzipiell die selbe Sache wie bei der Bemessung der Auftragswerte (siehe Überschrift 1.2.3). Es ist daher einfacher immer von den Brutto-Preisen auszugehen.

Es sollte aber eine Regelung, gefunden werden, die für den die Buchhalter_in am einfachsten ist.

Dieser Änderungsantrag ist daher nur ein Vorschlag, um es für den die Buchhalter_in und die Finanzer_innen einfacher zu machen.

Änderungsantrag SM5Titel: **höhere Aufwandsentschädigungen für Ausschuss-Mitglieder****Text****1. Änderung der Finanzordnung**

- a) Ersetze § 43 Abs. 1 Nr. 7 durch „Mitglieder von Ausschüssen nach § 24 der Grundordnung“
- b) Ergänze in § 45 Abs. 1 S. 1 hinter „Für die nach § 43 Abs. 1 definierten Ämter können“ „von Mitgliedern von Ausschüssen nach § 24 der Grundordnung 40,00 Euro, “

2. Änderung der Grundordnung:

Streiche § 24a Abs. 5 und 6

Begründung

Ich denke, dass die Arbeit der Förderausschuss-Mit-

glieder in einigen Monaten mehr als 20,00 Euro wert ist. Dies betrifft besonders die Koordination der Ausschuss-Arbeit. Auch halte ich es für nicht nötig bei der Einrichtung eines neuen Ausschusses explizit die AE-Berechtigung festzulegen. Ich erachte es als sinnvoller zu sagen, dass prinzipiell die Mitglieder aller Ausschüsse AE-berechtigt sind.

Es ist im Übrigen auch etwas verwunderlich, warum die Höhe der Aufwandsentschädigungen für Mitglieder des Förderausschuss in der Grundordnung und nicht in der (abzuschaffenden) AE-Ordnung geregelt ist. (siehe auch Nr. 2 des Änderungsantrages)

Ferner möchte ich bemerken, dass Maximal-Höhe der AE von Mitgliedern des Wahlausschusses und von Mitarbeitenden von Projekten des StuRa gar nicht oder nicht offensichtlich festgelegt ist.

Änderungsantrag SM6Titel: **Klarstellung Barauszahlungen durch Kassenverwalterin****Text**

Ersetze in § 26 Abs. 1 „Auszahlungen“ durch „Barauszahlungen“

Begründung

Verwaltungsvorschriften zu Teil IV der Sächsischen Haushaltsordnung – Vorbemerkungen⁴ – Einheitliche Einheitliche Begriffsbestimmungen im Kassen- und Rechnungswesen:

„17. Auszahlungen:

Zahlungen, die von der Kasse oder Zahlstelle bar oder unbar oder von der Kasse durch Verrechnung geleistet werden“

Es sind wahrscheinlich nur Barauszahlungen gemeint. „Auszahlung“ kann aber eben auch eine Überweisung meinen. Dies ist aber wahrscheinlich nicht die angedachte Aufgabe des_der Kassenverwalter_in. Der Begriff sollte daher präzisiert werden.

⁴<https://www.revosax.sachsen.de/vorschrift/1548-VwV-SaeH0#x97>

Änderungsantrag von Sven Herdes: Passe folgende Sachen an:**§5 Abs 4: Satz 2**

„Die Prüfungen können unangemeldet und ohne Vorliegen von Gründen erfolgen.“

Zu

„Die Prüfungen können unangemeldet und ohne Vorliegen von Gründen, müssen aber mindestens einmal im Jahr erfolgen.“

§6 Vertretungsregelung:

(1) „Das StuRa-Plenum wählt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen eine Vertreterin, welche während der Abwesenheit dieser die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten übernimmt. Die Zeiten der Vertretung sind zu protokollieren.“

Zu

„Die Geschäftsführerin Finanzen ernennt ihre Vertreterin in der Regel aus der Mitte der Geschäftsführung, welche während der Abwesenheit dieser die Aufgaben vollumfänglich und mit allen Rechten und Pflichten übernimmt. Das StuRa-Plenum ist über diese Ernennung zu informieren. Die Zeiten der Vertretung sind zu protokollieren.“

§6 Vertretungsregelung: Absatz 2:

Das StuRa-Plenum bevollmächtigt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen für die Dauer eines Wirtschaftsjahres neben der Geschäftsführerin Finanzen und ihrer Stellvertreterin in der Regel ein weiteres Mitglieder der Geschäftsführung als weitere Unterschriftsberechtigte für die Konten der Studierendenschaft.

Zu

Das StuRa-Plenum bevollmächtigt auf Vorschlag der Geschäftsführerin Finanzen für die Dauer eines Wirtschaftsjahres neben der Geschäftsführerin Finanzen in der Regel zwei weitere Mitglieder der Geschäftsführung als weitere Unterschriftsberechtigte für die Konten der Studierendenschaft. Zusätzlich werden zwei weitere Unterschriftsberechtigte, in der Regel aus dem Kreis der Angestellten des StuRa, ernannt.

§10 (1) Satz 2

Die Erträge sind nach dem Entstehungsgrund, die Aufwendungen nach Referaten bzw. Kostenstellen getrennt zuzuordnen und, soweit erforderlich, zu erläutern.

Zu

Die Erträge und Aufwendungen sind nach dem Entstehungsgrund zuzuordnen und, soweit erforderlich, zu erläutern.

§10 (1) Satz4

in dem Wirtschaftsplan sind mindestens darzustellen:

- Erträge aus Studierendenbeiträgen,
 - wirtschaftlicher Tätigkeit,
 - Entnahme aus Rücklagen,
 - Überschuss des abgelaufenen Wirtschaftsjahres
- und Aufwendungen für Personal,
- laufende Betriebsausgaben,
 - Abschreibungen des Anlagevermögens,
 - Büro- und Verbrauchsmaterial,
 - Post und Kommunikation,
 - Reisekosten,
 - Rücklagenzuführung,
 - Zuwendungen an Fachschaften und andere Stellen,
 - Budgets der einzelnen Referate,
 - Förderung studentischer Projekte sowie
 - der Fehlbetrag des abgelaufenen Wirtschaftsjahres

Zu

In dem Wirtschaftsplan sind mindestens darzustellen:

- Erträge aus Studierendenbeiträgen
- Personalkosten
- Zuweisung an Fachschaften
- Budgets einzelner Referate
- Förderung Studentischer Projekte

Absatz 2: Satz 1 und 2

„Die Konten sind mit einem Ansatzbetrag auszubringen. 2Die Ansätze sind in ihrer voraussichtlichen Höhe zu bestimmen.“

Zu

„Die Konten Sind in der geplanten Höhe anzusetzen.“

§10 (3)

Der Titel Aufwandsentschädigungen soll entsprechend den einzelnen Geschäftsbereichen aufgegliedert werden.

zu

Der Titel Aufwandsentschädigungen soll entsprechend der vom StuRa-Plenum beschlossenen Struktur dargestellt und gegliedert werden

§11 Absatz 1

Mittel, welche für andere Institutionen als die Studierendenschaft ausgewiesen sind (Durchlaufposten), sind jeweils auf der Einnahmen- und Ausgabenseite in gleicher Höhe zu veranschlagen.

Zu

Mittel aus Durchlaufposten dürfen nicht durch die Studierendenschaft verwendet werden.

§18 Rücklagen

Von

- (1) Im Wirtschaftsplan werden Rücklagen vorgesehen.
- (2) Die Höhe soll mindestens 50 % der laufenden Kosten des StuRa betragen.
- (3) Die Entwicklung der Rücklagen ist im Jahresabschlussbericht zu begründen.

Zu

(1) Für laufende verpflichtende Zahlungen werden Rücklagen eingestellt. ²Die Anteile vom Wirtschaftsplan sind jährlich zu prüfen und wesentliche Änderungen sind mit der Innenrevision der TU Dresden abzustimmen.

(2) Die Rücklagen sollen so angesetzt werden, dass die laufenden Kosten des StuRa für ein halbes Jahr getragen werden können.

(2) Für die Fachschaften wird jeweils ein Semester Sockelbeitrag eingestellt.

§23

Ganzer § wird neu

Zu

(1) Das StuRa-Plenum ernennt eine Buchhalterin. Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein.

(2) Die Buchhalterin hat Aufgaben gemäß des, durch das StuRa-Plenum beschlossenen, Stellenplans.

(3) Im Rahmen von Auskunftspflichten ist die Buchhalterin berechtigt, Auskünfte über die Finanzgeschäfte und -bestände des StuRa zu erteilen. Andernfalls benötigt sie die ausdrückliche Erlaubnis der Geschäftsführerin Finanzen.

§24

Ganzer § wird neugeschrieben

Zu

(1) Das StuRa-Plenum ernennt eine Kassenverwalterin und eine Vertreterin. ²Die zu ernennende Person muss die zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Fachkenntnisse,

sowie Grundkenntnisse der Buchhaltung nachweisen und darf nicht Mitglied des StuRa-Plenums sein

(2) Die Kassenverwalterin hat Aufgaben gemäß der Kassenrichtlinie.

§26

Wird komplett ersetzt durch:

Bestimmungen zur Kassenführung und Kassenprüfung regelt die Kassenrichtlinie.

§27

Ganz ersetzen

Zu

(1) Alle Belege bedürfen der Feststellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit. 2Die Feststellung der sachlichen Richtigkeit obliegt der für den jeweiligen Antragsgegenstand zuständigen Person, die Prüfung der rechnerischen Richtigkeit obliegt der Buchhaltung. Die sachliche Richtigkeit kann auch durch eine Geschäftsführerin festgestellt werden.

(2) 1 Zahlungsanweisungen sind von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterzeichnen. 2Mit der Unterzeichnung übernimmt die Geschäftsführerin Finanzen die Verantwortung dafür, dass

1. keine offensichtlich erkennbaren Fehler in der Zahlungsanweisung enthalten sind,
2. die sachliche und rechnerische Richtigkeit der in der Zahlungsanweisung enthaltenen Angaben bescheinigt worden sind,
3. das Konto richtig bezeichnet wurde,
4. Ausgabemittel in der vorgegebenen Höhe zur Verfügung stehen.

3Die Zahlungsanweisung muss gegebenenfalls im Zusammenhang mit den beigefügten Unterlagen Zweck und Anlass der Zahlung begründen und eine Prüfung ohne Rückfragen ermöglichen.

§28 (1) Satz 1&3 streichen:

1Über die Zahlungen ist sowohl nach der Zeitfolge als auch nach der im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kontenordnung Buch zu führen. 2Die Buchführung erfolgt nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Buchführung. 3Zahlungen sind für das Wirtschaftsjahr zu buchen, in dem sie eingegangen oder geleistet worden sind.

§28(2) streichen

(2) 1Es ist eine doppelte Buchführung zu sichern, die aus Grund- und Hauptbuch besteht. 2Der Kontenplan ergibt sich aus dem abgeleiteten Kontenrahmenplan i. V. m. dem Wirtschaftsplan; die Konten sind zum Ende des Wirtschaftsjahres zur Jahresabschlussrechnung abzuschließen

§28 mit §27 tauschen

§29(2) 4 streichen

Veräußerte Gegenstände müssen aus dem Inventarverzeichnis entfernt und aktenkundig begründet werden.

§30 Absatz 2

Wertgrenzen und Abschreibungsregelungen richten sich nach der TU Dresden und deren Anwendung der derzeit gültigen gesetzlichen Regelungen.

zu

Wertgrenzen und Abschreibungsregelungen richten sich nach der TU Dresden. Ausnahmen sind mit der Innenrevision abzustimmen.

§30 Absatz 3:

ersetze Buchwert durch Restbuchwert

Alle aktivierten Wirtschaftsgüter müssen abgeschrieben werden. 2Es verbleibt ein Restbuchwert von 1,00 Euro als Erinnerungswert

§31 von

- (1) Die Buchhalterin hat ein Inventarverzeichnis zu führen. Darin sind alle Vermögensgegenstände aufzuführen, deren Anschaffungswert 100,00 Euro ohne Mehrwertsteuer übersteigt und die nicht zum Verbrauchsmaterial gehören.
- (2) Für alle aktivierten Wirtschaftsgüter sind die Anschaffungsrechnungen zu archivieren.
- (3) Die Entfernung eines beim StuRa inventarisierten Gegenstandes ist nach den gesetzlichen Regelungen aktenkundig zu begründen. Bei defekten Geräten ist ein Verschrottungsprotokoll zu erstellen.
- (4) Im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung ist entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Inventar zu überprüfen, eine Liste eventuell abhanden gekommener Vermögensteile ist zu erstellen und von der Geschäftsführerin Finanzen zu unterschreiben. Das StuRa-Plenum ist darüber zu informieren.
- (5) Die Inventur ist aktenkundig festzuhalten.

Zu

§31 Abs 1

Die Buchhalterin hat über die inventarisierungspflichtigen Wirtschaftsgüter ein Inventarverzeichnis zu führen. Wirtschaftsgüter unterhalb der Wertgrenze mit einer Nutzungsdauer von über einem Jahr werden in einer Zimmerliste geführt.

§31 Abs 2

Für alle aktivierten Wirtschaftsgüter ist eine ordnungsgemäße Rechnung auf den StuRa auszustellen. Diese sind gesondert als Kopie aufzubewahren.

§31 Abs 4

Alle drei Jahre ist entsprechend der gesetzlichen Regelungen das Inventar zu überprüfen, [...]

§32 Abs 1

Unverzüglich nach Ende des Wirtschaftsjahres stellt die Buchhalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung sowie Geschäftsbericht auf.

Zu

Nach Ende des Wirtschaftsjahres stellt die Buchhalterin den Jahresabschluss auf der Grundlage der Buchführung in Form der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung.

§32 (2)

Alle Erträge und Aufwendungen des abgeschlossenen Wirtschaftsjahres sind im Rechnungsergebnis auszuweisen. 2Der sich ergebende Überschuss bzw. Fehlbetrag ist zu kennzeichnen.

zu

1Alle Erträge und Aufwendungen des abgeschlossenen Wirtschaftsjahres sind in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. 2Der sich ergebende Überschuss bzw. Fehlbetrag ist zu kennzeichnen.

§32 (3) streichen

§33 Abs 1

Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu Lasten der Studierendenschaft sind unverzüglich nach Erhalt persönlich bei der Buchhalterin einzureichen

zu

Ordnungsgemäße Rechnungen und Zahlungsaufforderungen zu Lasten der Studierendenschaft sind unverzüglich nach Erhalt persönlich und mit allen notwendigen Nachweisen im Servicebüro einzureichen.

§33 Abs 2(2)

Lieferscheine und Auftragsbestätigungen sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.

Zu

Lieferscheine, Bestellungen und Auftragsbestätigungen sind mit der zugehörigen Rechnung aufzubewahren.

§34

Für Ausgaben, die 100,00 Euro überschreiten, sollen mindestens drei vergleichbare Angebote einzuholen.

Wird ergänzt um

Sofern dies nicht möglich ist, muss dies zum Zeitpunkt der Antragsstellung begründet werden.

§35

Ausgaben für laufende Betriebsausgaben, Büro und Verbrauchsmaterial, Post und Kommunikation benötigen keinen Beschluss des StuRa. 2Eine Anmeldung nach § 36 Abs. 1 ist dennoch vorzunehmen.

Instandhaltung Materialverleih

Zu

Ausgaben für laufende Betriebsausgaben, Instandhaltung Materialverleih, Büro und Verbrauchsmaterial benötigen keinen Beschluss des StuRa. 2Eine Anmeldung nach § 36 Abs. 1 ist dennoch vorzunehmen.

§36 Abs 3

Werden Ausgaben nicht binnen drei Monaten nach ihrer Anzeige bzw. dem für den Antragsgegenstand relevanten Datum getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. 2Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.

Zu

Werden Ausgaben nicht binnen drei Monaten nach ihrer Genehmigung bzw. dem für den Antragsgegenstand relevanten Datum getätigt, gelten sie als nicht angezeigt. 2Diese Frist kann durch die Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.

§36 Abs 4

Ergänze Satz 2: Geschieht dies, nicht verfallen allen Ansprüche. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag bei der Geschäftsführerin Finanzen verlängert werden.

§37 Abs 1

"sollen" zurück zu "dürfen"

Bürgschaften und Garantien in Verträgen sollen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden.

Zu

Bürgschaften und Garantien in Verträgen dürfen nicht übernommen, Darlehen nicht gewährt werden.

§41 Abs 1

Reisekosten können erstattet werden

Zu

Reisekosten können nach vorherigem Finanzantrag erstattet werden.

§41(6)

Bei Benutzung privater KFZ erfolgt eine Erstattung der Reisekosten entsprechend den gesetzlichen Regelungen. Bei nicht triftigen Gründen entspricht das derzeit 0,17€ pro Km, Bei triftigen Gründen derzeit 0,30 Euro pro km. Ob derartige Gründe vorliegen, entscheidet das beschlussfassende Gremium zum Zeitpunkt der Antragsstellung. [...]

§48 (4)

Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin, der Buchhalterin und der Geschäftsführerin Finanzen innerhalb von 14 Tagen verlangen. Danach ist eine erneute Prüfung durchzuführen. 2Bei erheblichen Mängeln ist das StuRa-Plenum unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen

Zu

Stellt die Prüferin Mängel fest, so kann sie deren Beseitigung von der Kassenverwalterin, der Buchhalterin und der Geschäftsführerin Finanzen verlangen. Danach ist eine erneute Prüfung durchzuführen. 2Bei erheblichen Mängeln ist das StuRa-Plenum unverzüglich in Kenntnis zu setzen und verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu treffen

§51

Zu Abrechnungszwecken müssen grundsätzlich die Originalbelege eingereicht werden. 2Ausnahmen können nur nach Absprache mit der Geschäftsführerin Finanzen festgelegt werden.

Ergänze: Die Bestätigung erfolgt über die Zahlungsanweisung.

§56 Abs 3 (1) – Sockelbeiträge

Im Falle grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Finanzordnung kann ein sofortiger Einbehalt der Pro-Kopf-Beiträge und Sockelbeiträge durch die Geschäftsführerin Finanzen angeordnet werden.

zu

Im Falle grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Verstöße gegen die Bestimmungen der Finanzordnung kann ein sofortiger Einbehalt der Pro-Kopf-Beiträge durch die Geschäftsführerin Finanzen angeordnet werden.

§57 Abs 2

1Sollen Ausgaben mit Mitteln aus dem zugehörigen Sachkonto des Wirtschaftsplans erfolgen, muss dies vor Beschlussfassung angekündigt werden

Zu

1Sollen Ausgaben mit Mitteln aus dem zugehörigen Konto erfolgen, muss dies vor Beschlussfassung angekündigt werden

§58 NEU Abs 2

Eine Überschreitung ist bei der GF Finanzen formlos anzuzeigen.

§neu 61 "FSR-Kaution"

Fachschaftsräte dürfen Kaution für den StuRa ohne Expliziten Beschluss auslegen, solange die Auslagen dokumentiert sind.

B. Anwesenheitsliste

Stimmrechte insgesamt: 37
(davon aktiv: 33, ruhend: 4)

Mehrheit der Mitglieder: 17
2/3-Mehrheit der Mitglieder: 22

Es waren 29 von 33 stimmberechtigten StuRa-Mitgliedern während der Sitzung – zum Teil zeitweise – anwesend.

Der StuRa war damit beschlussfähig.

FSR Allgemeinbildende Schulen

Stimmrechte: 2

A	Johannes Vogel	anwesend	X
B1	Max Hobinka	anwesend	X
EV	Maximilian Förster	n. anw.	–

FSR Architektur/Landschaftsarchitektur

Stimmrechte: 1

A	Franziska Jürgensen	anwesend	X
EV	Moritz Köhler	n. anw.	–

FSR Bauingenieurwesen

Stimmrechte: 2

A	Till Stadler	<i>Sitz ruht</i>	–
B1	Roman Klöppner	anwesend	X
EV	Annika Körner	n. anw.	–

FSR Berufspädagogik

Stimmrechte: 1

A	Robert Kernbach	anwesend	X
EV	Sinja Bräuer	n. anw.	–

FSR Biologie

Stimmrechte: 1

A	Johannes Radde	entsch.	–
EV	Peer Sievers	anwesend	X

FSR Center for Molecular and Cellular Bioengineering

Stimmrechte: 1

A	Judith Horvath	anwesend	X
EV	Eric Schmidt	n. anw.	–

FSR Chemie/Lebensmittelchemie

Stimmrechte: 1

A	Oliver Körsten	entsch.	–
EV	Rudi Reichenbacher	anwesend	X

FSR Elektrotechnik

Stimmrechte: 3

A	Hendrik Hostombe	anwesend	X
B1	Sebastian Mesow	anwesend	X
EV	Sebastian Semmler	n. anw.	–
GF	Robert Lehmann	anwesend	X

FSR Forstwissenschaften

Stimmrechte: 1

A	Benjamin Görlitz	unentsch.	X
EV	Florian Kumichel	n. anw.	–

FSR Geowissenschaften

Stimmrechte: 1

A	Laura Prokešová	anwesend	X
EV	David Burkhardt	n. anw.	–

FSR Hydrowissenschaften

Stimmrechte: 1

A	Florian Schilken	entsch.	–
EV	Nicolas Seibel	anwesend	X

FSR IHI Zittau „Studierendenschaft IHI“

Stimmrechte: 1

A	Jarl Schmidt	<i>Sitz ruht</i>	–
EV	<i>nicht besetzt</i>	– – –	–

FSR Informatik

Stimmrechte: 2

A	Dharshan Barkur	anwesend	X
B1	Jannusch Bigge	unentsch.	X
EV	Lutz Thies	n. anw.	–

FSR Jura

Stimmrechte: 1

A	Franziska Salg	anwesend	X
EV	Anna Müller	n. anw.	–

FSR Maschinenwesen

Stimmrechte: 4

A	Sven Holtschlag	anwesend	X
B1	Sophia Abd El Rahman	entsch.	–
B2	Max Friedemann	anwesend	X
EV	Claudia Meißner	anwesend	X
GF	Sven Herdes	anwesend	X

FSR Mathematik

Stimmrechte: 1

A	Christiane Lisa Iden	anwesend	X
EV	Oskar Johann Eric Klempt	n. anw.	–

FSR Medizin

Stimmrechte: 3

A	Christian Soyk	anwesend	X
B1	Justus Klein	anwesend	X
B2	Alina Nakov	unentsch.	X
EV	nicht besetzt	– – –	–

FSR der Philosophischen Fakultät

Stimmrechte: 2

A	Luisa Sophie Schleicher	entsch.	–
B1	Norman Zidlicky	anwesend	X
EV	Nicolas Zander	anwesend	X

FSR Physik

Stimmrechte: 1

A	Lisa Lehmann	n. anw.	–
EV	Pia Celestina Klemens	anwesend	X

FSR Politik, Internationales und Gesellschaft

Stimmrechte: 0

FSR Psychologie

Stimmrechte: 1

A	Jenny Pierags	entsch.	X
EV	nicht besetzt	– – –	–

FSR Sozialpädagogik/Erziehungswissenschaften (M.A.)

Stimmrechte: 1

A	Constanze Kothmann	anwesend	X
EV	Laura Ludwig	n. anw.	–

FSR Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften

Stimmrechte: 1

A	Christina Alexandru	n. anw.	–
EV	Marian Schwabe	anwesend	X

FSR Verkehrswissenschaften „Studierendenschaft Friedrich List“

Stimmrechte: 1

A	Cédric Kekes	anwesend	X
EV	Marius Schiller	anwesend	–

FSR Wirtschaftswissenschaften

Stimmrechte: 3

A	Tobias Klimmer	anwesend	X
B1	Wolfgang Faber	Sitz ruht	–
B2	Cornelius Lerch	Sitz ruht	–
EV	Charlotte Stephani	n. anw.	–

Gäste

(Hochschulgruppe, Referat, Fachschaftsrat etc.)

1	Bruno Ewers
2	Cao Son Ta
3	Eugen Krebs
4	Jan-Malte Jacobsen
5	Jonas Gaffke
6	Jonathan Kretschmer
7	Marvin Maier (Sitzungsvorstand)
8	Moritz Piepel
9	Niya Liu
10	Paul Richter
11	Paul Senf
12	Robert Georges (Sitzungsvorstand)
13	Run Hu
14	Tom Stieler

Die Stimmrecht tragenden Vertreter_innen sind in der letzten Spalte mit einem X markiert.

C. Abkürzungsverzeichnis

ÄA ... Änderungsantrag	KQSL ... Kommission Qualität in Studium und Lehre
ABS ... Allgemeinbildende Schulen	KSS ... Konferenz Sächsischer Studierendenschaften
AG ... Arbeitsgemeinschaft	LSR ... Landessprecher*innenrat der KSS
AG DSN ... Arbeitsgemeinschaft Dresdner Studentennetz	LuSt ... Lehre und Studium
AG QueSt ... Arbeitsgemeinschaft Queere Studierende	MatNat ... Mathematik und Naturwissenschaften
AE ... Aufwandsentschädigung	MW ... Maschinenwesen
AKQ ... Arbeitskreis Q (Qualität)	n.anw. ... nicht anwesend
BAR ... Barkhausen-Bau	ÖA ... Öffentlichkeitsarbeit
BIW ... Bauingenieurwesen	PB ... Prorektor Bildung
BMBF ... Bundesministerium für Bildung und Forschung	PM ... Pressemitteilung
BO ... Beitragsordnung	PoB ... Politische Bildung
BP ... Berufspädagogik	POT ... Gerhart-Potthoff-Bau
CMCB ... Center for Molecular and Cellular Bioengineering	QE ... Qualitätsentwicklung
DB ... Durchführungsbestimmungen	Ref ... Referat
DHSZ ... Dresdner Hochschulsportzentrum	RF ... Referent_in
DVB ... Dresdner Verkehrsbetriebe AG	SächsHSFG ... Sächsisches Hochschulfreiheitsgesetz
Enth. ... Enthaltung	SCS ... ServiceCenterStudium
entsch. ... entschuldigtes Fehlen	SHK ... Studentische Hilfskraft
ehs ... Evangelische Hochschule Dresden	SIB ... Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement
ESE ... Erstsemestereinführung	SLUB ... Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden
ET ... Elektrotechnik	SMWK ... Sächsisches Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus
EV ... Ersatzvertreter_in	SoSe, SS ... Sommersemester
FA ... Finanzantrag	StuRa ... Studierendenrat
FO ... Finanzordnung	StuWe ... Studentenwerk
FöA ... Förderausschuss	SV ... Sitzungsvorstand
FS ... Fachschaft	TO ... Tagesordnung
FSR ... Fachschaftsrat	TOP ... Tagesordnungspunkt
FuP ... Finanzen und Projektförderung	TUD ... Technische Universität Dresden
GB ... Geschäftsbereich	tuuwi ... TU Umweltinitiative
GF ... Geschäftsführung, Geschäftsführer_in	unentsch. ... unentschuldigtes Fehlen
GO ... Geschäftsordnung	UL ... Universität Leipzig
GrO ... Grundordnung	USZ ... Universitätssportzentrum (ersetzt durch DHSZ)
GSW ... Geistes- und Sozialwissenschaften	VG2 ... Verwaltungsgebäude 2 ($\hat{=}$ StuRa-Baracke)
GSP ... Gleichstellungspolitik	VVO ... Verkehrsverbund Oberelbe
HoPo ... Hochschulpolitik	WHAT ... StuRa-Referat „Wissen, Handeln, Aktiv Teilnehmen“
HSG ... Hochschulgruppe	WiSe, WS ... Wintersemester
HTW ... Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden	WiWi ... Wirtschaftswissenschaften
HfBK ... Hochschule für Bildende Künste Dresden	ZIH ... Zentrum für Informationsdienste und Hochleistungsrechnen
HfM ... Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden	ZQA ... Zentrum für Qualitätsanalyse
IHI ... Internationales Hochschulinstitut Zittau	
ING ... Ingenieurwissenschaften	
Ini ... Initiativantrag	